

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Strategie für die Stadt Graz im Umgang mit den Auswirkungen der „Globalisierung“

GR. **Rajakovics** stellt namens der ÖVP und der SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Die zunehmenden Auswirkungen der Globalisierung auf die Grazerinnen und Grazer muss zum Anlass genommen werden, nach klaren Antworten für die Zukunft unsere Stadt zu suchen und gemeinsam Strategien zur Begegnung dieses internationalen Phänomens zu entwickeln.

International gibt es verschiedene Ansätze, um den nachteiligen Auswirkungen der Globalisierung auf die Menschen zu begegnen. Dazu gehören die „Millenniumsziele“ von 2002 der UNO und der „Global Marshall Plan“.

Graz sieht sich als die zentrale Stadt im Alpen-Adria-Pannonien-Raum, daher wollen wir eine klare Haltung zu weltweit ständig diskutierten Fragen haben.

Kurz zu den von der UNO formulierten Zielen:

- Extreme Armut und Hunger beseitigen
- Grundschulbildung für alle Kinder gewährleisten
- Gleichstellung der Frauen fördern
- Kindersterblichkeit senken
- Gesundheit der Mütter verbessern
- HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen
- Ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten
- Eine globale Partnerschaft für Entwicklung

Und besonders auf Letzteres geht der Global Marshall Plan ein, dieser umfasst folgende fünf Kernziele:

- Durchsetzung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015

- Aufbringung der zur Erreichung der Millenniumsziele zusätzlich erforderlichen 100 Mrd. US\$ jährlich zur Förderung weltweiter Entwicklung
- Faire und wettbewerbsneutrale Aufbringung der benötigten Mittel auch über Belastung globaler Transaktionen
- Schrittweise Realisierung einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft durch Etablierung eines besseren Ordnungsrahmens der Weltökonomie zum Beispiel über eine Verknüpfung etablierter Regelwerke und vereinbarter Standards für Wirtschaft, Umwelt und Soziales und
- neuartige Formen basisorientierter Mittelverwendung bei gleichzeitiger Bekämpfung von Korruption.

Wir sollten uns auch offiziell als Stadt Graz zu den Zielen des Global Marshall Plans bekennen und Strategien für die Umsetzung seiner Ziele in und für die Stadt Graz entwickeln.

Eine Umsetzung der Ziele des Global Marschall Plans kann vor allem dahingehend erfolgen, dass alle Entscheidungen, die im Verantwortungsbereich der Stadt Graz liegen, an den Zielen dieses Plans orientiert werden.

Ein besonderer Schwerpunkt dabei soll eine nachhaltige und transparente Finanzpolitik bilden sowie die Stärkung von Eigeninitiativen und der Ausbau der Mitwirkung von BürgerInnen.

Ein weiterer Schwerpunkt muss das Thema Gesundheit bilden, das nicht allein aus dem Blickwinkel der Medizin betrachtet werden darf, sondern auch die Lebensbedingungen, die sozialen Kontakte, die Beschäftigung, das Wohnen und auch die Beziehung zur Umwelt miteinbeziehen muss. Das Ziel muss sein, auf die Menschen in ihrem unmittelbaren lokalen Umfeld zuzugehen und Gesundheitsförderung dort zu thematisieren, wo sie leben, arbeiten und wohnen.

Graz würde mit der Zustimmung zum Global Marshall Plan eine Vorreiterrolle (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) unter Österreichs Städten, aber darüber hinaus in der ganzen Region, einnehmen.

In diesem Sinne stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und SPÖ den

### **dringlichen Antrag:**

1. Die Stadt Graz bekennt sich zu einer aktiven Unterstützung des „Global Marshall Plans“ und zu einer klaren Absicherung der öffentlichen Verantwortung im Bereich der Daseinsvorsorge.
2. In einer aus VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen bestehenden und analog zu den vorberatenden Gemeinderatsausschüssen zusammengesetzten Arbeitsgruppe soll – unter Einbeziehung der Stadtregierungsmitglieder – bis Dezember dieses Jahres auf der Basis des „Global Marshall Plans“ ein Umsetzungskonzept und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung erarbeitet werden, wobei einschlägige Aktivitäten, Initiativen (wie zum Beispiel der Entwicklungspolitische Beirat) und Strukturen der Stadt unter Beachtung der Ziele hinsichtlich Verwaltungsreform und Budgetstabilität mitzuberücksichtigen sind.

Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis Juli dieses Jahres zur weiteren Beratung beziehungsweise Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Taberhofer** zur Dringlichkeit: Die Vorschläge, die hier in Form des Motivenberichtes vorliegen, hören sich für mich ein bisschen an als Strategie und Taktik und Ideologie vor allem der ÖVP. Ich habe auch ein bisschen Strategie und Taktik gelernt, aber aus einer anderen Perspektive und deshalb sind natürlich also Ursachenanalyse und Feststellen von globalen Problemen, da werden wir uns

treffen, nämlich Armut, Hunger, Gleichstellung der Frauen fördern, also gegen Armut was tun, also das sind alles Bereiche, die natürlich für alle im gleichen Ausmaß Gültigkeit haben, nur die Form, wie man das macht, darin werden sich also Unterschiede ergeben. Und die Politik, die in den letzten Jahren umgesetzt worden ist, die Politik des Neoliberalismus lässt sich für mich in drei Begriffen kurz skizzieren, nämlich, es ist Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung und deshalb mutet es für mich ein bisschen eigentümlich an, wenn jetzt von ÖVP-Seite Appelle, Lösungsvorschläge formuliert werden, die eigentlich Mitverursacher in Österreich, vor allem einer ungerechten Verteilung der Mittel, sind. Und für mich kann man mit diesen Vorschlägen, wie sie hier formuliert werden, keine gerechtere Verteilung der Mittel in unserer Gesellschaft bewirken und für mich ist der Global Marshall Plan kein geeignetes Mittel dazu. Abgesehen davon, ist es für mich ein eurozentristisches Konzept auch, und wenn wir von Europa aus quasi einen Appell an die Welt senden oder wie sie sich entwickeln soll und Konzerne sollen quasi Märkte im Osten Europas sichern, dann ist das eine bisschen eine problematische Herangehensweise und Ziel ist die Marktöffnung, also quasi etwas, das zu Privatisierung und Herunterfahren von Sozialstandards führt in den jeweiligen Ländern. Und die Partner, die in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen sind, WTO und Weltbank, als Mithilfe zur Verbesserung der Situation in der Welt, da halte ich das für sehr kontraproduktiv. Ich glaube nicht, dass dieser Antrag mit diesen Appellen, wie sie hier formuliert werden, für Graz tatsächlich eine positive Veränderung in die richtige Richtung bringen wird, wenn ich also nur einen Punkt irgendwie hervorhebe, also Graz bekennt sich zur öffentlichen Verantwortung im Bereich der Daseinsvorsorge, dann sage ich, ja, nett, schön formuliert, aber ich muss es festmachen an der konkreten Politik und da sehe ich in den letzten Jahren auf kommunalpolitischer Ebene im Gegenteil immer mehr Zurücknehmen der Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge, Ausgliederungen, alle diese Schritte sind kontraproduktiv, wenn ich also das tatsächlich ehrlich meine und eine Veränderung erzielen will. Deshalb sind wir von der KPÖ natürlich nicht dafür, werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Liebe Thomas Rajakovics, natürlich stellen wir mit Freude fest, dass sich die ÖVP Gedanken über ihre Programmatik macht und wir haben auch schon bei der Budgetdebatte mit Freude festgestellt, dass Joschi Riegler langsam Herrn Bartenstein irgendwie in den Köpfen der ÖVP ein wenig ablöst, dass die ökosoziale Marktwirtschaft und jetzt der Global Marshall Plan Platz greifen in eurer Gesinnungsgemeinschaft das ist schön und erfreulich.

*Zwischenruf GRin. Fürntrath: Das haben wir ja schon lange.*

Mag. **Candussi**: Wie gesagt, das freut uns. Noch mehr würde es uns freuen, wenn wir wirklich die konkreten Daten zu hätten und wenn wir also ziemlich alle Aussagen, die da hier getroffen werden an diesem Programm messen könnten und das tun wir ja eigentlich hin und wieder, weil wie ihr wisst, dieses Programm ist unserem in vielen Dingen nicht ganz unähnlich. Das spricht auch nicht gegen das Programm. Ich habe nur ein Problem, das ist das Problem mit der Dringlichkeit beziehungsweise grundsätzlich mit der Abstimmung hier, weil meines Wissens werden Dateiprogramme auf Parteitag oder Parteiversammlungen oder wie immer das bei euch heißt, abgestimmt und nicht im Gemeinderat und meistens nur von der einen Fraktion und nicht von allen im Gemeinderat vertretenen gemeinsam und aus diesem Grund können wir leider bei der Dringlichkeit heute nicht mitgehen.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.*

GR. **Rajakovics**: Danke. Ich möchte nur dem Herrmann Candussi Recht geben, wenn es um die ökosoziale Marktwirtschaft geht hat das einen Ursprung bei Josef Riegler. Inzwischen ist das Programm des Global Marshall Plans aber, ich weiß nicht, du kennst sicher das Buch, den Faktor 4, von durchaus vielen Prominenten

deutschen Wissenschaftlern und Österreichern unterstützt und die ersten die das aufgegriffen haben, den Global Marshall Plan, brauche ich auch wahrscheinlich eurer Grünen Fraktion nicht sagen, war die oberösterreichische Landesregierung, wo bekanntlich die Grünen, wo ich genau die Formulierungen heraus übernommen habe, wo die Grünen, der Rudi Anschöber das in den Landtag eingebracht hat, also ihr braucht keine Angst haben, es war die Grüne Landtagsfraktion in Oberösterreich, die kein Problem damit gehabt hat. Deshalb würde ich bitten, dass zumindest, es geht....

***Zwischenruf GR. Herper: In Salzburg war es ein Vier-Parteienantrag.***

GR. **Rajakovics:** Es war in Salzburg ein Vier-Parteienantrag, es war vorgestern im Landtag auch ein Antrag, der von allen Fraktionen unterstützt wurde. Wir wären die erste Stadt, die das tut und ich glaube, es wäre die erste Stadt hier im deutschsprachigen Raum, die auch diesen Global-Marshall Plan dann offensiv unterstützt und eine Gruppe einrichtet und das ist das Ziel des Ganzen, dass man aus dem sehr allgemein formulierten Global Marshall Plan auch Ziele für Städte formuliert. Und ich glaube, dass ist ein ganz gutes Anliegen. Das natürlich mit ökosozialer Marktwirtschaft eine kommunistische Partei ihre Probleme hat, ist mir auch verständlich, weil das Weltbild ein ganz anderes ist, ich würde trotzdem einladen an der Arbeitsgruppe zumindest teilzunehmen, weil einige Punkte, die wir für Graz herunterbrechen, können, glaube ich, durchaus auch in eurem Sinn dann werden. Danke jedenfalls der Sozialdemokratie für die gemeinsame Vorgangsweise (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.***

## 2) Kassenärzte in Graz erhalten!

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt namens der ÖVP, KPÖ, GRÜNEN und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kassenärztliche Praxen stellen das Rückgrat der ärztlichen Betreuung dar. Darüber hinaus sind sie für ihren Standort ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur sowie ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Bei einer eingeführten Kassenpraxis ist durch die 10000 bis 15000 Patientenkontakte pro Jahr auch für umliegende Wirtschaftsbetriebe eine zusätzliche Kundenfrequenz zu erwarten. Es besteht daher ein reger Wettbewerb von Gemeinden um Kassenpraxen.

Die gebietsweise Verteilung von Kassenpraxen ist in einem Planstellenkonzept geregelt, welches Teil des zwischen Sozialversicherungen und Ärztekammer abgeschlossenen Gesamtvertrages ist.

Im Zuge der Neuvergabe von Kassenplanstellen nach der Pensionierung der bisherigen Ärztinnen und Ärzte beabsichtigt nun die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, vier Kassenplanstellen aus Graz abzuziehen und in Umlandgemeinden zu verlegen. Unter anderem handelt es sich dabei um die einzige noch in der Innenstadt von Graz angesiedelte Kassenpraxis für Hautkrankheiten, die einzige internistische Kassenpraxis in Liebenau sowie zwei Kassenpraxen für Allgemeinmedizin. In den letzten Tagen habe ich auch von einer gefährdeten Kassenpraxis für Kinderheilkunde im Bezirk Jakomini gehört, wo sich die gegenwärtige Kasseninhaberin auch nicht in Pension zu gehen traut, weil sie den Hinweis hat von der Krankenkasse, dass ihre Kinderarztstelle in Jakomini nicht nachbesetzt werden würde.

Da die Ärztekammer Widerspruch eingelegt hat, wird sich eine Schlichtungskommission nun mit dieser Frage beschäftigen, in dieser Schlichtungskommission sind wieder Mitglieder der Gebietskrankenkasse sowie der Ärztekammer vertreten unter Führung eines Juristen.

Die Verlegung der Kassenpraxen, meine Damen und Herren, aus Graz hinaus ist fachlich nicht begründbar. So ist sowohl durch die steigende Bevölkerungszahl von Graz, so ist es seit dem Jahr 2001 zu einer Zunahme der Einwohnerzahl um 14000 Bewohner gekommen, als auch durch die Veränderung der Altersstruktur der Grazer Bevölkerung in Zukunft sicher nicht mit einem abnehmenden, sondern mit einem zunehmenden Bedarf an kassenärztlichen Praxen zu rechnen. Und dass wir schon den gegenwärtigen Zustand auf keinen Fall verschlechtern dürfen, wissen alle diejenigen, die schon wochen- oder sogar monatelang auf einen Termin bei einem Kassenarzt gewartet haben.

Es darf daher seitens der Stadt Graz nicht widerstandslos hingenommen werden, dass kassenärztliche Stellen aus der Stadt abgezogen werden und damit neben den Anrainern auch die große Zahl der in Graz Beschäftigten und der als Kundschaft die Stadt Frequentierenden die Möglichkeit der wohnortnahen oder arbeitsplatznahen kassenärztlichen Betreuung genommen wird.

Nicht zuletzt ist es auch für die Wirtschaft unserer Stadt ein Verlust, wenn Kassenärzte nach dem Muster der Einkaufszentren in Umlandgemeinden abgesiedelt werden und damit weitere Frequenzfaktoren für die Innenstadt verloren gehen.

Ich stelle daher namens der im Gemeinderat vertretenen Parteien von ÖVP, KPÖ, Grüne und FPÖ, und ich bedanke mich bei diesen Parteien, dass sie meiner Einladung zum gemeinsamen Tragen dieses wichtigen Antrages nachgekommen sind, den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

dass im Sinne des Motivenberichtes der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse sowie der Ärztekammer in schriftlicher Form die Forderung übermittelt wird,

- 1) die gegenwärtig freien oder frei werdenden kassenärztlichen Stellen in Graz unverzüglich nachzubesetzen sowie



- 2) auch in Zukunft die Versorgungsdichte und Qualität der kassenärztlichen Betreuung der Grazer Bevölkerung nicht durch Reduktion der Kassenarztplanstellen zu gefährden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Simbürger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Der Auftrag der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse ist die Sicherstellung einer ausreichenden und zweckmäßigen Versorgung der Bevölkerung und ich glaube, aus unserer Sicht gesehen, dass das Stadtgebiet von Graz mit Ärzteplanstellen gut versorgt ist, wenn nicht sogar überversorgt ist. Kolleginnen und Kollegen, ich habe genau gewusst, wenn ich diesen Satz aussprechen werde, dass es ein allgemeines Raunen im Saale gibt. Ich darf das aber auch mit einer Statistik dokumentieren (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*), meine sehr geehrten Damen und Herren. Für die Allgemeinmedizin in Graz gibt es 111 Planstellen, weil die sind ja angesprochen worden, und für die innere Medizin gibt es 15 Planstellen.

**Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die sind aber nicht alle besetzt.**

GR. **Simbürger**: Und es kann nicht Auftrag, meine Damen und Herren, der GKK sein und es kann aber auch nicht unsere Position, die Position des Gemeinderates, sein, und jetzt darf ich ein bisschen polemisch werden, dafür zu sorgen, dass Ärzte in angenehmer Umgebung, also im Stadtgebiet möglichst viel verdienen. Die Erfahrung, meine Damen und Herren, zeigt immer wieder, dass zusätzliche Angebote, zusätzliche Nachfrage schafft, das bedeutet, dass sich auch bei mehr Planstellen bei den Wartezeiten kaum etwas ändert. Und zu den angesprochenen Planstellen (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*), meine sehr geehrten Damen und Herren...

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, ich glaube der Gemeinderat hat natürlich auch dem Antragsteller gut zugehört, denke und bitte, dass wir jetzt auch die Position der SPÖ, vor allem des Kollegen Simbürger, ebenfalls zur Kenntnis nehmen, man kann sich ja zu Wort melden.

GR. **Simbürger**: Und zu den angesprochenen Planstellen, meine Damen und Herren, ist zu sagen, dass zum Beispiel eine Planstelle nach Birkfeld gehen soll, das ist der Internist, derzeit müssen die Birkfelder nach Weiz fahren und man kann wahrscheinlich auch den Grazern etwas zumuten. Für Graz-Umgebung ist der Dermatologe vorgesehen und für Vorau ist ein Allgemeinmediziner vorgesehen. Denn diese Gebiete, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind zur Zeit unzureichend versorgt. Und abschließend, meine Damen und Herren, darf ich noch anmerken, dass die Steiermärkische Gebietskrankenkasse derzeit ohne Zuschüsse jährlich gewaltige Defizite in Kauf nehmen muss, derzeit pro Jahr rund 60 Millionen Minus und sie können sich ausrechnen, warum dieses Minus entsteht. Der Gesetzgeber bürdet den Kassen immer mehr Aufgaben auf und schafft aber nicht das finanzielle Umfeld. Und es ist bereits, meine Damen und Herren, die Schlichtungskommission erwähnt worden, die Schlichtungskommission wird sich mit diesem Thema befassen. Ich glaube, dass das ausschließlich eine Angelegenheit zwischen Ärztekammer und Kasse ist, daher sehen wir keine Veranlassung, der Dringlichkeit unsere Zustimmung zu geben.

StRin. **Monogioudis**: Ich denke, der Antragsteller hat ja nicht bei seinem Antrag das Wohl der Ärzte, sondern das Wohl der Patienten und die medizinische Versorgung im Auge gehabt. Und wenn man sich die Wartezeiten ansieht, dann kann man, glaube ich, nicht davon sprechen, dass es zu viele Ärzte in Graz gibt. Wenn es irgendwo in der Steiermark unterversorgte Gebiete gibt, dann kann das nicht bedeuten, dass man deswegen Ärzte aus Graz wegnimmt. Ich bin ja im Übrigen immer der Meinung, dass man, was die Versicherungsbeiträge betrifft, dass man da flexiblere Lösungen finden könnte, zum Beispiel die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und dann

könnte man sich durchaus leisten, auch in Birkfeld einen Arzt zu haben. Aber jedenfalls sollte man nicht deswegen die Ärzte in Graz reduziere (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GRin. **Potzinger** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzter Antragsteller, geschätzte Damen und Herren! Ich muss sagen, was der Herr Kollege Simbürger jetzt uns mitgeteilt hat, kann mich nur in größte Verwunderung versetzen. Ich kann es einfach nicht glauben, dass die Sozialdemokraten eine Zweiklassengesellschaft befürworten, dass das Geldbörsl ausschlaggebend ist, ob ich zum Arzt meines Vertrauens gehen kann oder zum Beispiel ins Ambulatorium der Gebietskrankenkasse, wo dann 25 Ärzte abwechselnd Frauen zur Mammographie hereinholen und Organe untersucht und behandelt werden, aber nicht mehr der Mensch als Ganzes im Mittelpunkt steht.

***Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Waren Sie schon einmal im Ambulatorium?***

GRin. **Potzinger**: Ja, ich habe mir beides angeschaut, liebe Frau Kollegin. Ich war dort auch schon zur Behandlung, das kann ich dir nachweisen, aber das geht jetzt ins Private (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*), Frau Kollegin, Sie können sich zu Wort melden, ich glaube jetzt habe ich da die Möglichkeit, die Position unserer Fraktion darzulegen. Schon derzeit ist in Graz jede zweite ärztliche Praxis von einem Wahlarzt betreut, das heißt nur jeder zweite niedergelassene Arzt hat alle Kassen, auch die Gebietskrankenkasse, manche haben ja nur die kleinen Kassen und jetzt will man tatsächlich aus dieser Stadt, wo die Bevölkerungszahl sogar zugenommen hat, Kassenstellen abziehen. Ich denke an

die Kinderärzte, eine Kinderärztin, obwohl hoch betagt, bleibt in der Praxis, weil sie weiß, die Kassenstelle wird sonst abgezogen. Wer selber erlebt hat, wie schwierig es in manchen Altersstufen der Kinder ist, zum Arzt zu gehen und wie sensibel dann der Vertrauensarzt mit dem Kind vorgeht, der das Kind schon kennt von anderen Untersuchungen und im Gegensatz dazu das in einem Ambulatorium niemals möglich ist, kann nur den Kopf schütteln. In Amerika ist man schon so weit, dass zum Beispiel, das jetzt zu den praktischen Ärzten, die Familydoctors an Bedeutung gewinnen, Allgemeinmediziner, die nicht nur erkrankte Organe behandeln, sondern auch das soziale Umfeld der ganzen Familie kennen. Ihr Sozialisten schert euch darum wahrscheinlich überhaupt nichts.

*Zwischenruf GR. Simbürger: Sozialdemokraten bitte.*

GRin. **Potzinger:** Sozialdemokraten, aber das Verhalten erinnert mich da an schlechte Zeiten. Ich darf zitieren aus der heutige Presse (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*) genau zu diesem Thema, das nämlich keine Grazer Spezialität ist, da wird genau das Beispiel angeführt von Gynäkologen, die fürchten, wenn sie in Pension gehen, dass die Kassenstelle eliminiert wird und Frauen gezwungen sind, in die Ambulanz zu gehen. Wenn ich an meinen Bezirk St. Peter denke, wie lange wir warten auf einen Termin beim praktischen Arzt, wir würden dringend eine zusätzliche Stelle brauchen nicht weniger Kassenstellen und auch was die Arbeitsplätze am Land betrifft....

*Zwischenruf GR. Simbürger: Das verringert die Wartezeit auch nicht.*

GRin. **Potzinger**: Wahrscheinlich hast du, lieber Kollege, genügend Protektion, dass du nicht warten musst.

*Zwischenruf GR. Simbürger: Das muss ich mir auch nicht unterstellen lassen.*

GR. **Potzinger**: Die kleine Familie der Stadt wartet oft monatelang auf einen Facharzttermin und ganz zum Schluss noch etwas zu den Kosten, meine Damen und Herren, ich glaube, es hat sich herumgesprochen, dass in vielen Fällen die Behandlung durch niedergelassene Ärzte für die Gebietskrankenkasse wesentlich günstiger ist als zum Beispiel in den Ambulanzen der Spitäler. Vielleicht geht es wirklich nur darum, die Ambulanz der GKK besser auszulasten, es geht sicher nicht um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger, vielleicht seid ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie, auch noch bereit...

*Zwischenruf GR. Simbürger: Doppelstrategie, was ihr da macht.*

GRin. **Potzinger**: ...darüber mal nachzudenken, doch hier ein gemeinsames Zeichen zu setzen, dass wir gemeinsam sagen, wir lassen uns keine Kassenstellen wegnehmen, ganz im Gegenteil, bedarfsgerecht sind sie noch auszuweiten. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Damen und Herren! Also ich bin wirklich erstaunt, ich kann es ja nicht glauben, dass Sie einen Bedarf anzweifeln, so wie die Frau Stadträtin Monogioudis richtig darauf hingewiesen hat, wenn Wartezeiten das

belegen und da ist die Zahl der Ärzte, die da sind, nicht entscheidend, der Bedarf ergibt sich natürlich aus den Wartezeiten. Es ist natürlich so, gerade Sie machen mit der Handlung, wie Sie sie heute zeigen, den Weg in die Zweiklassenmedizin auf, weil die, die es sich leisten können, gehen zu einem von den Wahlärzten. Ein Schelm, der dann denkt, das könnte möglicherweise damit zusammenhängen, dass ein großer steirischer Privatversicherungsträger namens Merkur, dessen ehemaliger Direktor jetzt in die Politik gewechselt ist, ja, man glaubt es nicht, dass dieser Privatversicherungsträger ein Versicherungspaket anbietet, mit dem er sich Wahlärzte Kosten zurückerstatten lassen kann (*Applaus ÖVP*). Ich nenne die Namen, die Merkur Versicherung, deren ehemaliger Direktor der jetzige Landeshauptmann Voves ist, macht Geschäfte mit Versicherungspaketen, in denen man sich die Wahlärztkosten ersetzen lassen kann. Das ist Zweiklassenmedizin pur (*Applaus ÖVP*). Man braucht konsequent denkend, und Sie denken ja konsequent, also das Lob muss ich Ihnen aussprechen, man braucht jetzt nur die Zahl der Kassenärzte runterfahren und das Geschäft der Merkur-Versicherung wird steigen.

***Zwischenruf GR. Simbürger: Es wird anders verteilt.***

Dr. **Hammer**: Gewünscht hätte ich mir ein gemeinsames Vorgehen aller Fraktionen, die hier im Stadtsenat vertreten sind und mit dieser wichtigen Frage, die für die Stadt wichtig ist und für die Bevölkerung der Stadt, um da ein starkes Auftreten gegenüber der Sozialversicherung zu haben. Ich habe mir noch ein Stichwort hergeschrieben, Stichwort Lippenbekenntnis. Wir haben da doch jetzt in dieser Gemeinderatsperiode immer wieder schon über das Thema gesprochen Armut und Gesundheit. Wir können den armen Menschen dann Gesundheitsversorgung zur Verfügung stellen, wenn wir genug Kassenärzte haben. Wo sind da Ihre Bekenntnisse und auch, Frau Stadträtin, zur Fragestellung Armut und Gesundheit. Kassenärzte sind ein Kernstück der klassenfreien Medizin und dann noch eine Frage, ein Stichwort: Arbeitsplätze. Für welche Arbeitsplätze lohnt es sich zu kämpfen, für welche Infrastrukturmaßnahmen lohnt es sich zu kämpfen und wer bestimmt das, die

Gebietskrankenkasse? Man versteckt sich oft hinter Kommissionen, nun diese Kommission hat das entschieden. Kommissionen bestehen aus Personen, Personen haben Gesichter, denen man in die Augen schauen kann und die haben Namen und diese Namen und die hole ich jetzt einmal vor den Vorhang, wer da gegen die Interessen der Grazerinnen und Grazer entscheidet, diese Namen sind Kritzner und Peserl, das muss auch einmal ganz laut und deutlich da gesagt werden (*Applaus ÖVP*). Und polemisieren, Herr Kollege Simbürger, kann ich auch, nur muss man es richtig machen.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Sie machen es gerade.*

Dr. **Hammer**: Gott sei Dank hat ja die Grazer ÖVP und die steirische ÖVP so eine starke Unvereinbarkeitsregel, die SPÖ scheint das nicht zu haben, denn dass da auch ein Gemeinderat aus Birkfeld, aus Vorau und aus Weiz auch Gemeinderat offensichtlich in Graz ist, das wundert mich schon. Ich nehme an, dass Sie das sind, weil wie könnten Sie sonst sich da herstellen und als Grazer Gemeinderat die Interessen von Birkfeld, Vorau und Weiz vertreten (*Applaus ÖVP*)?

*Zwischenruf GR. Simbürger: Das ist Polemik.*

Dr. **Hammer**: Das ist Ämterkumulierung pur. Ja, ich mache es aber besser als Sie.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich würde nur sagen, das Thema ist ja allgemein ernst, als dass man nur mit Polemik, jeder hat seinen Standpunkt, der kann ausgetauscht werden.

Dr. **Hammer**: Daher abschließend noch zu der polemischen Aussage, dass die Ärzte in angenehmer Umgebung ordinieren wollen, auch wirklich fachlich korrekt. Diese angesprochene Kinderärztin in Jakomini, die sich nicht in Pension gehen getraut, betreut dort ein Patientengut, das zu einem sehr hohen Prozentsatz Ausländerkinder sind. Unterstellen Sie bitte dieser Ärztin, die über ihre normale Pensionszeit hinaus bleibt, nicht, dass sie es deswegen ist, weil es so angenehm dort ist.

*Zwischenruf GRin. Krampl: Heißt das, dass Ausländerkinder unangenehmer sind?*

Dr. **Hammer**: Schwieriger, länger zu tun, bis das alles übersetzt ist, bis die Anamnese, Krankengeschichte erhoben ist. Es dauert länger, ist nicht angenehm (*Applaus ÖVP*).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

### **3) Osterfeuer – ein brennendes Problem; Entsorgungsalternativen für Grünschnitt**

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine vermeidbare Feinstaubquelle, die jährlich den Unmut vieler Grazerinnen und Grazer erregt, sind die rund 3000 Osterfeuer im Rahmen derer im Grazer Stadtgebiet rund 1300 Tonnen Baum-, Hecken- und Strauchschnitt thermisch



beseitigt werden. Diese Zahlen sind Daten des Umweltamtes, die ich erhalten habe in Beantwortung meines dringlichen Antrages vom 17. März des Vorjahres. Die Verbrennung von trockenen biogenen Materialien am Karsamstag ist als Brauchtumsfeuer vom allgemeinen Verbrennungsverbot ausgenommen. Allerdings gibt es alljährlich zahlreiche Hinweise aus der Bevölkerung, dass es sich bei den Osterfeuern in vielen Fällen weniger um Brauchtumspflege als um die Entsorgung von gelegentlich auch feuchtem Garten- und sonstigem Abfall handelt.

Obwohl in den vergangenen Jahren einige Maßnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung durch Osterfeuer durchgeführt worden sind, war, wie in der Darstellung der Feinstaubkonzentrationen an den Karsamstagen der Jahre 2002 bis 2005 zu ersehen ist, bisher kein entscheidender Effekt zu erzielen. Auch noch im Vorjahr stieg der Halbstundenwert auf über  $300 \mu\text{g}/\text{m}^3$  an.

Unabhängig davon, ob nun bereits in diesem Jahr die rechtliche Möglichkeit besteht - und auch genutzt wird - die Abfallverbrennung zu untersagen, muss raschestmöglich das gegenwärtig noch ungenügende alternative Angebot für die Entsorgung von biogenem Abfall erweitert werden. Genau so wie in der Vergangenheit und gegenwärtig bei verkehrsbedingten Quellen von Luftverschmutzung vor dem Aussprechen von Beschränkungen und Verboten eine öffentliche Unterstützung der Anschaffung von Abgasreinigungssystemen erfolgte, ist auch für die Verbrennung von Gartenabfällen vor dem Aussprechen von Verboten eine Unterstützung durch die Gemeinde bei der alternativen Entsorgung zu fordern.

Um eine wirksame Entsorgungsalternative darzustellen, muss allerdings das gegenwärtige Angebot deutlich verbessert werden. Für die Entsorgung von Siedlungsabfällen bedient sich die Stadt Graz der AEVG und ist dieser auch im Rahmen des bestehenden Entsorgungsvertrages wiederum Angabe des Umweltamtes verpflichtet.

Das Angebot der AEVG besteht in der Anlieferung von bis zu 150 kg Grünschnitt beim Privatanlieferplatz, Sammelsäcke mit einem Fassungsvermögen von knapp über 100 Liter und die Grünschnittabholung, ergänzt durch ein Häckselservice der Firma ÖKO-SERVICE.

Erfahrungen aus einer im Jahr 2004 durchgeführten Sammelaktion in Mariatrost, an der 120 Gartenbesitzer teilgenommen haben, haben bestätigt, dass dieses alternative Entsorgungsangebot vollständig unzureichend ist. Pro Teilnehmer fielen nämlich durchschnittlich 800 kg Grünschnitt an. Diese Menge würde, vorausgesetzt, dass den Gartenbesitzern überhaupt eine entsprechende Transportkapazität zur Verfügung steht, sechs Fahrten an unterschiedlichen Tagen zur AEVG Sammelstelle notwendig machen. Die kleinen Sammelsäcke sind für die sperrigen Grünschnitte keine Alternative und der Häckseldienst führt zu einer vermeidbaren Lärmbelastung.

Erfolgreiche Beispiele von städtischen Entsorgungsangeboten wie die Christbaumsammlungen, die Bezirksentrümpelungen oder die Sperrmüllsammlungen legen nahe, dass auch ein entsprechendes Entsorgungsangebot für die im Frühjahr anfallenden Gartenabfälle aus dem Baum- und Strauchschnitt von den Grazerinnen und Grazern sehr gut angenommen werden könnte.

Ich stelle daher namens der im Gemeinderat vertretenen Parteien von ÖVP sowie den Grünen den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

dass die zuständigen Stellen des Magistrat Graz

1. entsprechend dem Motivenbericht in Ergänzung zu den bereits bestehenden aber ungenügenden Entsorgungsmöglichkeiten für Grünschnitt ergänzende Entsorgungsangebote, wie zum Beispiel angekündigte gebietsweise Grünschnittsammlungen, in Erwägung ziehen und auf ihre Durchführbarkeit prüfen;
2. die Grazerinnen und Grazer über die Rechtslage informieren, zu der im Erlass der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. Juli 2004 festgehalten wird, dass im Rahmen der Osterfeuer nur trockenes biogenes Material verbrannt werden darf;
3. in einer Petition den Landesrat für Umwelt Ing. Wegscheider ersuchen, allen Gemeinden des Feinstaubsanierungsgebietes Großraum Graz den Inhalt und

die Umsetzung des Erlasses der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. Juli 2004 in Erinnerung zu rufen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege Hammer! Ich widerspreche tatsächlich sehr, sehr ungern, weil ich natürlich dein Engagement in Bezug auf die Bekämpfung der Feinstaubbelastung in Graz sehr, sehr schätze, insbesondere in unserem Gemeindeumweltausschuss. Ich weiß mich aber mit der Position und Diskussion in unserem Gemeindeumweltausschuss eins, wenn ich sage, dass die Punkte deines Antrages so nicht stimmen beziehungsweise abgelehnt werden müssen. Aber insbesondere in ihrer Dringlichkeit abgelehnt werden müssen, wie ich glaube. Zum ersten Punkt deines Antrages, warum ist hier keine Dringlichkeit geboten? Wir sind im Gegensatz zu dir, deiner Fraktion, der Ansicht, dass das derzeitige Angebot schon ein sehr umfassendes ist und du hast die Bereiche aufgezählt, es gibt die Möglichkeit der Selbstkompostierung, das Häckselservice von BAN und Ökoservice, für kleinere Mengen gibt es die Biotonne, für mittlere Mengen gibt es die Säcke, die man beim Bezirksamt natürlich kaufen kann und den Grünschnitt und Bioabfälle dort ganz gut unterbringen und auch kostengünstig unterbringen kann. Für große Mengen, diese großen Mengen kann man bei der AEVG nach wie vor kostenfrei abliefern und es können auch sehr, sehr große Mengen sein, wie mir von der AEVG bestätigt wurde. Und es gibt darüber hinaus das Abholservice unserer Wirtschaftsbetriebe, das allerdings kostenpflichtig ist. Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten der Aufgabenkritik, wo wir auch bei den Sozialausgaben leider da und dort sparen müssen, ist es für mich verständlich, dass sehr, sehr große Mengen Grünschnitt, das heißt, Grünschnitt von Eigentümern sehr, sehr großer Gärten oder Parks eben auch kostenpflichtig zu entsorgen sind, dass das eben auch etwas kostet. Für mich ist das jedenfalls in Zeiten der Aufgabenkritik nachvollziehbar. Es ist nicht so, dass man Grünschnitt kleine, mittlere, große Mengen in Graz nicht ganz gut und zu vernünftigen, verträglichen Preisen entsorgen kann. Aus dem Grund, wie gesagt, sprechen wir dem ersten Punkt die Dringlichkeit ab. Zweitens: Die Aufforderung, dass nur trockenes Gut zu verbrennen ist, passiert, wie aufmerksame Leser der Kleinen Zeitung, der Kronen Zeitung oder auch der BIG wissen, natürlich jedes Jahr, es gibt

diese Aufforderung jedes Jahr, sie wird jedes Jahr leider von einigen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt missachtet, insbesondere dann, wenn es vorher regnet vor diesem Osterfeuer. Dann rückt manchmal die Feuerwehr aus, manchmal sogar die Polizei in den schlimmsten Fällen, wenn die Leute auch Altreifen verbrennen, auch das kommt da und dort, Gott sei Dank, nicht allzu oft vor. Bei rund, wie du richtig zitiert hast, 3000 Feuern tut sich die Feuerwehr aus verständlichen Gründen aber ein bisschen schwer. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, hat sich der Gemeindeumweltausschuss auch darauf geeinigt, dass wir auf eine Reduzierung der Osterfeuer in unserem Stadtgebiet drängen. Dafür, so wie es aussieht, stellt das neue IGL Immissionsschutzgesetz Luft die rechtlichen Grundlagen für das Land Steiermark her und Landesrat Wegscheider hat auch schon mehrfach dargestellt und angekündigt, dass er von dieser rechtlichen Möglichkeit im Rahmen einer Verordnung zu diesem IGL auch Gebrauch machen wird, was bedeutet, es besteht gute Hoffnung, dass zumindest im nächsten Jahr, heuer werden wir wieder die Appelle erlassen natürlich, beginnend beim Bürgermeister, beim Umweltreferenten usw. zumindest im nächsten Jahr die Zahl der Osterfeuer deutlich verringert sein wird. Es gibt Modelle beispielsweise, die so ausschauen, dass man dem Veranstaltungsgesetz unterwirft Osterfeuer, dass es halt, Hausnummer, 50/60 derartige Veranstaltungen in Graz gibt, zum Beispiel im Zusammenhang mit Kirchen, mit anderen öffentlichen Einrichtungen, man dort halt ein ordentliches Osterfeuer macht, dagegen ist ja auch nichts zu sagen. Ein Problem sind die Müllverbrennungen quasi. Bei diesen großen Feuern kann auch ein Feuerwehrmann dabei sein oder irgendein Amtsorgan dabei sein, das darauf achtet, dass eben kein Müll mitverbrannt wird, das nichts Feuchtes mitverbrannt wird. Also die kann man viel eher, wie soll ich sagen, umweltschützerisch in den Griff bekommen als eben, klarerweise, diese 3000 Feuer, mit denen wir es jetzt zu tun haben. Darum, wie gesagt, der zweite Punkt ist eigentlich mittlerweile veraltet. Es passiert ohnehin und auch hier sprechen wir diesem Punkt die Dringlichkeit ab. Dritter Punkt: Der Herr Landesrat tut es, wird es tun und wird, wie gesagt, deutlich darüber hinausgehen und nämlich eine Verordnung diesbezüglich erlassen, ich glaube, es wird darum gehen, dass unsere Dienststellen des Magistrates diese Verordnung dann eben auch konsequent umsetzen und dass wir auch mitwirken dazu, dass es das ist, was es eigentlich sein soll, nämlich eine schöne Brauchtumsveranstaltung, die, wie gesagt, in einem geordneten Rahmen in einer vernünftigen Anzahl durchaus seinen Platz hat in der

Stadt Graz, aber nicht in dieser Art und Weise. Noch einmal, die Entsorgung von Grünschnitt, glaube ich, ist durch die zuständigen Betriebe und Einrichtungen der Stadt Graz und drüber hinaus durchaus hinreichend sichergestellt, da und dort kann man es schon noch verbessern, aber da scheint mir das Mittel des dringlichen Antrages überzogen zu sein. Deswegen, wie gesagt, Kolleginnen und Kollegen, lehnt meine Fraktion die Dringlichkeit ab.

GRin. Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich relativ kurz fassen, weil der Kollege Getzinger vorher genau die Sachargumente auch angeführt hat, die ich jetzt nur ganz knapp noch einmal wiederhole und zwar auch wir finden, dass das Angebot ausreichend ist und man kann zusätzlich eben das Angebot der AEVG nutzen, weil es gibt eine kostengünstige Containerabfuhr. Wenn also das Kontingent wirklich so groß ist, dass einem das zu wenig erscheinen würde, ist die Frage, wie kommen eigentlich andere Menschen dazu, für Leute, die einen großen Besitz haben und sehr viel Grünschnitt dann haben, das mitzuzahlen und das Dritte ist, ich möchte euch auch noch einmal auf das Beratungsangebot der Stadt Graz bezüglich Kompostierung verweisen. Also man kann ja wirklich vor Ort das auch verarbeiten und deshalb lehnen wir als KPÖ auch die Dringlichkeit und den Inhalt des Antrages ab. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister! Meine Fraktion wird dem Inhalt und der Dringlichkeit zustimmen, wobei ich nur anmerken möchte, dass es natürlich schon ein bisschen eine gewisse Ironie hat, dass jetzt auch schon Grünschnitt nach kapitalistischen Gesichtspunkten bewertet wird sozusagen, dass es einen kapitalistischen Grünschnitt gibt und einen nicht kapitalistischen Grünschnitt und dass es für die Roten und die Rot-Roten im Haus doch jetzt eigentlich auch beim Grünschnitt schon eine Möglichkeit gibt, den Klassenkampf hereinzubringen, also das finde ich schon ein bisschen merkwürdig (*Applaus ÖVP und FPÖ*), weil das da immer so mitschwingt, die bösen Kapitalisten, die bringen jetzt den vielen Grünschnitt hin und die anderen nicht. Also wie gesagt, ich habe auch relativ größeren Grund

und würde da auch sozusagen schon den kapitalistischen Grünschnitt in Anspruch nehmen, also ich finde das ehrlich gesagt schon ein bisschen kindisch jetzt dann und deswegen werden wir dem Inhalt und der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. Mag. **Candussi** zum Antrag: Als Erstes oute ich mich hier jetzt als Kapitalist und Gartenbesitzer und solcherart vielleicht auch ein wenig vom Fach, wenn es um diesen Antrag geht. Ich tue mir relativ leicht bei der Entsorgung des Grünschnitts, weil ich bin vital genug, um selbst zu häckseln und schaffe das auch noch. Weiß aber, dass es für viele Leute, die nicht unbedingt reich sind, ein gröberes Problem ist, diesen Grünschnitt zu entsorgen und ihn auch entsprechend kostengünstig und praktisch zu entsorgen und ich weiß, dass die Angebote der AEVG zahlreich sind, aber bei weitem nicht ausreichend. Und das ist kein Vorwurf an die AEVG, sondern das ist ein Faktum und die können das wahrscheinlich auch nicht. Ich möchte erinnern daran, dass wir eben in vielen Punkten ähnlich lautenden Antrag vor ziemlich genau einem Jahr eingebracht haben, damals war es noch ein Paarlauf von zwei Anträgen, diesmal ist es ein gemeinsamer geworden und dass dieser Antrag die Mehrheit bekommen hat, dass die Umsetzung allerdings meines Wissens ziemlich unbefriedigend geblieben ist. Also ich habe seither nichts mehr gehört, das war immerhin ein mehrheitlich angenommener, wenn nicht, ich glaube, sogar einstimmig angenommener dringlicher Antrag des Gemeinderates zum Thema Osterfeuer, getan hat sich nichts. Und aus diesem Grund kann ich also der Argumentation des Günter Getzinger nicht ganz folgen, also auch aus diesem Grund. Es ist eigentlich nichts geschehen in dieser Sache und wir kommen wieder hin zu Appellen etc, etc. und wissen, dass das wahrscheinlich relativ wenig hilft, wenn diese Appelle nicht von konkreten Maßnahmen begleitet sind. Ich habe im Vorjahr angeregt und angekündigt, dass ich in meinem Wohnumfeld etwas organisieren möchte, nämlich so etwas wie eine Grünschnittsammlung, eine akkordierte Grünschnittsammlung in mehreren Straßenzügen, die gemeinsam mit einem Bauern aus dem Stiftingtal

gemacht worden wäre und wir waren da relativ weit in der Vorbereitung, nur ist bedauerlicherweise der Karl Fuchs, alle die ihn kennen, Biobauer aus dem Schaftal, wirklich ein toller und guter Bauer im heurigen Sommer tödlich verunglückt und damit ist diese Aktion für uns nicht mehr durchführbar. Ich habe aber trotzdem die Bitte und ich weiß nicht, wer in der Stadtregierung jetzt für die Landwirtschaft zuständig ist, ich nehme an, der Kollege Miedl hat das vom Kollegen Buchmann übernommen, der das Thema hatte. Ich glaube nämlich sehr wohl, dass so organisierte Grünschnittsammlungen eine gute Möglichkeit wären, wenn sie in der Organisation von der Stadt unterstützt werden, eine kostengünstige und nicht subventionierte, sondern bezahlte Dienstleistung für Landwirte der Stadt zu werden. Und ich glaube, dass die Stadt da einen Beitrag leisten kann, indem sie den Impuls gibt und ich glaube, dass das ein ganz ein ordentliches Zubrot der Landwirte in der Gegend sein kann, die das straßenzugeweise durchaus organisieren können, die die Maschinen haben, die die Kapazitäten dazu haben, das wollte ich nur dazu anbringen. Im übrigen hoffe ich, dass der Antrag trotzdem die Zustimmung bekommt (*Applaus ÖVP*).

**Dr. Hammer:** Danke für die Diskussionsbeiträge, die sind natürlich sehr wichtig. Ich möchte, Günter, auf die Zahlen noch einmal hinweisen, über die Menge des Schnittgutes, die anfällt. Wenn du auch möglicherweise den Mariatroster Zahlen nicht glaubst, weil sie von einer ÖVP-Sammlung kommen, das waren 800 Kilo, dann solltest du zumindest die Daten des Umweltamtes glauben, diese 3000 Osterfeuer, bei denen 1300 Tonnen verbrannt sind, wenn man das im Taschenrechner eingibt, ergeben sich da durchschnittliche Gewichtszahlen von 400 Kilogramm. Und mit 400 Kilogramm sperrigem, das ist ja nicht kompakt, sperrigem Schnittgut sind die meisten in ihrer Transportkapazität heillos überfordert. Und da hat auch in einem 100-Liter-Sack ein sperriger Ast keinen Platz....

**Zwischenruf GRin. Getzinger:** *Deswegen gibt es die Container.*

Dr. **Hammer**: Welche Container? Aber das sind 3000 Osterfeuer, wo sind dann bitte diese 3000 Container der AEVG, mit 400 Kilo sperrigem Schuttgut ist dann einer schon voll (*Applaus ÖVP*). Es geht mir nicht bei meinem Antrag darum, dass wir für Gartenbesitzer eine subventionierte Leistung der Stadt fordern, sondern ein Organisationsangebot bei der Entsorgung jenes Grünschnitts, der anfällt in der Betreuung jenes Teils der Stadt, der von allen 241.000 Grazerinnen und Grazern als grüne Lunge genossen wird. Von der grünen Lunge profitieren wir alle, dazu sorgen die Gartenbesitzer, und die Stadt sollte ihnen ein organisatorisches Unterstützungsangebot geben über dessen Finanzierung ja separat zur verhandeln wäre, Geschenke soll man aber keine austeilen. Ich hoffe, dass der Antrag eine Mehrheit findet (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

#### **4) Verkehrsmasterplan bei neuen Bauprojekten**

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mir geht es in meinem dringlichen Antrag um einen Verkehrsmasterplan bei neuen Bauprojekten. Im Zusammenhang mit Verwertungen von Grundstücken – seien es Gewerbeobjekte oder Wohnbauten – sind meistens nicht die Bauvorhaben auf diesen Arealen Anlass für Befürchtungen und Ängste seitens der Anrainer, sondern sehr oft und vielmehr die Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen in diesem Gebiet. Dieses Phänomen zeigte sich, und viele können sich noch erinnern, beim Bau des Liebenauer Stadions, wo es nicht darum gegangen ist, wie hoch wird das Stadion und dergleichen oder bei der Stadthalle, bis hin zum aktuellen Bebauungsplan Martinhofstraße – Straßganger Straße, wonach dort rund 700 neue Wohneinheiten entstehen sollen.



Die Bevölkerung der betroffenen Gebiete die denkt in erster Linie nicht vorrangig daran, was am Nachbargrundstück passiert hinsichtlich des Baus, was Höhen betrifft, was Freiflächengestaltung, Design dieser neu zu entstehenden Bauten angeht, sondern in erster Linie beschäftigt sich die Bevölkerung rundherum um Fragen zum Thema Verkehrsauswirkungen beziehungsweise Infrastrukturen und welche Belastungen entstehen durch diese Neubauten. Bisherig war es eher so, die Praxis hat gezeigt, dass man zuerst sagt, man lässt es entstehen, nimmt es dann einmal in Betrieb, sammelt Erfahrungen und dann reagiert man darauf und richtet dann entsprechende Maßnahmen und Infrastrukturen ein. Und das hat und nicht nur hat, sondern führt nach wie vor zu einer großen Unzufriedenheit und zu Ablehnung von vielen Neubauten und zu vielen Problemen und Kritikpunkten. Und aus diesem Grund, und darum geht es mir in diesem dringlichen Antrag, sollte eben bei diesen Neubauten vielmehr Augenmerk auf die Untersuchungen und Studien betreffend Feststellung des Istzustandes, Abgaben von Prognosen der Verkehrsfrequenzerhöhungen, heißt im Klartext, was erwartet diese Umgebung durch diesen Neubau, wie viele Fahrten, wie viele Fahrzeuge werden hier tagtäglich mehr durch die angrenzenden Straßen fahren. Auf der anderen Seite auch die Frage, wie ist das derzeitige öffentliche Verkehrsmittel schon ausgelastet, welche zusätzlichen Frequenzsteigerungen lässt dieses öffentliche Verkehrsmittel zu, weiters Erfordernisse von neuen oder leistungsstärkeren Straßen, neuen oder zusätzlichen GVB-Bus oder Straßenbahnlinien, Erhöhung der Intervallen bei öffentlichen Bussen und Straßenbahnen, Fragen, ob nicht eine Einbahnregelung da oder dort sinnvoll wäre.

Werden diese Fragen, die ich jetzt hier angeschnitten habe, zwar in unterschiedlicher Intensität bei der Erstellung von Bebauungsplänen zum Teil mit berücksichtigt, fehlt aber vielfach die Information über diese getroffenen Feststellungen und daraus die gewonnenen Erkenntnisse beziehungsweise notwendigen Lenkungsmaßnahmen, wobei natürlich eine Aufzählung der Maßnahmen, die notwendig wären, zu wenig sind, sondern es geht auch darum, um verbindliche Festlegung, wer für welche infrastrukturelle zusätzliche Maßnahme verantwortlich ist und bis wann auch diese notwendigen Maßnahmen gesetzt werden müssen. Gleichzeitig, und hier kommt sehr oft Kritik aus der Bevölkerung, gibt es einfach zu wenig Informationen, zu wenig

Transparenz, was jetzt diese zu treffenden Maßnahmen im Bereich der Verkehrsmaßnahmen betrifft.

Daher stelle ich seitens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

dass in Zukunft bei Bebauungsplänen der Informationsbericht auch eine Studie über den Ist-Zustand sowie einen verkehrspolitischen Bericht und die Festschreibung über die erforderlichen Maßnahmen beinhalten soll (*Applaus SPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GR. **Eichberger**: Alle sind damit einverstanden und glaube ich, hier ist ein Punkt, der die breite Zustimmung findet, dafür möchte ich mich im Vorfeld schon herzlich bedanken.

**5) BürgerInnenbeteiligung in Graz/Maßnahmenpaket**

GRin. **Krampl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

**GRin. Krampl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die Mitwirkung der Bürger und Bürgerinnen an der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung – weit über das demokratiepolitische Element von Wahlen hinaus – hat in Graz bereits eine lange Tradition. Graz konnte sich in diesem Sinne in der Vergangenheit oft durchaus zu Recht als eine Stadt bezeichnen, in der Bürger/Bürgerinnenbeteiligung ihren Platz hatte, in der AktivbürgerInnen in der Stadtpolitik einen Gesprächspartner fanden und in der etwa über das Büro für

Bürgerinitiativen engagierte Bürgerinnen und Bürger auch Unterstützung fanden. Und parallel dazu wurde – auch im Sinne der Erweiterung dieses breiten Beteiligungsgedankens – in Graz eine Bezirksdemokratie mit Bezirksvorstehungen und Bezirksräten entwickelt, wie es dies in sehr vielen anderen vergleichbaren Städten nicht einmal ansatzweise gibt.

Die Ansätze, um BürgerInnenbeteiligung in Graz zu verwirklichen, wären also gegeben gewesen. Allein: Die praktische Umsetzung durch die Stadtpolitik ließ in zunehmendem Maße zu wünschen übrig. Den Bezirksräten und Bezirksrätinnen werden kaum noch Möglichkeiten eingeräumt, gemeinsam mit der Bezirksbevölkerung entwickelte Anliegen zu verwirklichen: Zahllose Bezirksratsanträge liegen gleichsam auf „Eis“, weil für die Umsetzung der Bezirksanliegen schlichtweg kein Geld vorhanden ist. BürgerInnenbeteiligung auf Bezirksebene existiert somit vor allem auf dem Papier, aber vielfach nicht in der Praxis. Zwar wird seit vielen Monaten von einer Demokratiereform gesprochen, und manchmal wird sogar nicht nur von der Reform der Bezirksdemokratie gesprochen, sondern sogar über die Reform der Bezirksdemokratie hinaus – von irgendwelchen Ergebnissen ist man aber weit entfernt.

Ein ähnliches Bild bietet sich, was die Erfahrungen der BürgerInneninitiativen und der AktivbürgerInnen betrifft. BürgerInnenbeteiligung gibt es bestenfalls auf dem Papier, und dies zumeist nur in Ansätzen, so lautet deren Kritik, und wenn es um die Fortsetzung von Prozessen oder gar die Umsetzung gehe, gäbe es wenig Positives. So urgiert beispielsweise die „Plattform Grazer Bürgerinitiativen“, dass zwar im November 2001 ein Beteiligungssymposium unter dem Motto „Stadt findet statt“ gestartet wurde, doch danach absolut außer zwei Gesprächen nichts mehr in dieser Richtung passiert ist, es habe keine Fortsetzung gegeben und die daraus resultierende Demokratie-Charta liegt ebenfalls auf Eis.

So kommt es daher auch nicht von ungefähr, dass die „Plattform Grazer Bürgerinitiativen“ den Plan, nun einen neuen Beteiligungsprozess entwickeln zu lassen, äußerst kritisch gegenüber steht. Denn allein die Entwicklung dieses Beteiligungsprozesses kostet an die 600.000 Euro, die Mittel für den weiteren Prozessablauf selbst, geschweige denn dann für die Umsetzung, sind darin noch nicht enthalten und somit völlig ungesichert. Und dies alles, obwohl gleichzeitig eine Reihe von – unter Beteiligung von Bürgerinitiativen, AktivbürgerInnen und

BezirksrätInnen – entwickelten Vorschlägen, Projekten, Maßnahmen, Sachprogrammen etc am Tisch liegen beziehungsweise nicht am Tisch, sondern in den Schubladen und dort verstauben.

Vereinfacht gesagt: Die Skepsis jener, die sich bisher bereits aktiv in die Stadtentwicklung und Stadtgestaltung einbringen wollten, gegenüber der so genannten „Werkstatt Graz“ ist verständlich: Müssen sie doch den Eindruck gewinnen, dass es da nicht um wirkliche Bürgerbeteiligung geht, sondern wohl eher darum, dass um viel Geld bloß wieder ein neuer Prozess, der in einer Schweizer Stadt angewandt wurde, eingekauft und den Grazerinnen und Grazern vor die Nase gesetzt wird, ohne die speziellen Rahmenbedingungen in unserer Stadt zu berücksichtigen und vor allem, ohne auf die reichhaltigen Erfahrungen jener Grazer BürgerInnen zurückzugreifen, die sich für Beteiligung und Demokratie in unserer Stadt schon lange engagiert haben, ohne sie in die Prozessentwicklung einzubinden und ohne, wie schon erwähnt, jegliche Umsetzungsperspektive.

Und der Wunsch der BürgerInneninitiativen ist ebenso verständlich: BürgerInnenbeteiligung kann nicht am Reißbrett entstehen, Bürgerinnenbeteiligung kann nicht verordnet werden oder um viel Geld wie aus einem Katalog „bestellt“ werden, denn eine von oben drübergestülpte BürgerInnenbeteiligung, die in der Realität eher einer PolitikerInnenbeteiligung beziehungsweise meines Erachtens auch ein Beschäftigungsprojekt für Trainer und Coaches darstellt, ist zum Scheitern verurteilt – BürgerInnenbeteiligung lässt sich nicht bestellen, Bürgerinnenbeteiligung muss sich entwickeln können, muss entstanden werden lassen. Und dazu bedarf es unserer Auffassung nicht 600.000 Euro an Prozessentwicklungskosten, sondern des guten Willens aller Verantwortungsträger.

In diesem Sinne lehnen ja auch die „Plattform Grazer Bürgerinitiativen“ sowie viele AktivbürgerInnen, aber auch ein Großteil der Bezirksvorstehungen das Modell „Werkstatt Graz“ ab, weil eine Reihe von – zum Teil kostenlosen, zum Teil nur mit geringen Kosten verbundenen – Sofortmaßnahmen der BürgerInnenbeteiligung in Graz eine neue Qualität geben könnten, und weil andererseits auch eine Reihe von Vorbedingungen für die „Werkstatt Graz“ überhaupt nicht gegeben sind – und weil schließlich mit den bloßen Prozessentwicklungskosten bereits Etliches an vorhandenen Ideen und Projekten für unsere Bevölkerung umgesetzt werden könnte.

Im Detail werden unter anderem als kostengünstige Sofortmaßnahmen genannt:

- Wiedereinführung des „Round Table“ mit den Verantwortlichen des BürgerInnenbüros, der nach zwei Sitzungsterminen ohne Bekanntgabe von Gründen abgesetzt worden ist.
- Regelmäßige Gesprächsangebote mit dem Stadtsenat.
- Entwicklung eines Krisenmanagements für akute Problemfragen.
- Erarbeitung eines Problemkatalogs gemeinsam mit AktivbürgerInnen.
- Einrichtung eines interdisziplinären Planungsbeirates. Ich könnte mir auch ein Projekt vorstellen, das ähnlich funktioniert wie der Naturschutzbeirat, der sehr gut angenommen ist und keine 600.000 Euro kostet.
- Erarbeitung eines „Katalogs der Bürgermitbestimmung“ unter Einbeziehung von AktivbürgerInnen ebenso wie von Experten und Expertinnen, die mit den Grazer Verhältnissen vertraut sind.
- Eine Aufwertung der Bezirksdemokratie.
- Eine Umstrukturierung des BürgerInnenbüros inklusive Verbesserung der Infrastruktur und Ausweitung des Angebotes, beispielsweise um eine Rechtsberatung.
- Prioritätenreihung der – oftmals unter Mitwirkung von AktivbürgerInnen entstandenen – Sachprogramme und Studien inklusive Erstellung eines entsprechenden Finanzierungs- und Umsetzungsplanes.
- Erarbeitung von Sachbereichs- und Bezirkskonzepten.

Denn ehe überhaupt an die Entwicklung eines neuen Beteiligungsprozesses gedacht wird, soll – und das ist eine sehr verständliche Forderung zuallererst wohl einmal das umgesetzt werden, was in der jüngeren Vergangenheit in Beteiligungsverfahren an Programmen und Ideen entstanden ist.

Da es aus unserer Sicht der Respekt gegenüber den vielen Grazerinnen und Grazern gebietet, die sich aktiv an der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung engagiert beteiligt haben und dieses wertvolle Potenzial auch in Zukunft genutzt werden sollte, appelliert die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion an alle Mitglieder des Grazer Gemeinderates, in Sachen BürgerInnenbeteiligung in Graz zuallererst mit jenen das Gespräch zu suchen und auf die Erfahrungen jener zurückzugreifen, die BürgerInnenbeteiligung in Graz leben. So gesehen wäre die

Einbindung der AktivbürgerInnen und Bezirksvertretungen eine unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

1. Unter Einbindung von VertreterInnen der „Plattform Grazer Bürgerinitiativen“ sowie AktivbürgerInnen, Vertretern und Vertreterinnen der Bezirksvorstehungen der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, der zuständigen Fachabteilungen und der ressortverantwortlichen Stadtregerungsmitglieder ist umgehend eine Arbeitsgruppe „BürgerInnenbeteiligung“ einzusetzen, die gemäß Motivenbericht
  - a) bislang unter Beteiligung von AktivbürgerInnen entstandene Sachprogramme, Vorschläge, Ideen und Projekte auf ihren Umsetzungsstand hinterfragt und – bei allfälligen Umsetzungsdefiziten – Vorschläge für die Realisierung entwickelt
  - b) das von der „Plattform Grazer Bürgerinitiativen“ auf Grund ihrer Erfahrungen entwickelte „Kritik- und Vorschlagspaket“ für eine funktionierende Bürgerbeteiligung in Graz (z.B. „Round Table“, Problemerkatalog, usw.) auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft
2. Ein entsprechender Bericht soll an den Gemeinderat bis spätestens September 2006 vorgelegt werden.
3. Auf Basis der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe hat - selbstverständlich wiederum unter Einbindung der „Plattform Grazer BürgerInneninitiativen“ und anderen AktivbürgerInnen, Bezirksvorstehungen usw. - die Einarbeitung und Entwicklung eines Prozesses „BürgerInnenbeteiligung in Graz“ zu erfolgen, der die spezifischen Grazer Rahmenbedingungen berücksichtigt, wobei in diesem Zusammenhang auch – gemäß der Notwendigkeiten einer mittelfristigen Finanzplanung in Verbindung mit der Umsetzungssicherheit von Beteiligungsprojekten – die Finanzierungsnotwendigkeiten und Finanzierungsmodalitäten zu berücksichtigen sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist Faschingszeit und Faschingszeit ist die Zeit, in der man sich gerne verkleidet. Wir haben das heute schon mehrfach erlebt. Der Klubobmann der Volkspartei ist heute aufgetreten als Retter bedrohter Volksschulen, Gemeinderat Topf sägt emsig an seines Vorgängers, Gemeinderates Muskens, Baumschutzverordnung und jetzt haben wir den nächsten Auftritt, die SPÖ kommt als Vorfeldorganisation der Plattform der Bürgerinitiativen ins Rennen.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das tut weh.*

Mag. **Candussi**: Liebe Dagmar, schon der erste Satz deines Antrages müsste dich, wärst du nicht bei den Roten, zum erröten bringen. Wenn du sagst, die Mitwirkung der BürgerInnen an der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung weit über das demokratiepolitische Element von Wahlen hinaus hat in Graz bereits Tradition; soll ich wirklich aus meiner Erinnerung hier erzählen, wie ihr, Dagmar, und da nicht zuletzt vor allem die Raumordnungssprecherinnen rot, schwarz und blau mit den Bürgerinitiativen und deren Anliegen umgegangen seid...

*Zwischenruf GRin. Dagmar: Erzähle das bitte.*

Mag. **Candussi**: Soll ich erzählen, wie es war bei der Diskussion ums STEK 3.0? Soll ich erzählen, wie es war beim Fläwi 3.0? Soll ich erzählen, wie es war im Grottenhof? Soll ich erzählen, wie es war am Rotmoosweg? Soll ich von Andritz erzählen? Soll ich von der Riesschule erzählen oder vom Musterland? Oder fragen wir vielleicht das Ehepaar Huber und die Frau Steffen, die auf der Galerie sind, wie sie sich bislang von den Regierungsparteien und nicht zuletzt auch von der SPÖ in

diesem Haus mit ihrem Anliegen vertreten gesehen haben? Aber ich erkenne erst jetzt, was SP eigentlich heißt, es bedeutet von Saulus zu Paulus. Und das ist das eigentliche Thema des heutigen Antrags. Liebe Dagmar, es ist durchaus lobenswert, was du hier heute forderst, was wir und die Bürgerinitiativen schon seit wirklich langen Jahren, ich bin jetzt das siebente Jahr herinnen und ich kenne diese Forderungen, seit sieben Jahren und ich kenne vor allem eure Haltung gegenüber diesen Forderungen bisher und in diesem Sinn ist es durchaus lobenswert, was in diesem Antrag ist. Aber es ist durchaus unterschiedlich zu dem, was wir in den letzten Jahren hier im Haus eben erlebt haben. Die Bürgerinitiativen und wir, und wir waren da, glaube ich, wirklich in vielen Dingen gemeinsam unterwegs. Und aus diesem Grund muss ich sagen, ist dieser Antrag ausgerechnet heute, wo ein tatsächlich großes Stück zum Thema BürgerInnenbeteiligung auf der Tagesordnung steht, ein Stück, das nicht das ersetzt, was du hier forderst, aber was lange vorbereitet war und auch lange gefordert und nicht zuletzt von uns und nicht zuletzt von euch als eine der Grundbedingungen im STEK 3.0 verankert wurde, wo ihr noch die Vaterschaft beziehungsweise respektive, damalige Gemeinderat Pammer hat gesagt, die Mutterschaft der BürgerInnenbeteiligung liegt bei der SPÖ und dann kam die lange Geschichte der Gegenwehr, weil plötzlich ein Stadtrat von der falschen Farbe tatsächlich ein BürgerInnenbeteiligungskonzept vorgelegt hat und viele, viele Forderungen erfüllt hat, die lange Zeit im Raum gestanden sind und wir sind froh, dass dieses Stück stattfindet (*Applaus ÖVP*). Und es ist keine Frage, liebe Dagmar, das alles, was du gefordert hast, die Wiedereinführung des Round Table, erlaube mir, dass ich es noch einmal anführe, mit den Verantwortlichen des BürgerInnenbüros, die regelmäßigen Gesprächsangebote mit dem Stadtsenat, die Entwicklung eines Krisenmanagements für akute Problemfragen. Fragen wir gleich an: Erarbeitung eines Problemkatalogs gemeinsam mit AktivbürgerInnen, Einrichtung eines interdisziplinären Planungsbeirates, ich weiß nicht, wie oft ich das schon gefordert habe, hier und bei Veranstaltungen und anderswo und immer hat es geheißen, das brauchen wir nicht, wir haben einen Planungsbeirat und vor allem, wir haben einen Unterausschuss und die machen das alles bestens.

***Zwischenruf GRin. Krampfl: Das hat es nie geheißen.***



Mag. **Candussi**: Erarbeitung eines Katalogs der Bürgermitbestimmung unter Einbeziehung von AktivbürgerInnen, wunderbar, Aufwertung der Bezirksdemokratie, großartig; für die, die die Grazer Woche neulich nicht gelesen haben, Musterbeispiel Bezirksdemokratie Ries. Auf Antrag des ÖVP-Bezirksrates und mit Zustimmung der SP-Bezirksrätinnen und –räte hat der Bezirksrat beschlossen, wir wollen mit den BürgerInnen nicht reden, wir brauchen keine Bezirksversammlungen, wir sagen sie schlichtweg ab. Und haben damit ihre Pflicht einfach verweigert, weil sie gesagt haben, die wollen eh nur über die Schulschließung reden und darüber wollen wir nicht reden, deshalb machen wir sie nicht. Das ist gelebte Bezirksdemokratie (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herr Gemeinderat, Sie können vieles natürlich sagen, wir haben noch eine inhaltliche Debatte, aber das jetzt eigentlich zur Dringlichkeit.

Mag. **Candussi**: Ich untermauere, dass ich die Dringlichkeit da eben nicht für wirklich glaubwürdig halte. Herr Vizebürgermeister, ich bin am Wort und es gibt keine Regel, wie lang eine Rede zur Dringlichkeit sein kann und es kann mir auch niemand vorschreiben, was ich zur Dringlichkeit sagen möchte. Die Umstrukturierung des BürgerInnenbüros halten auch wir für notwendig, Prioritätenreihung der oftmals unter Mitwirkung von AktivbürgerInnen entstandenen Sachprogrammestudien, insbesondere ganz eine wichtige Geschichte und die Erarbeitung von Sachbereichs- und Bezirkskonzepten, wunderbar. In vielen Dingen hättet ihr es wirklich viele Jahre in der Hand gehabt, liebe Dagmar, einiges zu tun. Und ich sage noch einmal, uns sind diese Punkte, die hier im Antrag, deinem dringlichen Antrag sind, alle wichtig und wir werden diesem Antrag auch zustimmen und wir werden auch der Dringlichkeit zustimmen. Wir meinen aber, dass ja dieses Programm der Werkstatt Graz, über das viel gesprochen wurde, und wir alle haben uns lange darüber unterhalten, was die Werkstatt kann und was sie nicht kann und was wir uns von der Werkstatt erwarten und was wir uns von der Werkstatt nicht erwarten. Diese Werkstatt kann das, was ihr fordert und vice versa, das was ihr fordert, kann die

Werkstatt wunderbar ergänzen und aus diesem Grund erlaube ich mir einen Abänderungsantrag einzubringen, angefügt zu den drei Punkten vom Antrag Dagmar Krampfl, Abänderungsantrag, denn er steht doch im klaren Widerspruch zum Motivenbericht: „Punkt 4), die unter Punkte 1 bis 3 genannten Maßnahmen sind eine Ergänzung zum BürgerInnenbeteiligungsprojekt Werkstatt Graz und nicht als Alternative zu diesem.“ Und ich würde mich freuen, wenn dieser Abänderungsantrag gemeinsam mit dem Antrag und gemeinsam mit der Werkstatt Graz heute eine möglichst breite Mehrheit und nicht nur das, auch die tatsächliche Unterstützung in der Umsetzung, und darum geht es eigentlich und das ist der große Punkt, an dem wir alle unsere Zweifel haben. Es geht um die tatsächliche glaubwürdige Umsetzung dieser hier heute hoffentlich beschlossenen Dinge. Ich hoffe, dass wir diese haben. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Zum Inhalt wird Stadtrat Rüschi noch ausführen. Hie und da muss man, glaube ich, der Vernunft auf die Sprünge helfen. Und wir sind optimistisch, dass das heute mit dem eigentlichen Stück der Werkstatt gelingen wird. Wir als Volkspartei sind daher gegen einen Versuch, der die Vernunft verhindern sollte. Candussi hat das ja durchaus treffend ausgeführt, wir wollen einen konstruktiven Beitrag zur Demokratie in Graz, auch zur Bezirksdemokratie, leisten, dieser dringliche ist keiner. Daher werden wir die Dringlichkeit ablehnen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist angenehm, nach Hermann Candussi seiner launigen Rede hier herauszugehen. Er hat das Wesentliche gesagt, wir unterschreiben das natürlich auch und stimmen auch diesem Abänderungsantrag zu.

GR. **Lozinsek**: Wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.*

GR. **Khull-Kholwald** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Dagmar als Antragstellerin, lieber Hermann Candussi als Antragsteller dieses Abänderungsantrages! Vielleicht könnt ihr beide mir erklären, wenn ihr euch hier auf der Bank zusammentut, warum das Ganze so kompliziert sein muss. Es handelt sich zwar um eine komplexe Materie, aber man kann da trotzdem, und ich denke, das ist auch sinnvoller, einfache Zugänge wählen. Zu deinem Antrag: Es ist so, dass das was du gefordert hast, unweigerlich Berechtigung hat. Ich denke aber, dass das, was du gefordert hast, so wie es aus dem Antrag von Hermann Candussi hervorgeht, durchaus sich so weit mit der Idee der Werkstatt Graz diesem Ecas-Projekt überlagert und überschneidet, dass dieser Antrag eigentlich nicht wirklich notwendig gewesen wäre. Es ist eine gute Ergänzung, aber auf keinen Fall ein Ersatz dafür. Und ganz bestimmt wird mit dieser Werkstatt etwas nicht gemacht, nämlich Bürgerbeteiligung am Reißbrett verordnet. Gerade diese Punkte, die du angesprochen hast, Dagmar, gerade diese Punkte haben einen so natürlichen Druck von unten, dass sie sowieso, meine Damen und Herren, zur Sprache kommen werden. Darüber hinaus geht dieses Ecas-Projekt, die Werkstatt Graz aber noch weiter, es geht da um Lebensqualität und die hört nicht bei der Stadtplanung auf, sondern die wird immer mehr Bereiche betreffen und die wird auch irgendwann einmal, denke ich, so viele Menschen zur Mitarbeit bewegen, dass diese Forderung, die ich Jahr für Jahr beim Budget aufstelle, ich wünsche mir, es würden da oben mehr Leute stehen und ich wünsche mir, es würden mehr Leute sich dazu auch schriftlich äußern, irgendwann einmal in Erfüllung gehen wird. Darüber hinaus kann dieses Ecas-Projekt npch etwas leisten, es ist gut vernetzbar mit den im Magistrat bereits durchgeführten Projekten Lebensqualitätsindikatoren zum Beispiel und ich denke, es wird auch eine solche Strahlkraft haben, dass es sich auch auf unseren nächsten und engsten Kreis, das heißt unsere Magistratsmitarbeiterinnen und

-mitarbeiter, positiv auswirken wird. Eine Detailanalyse dazu werde ich noch beim Stück nachliefern (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Grazer Sozialdemokratie ist für Bürgerbeteiligung, keine Frage, und wir haben das auch in verschiedensten Formen der Beteiligung, der Mitbeteiligung, als auch wir die Mehrheit gestellt haben, auch jetzt, in allen Bezirken über Jahre und Jahrzehnte unter Beweis gestellt. Bürgerbeteiligung ist uns immer ein wesentliches und wichtiges Anliegen gewesen und wir haben so etwas wie eine gewachsene und breite Bürgerinitiativenvielfalt in der Stadt und wir haben so etwas wie ein aktives und lebendiges Modell von Bezirksdemokratie und auch gewählter Bezirksvertretung. Wir haben Kritik an dem Werkstattprozess, das verhehle ich nicht, wir hätten uns einen besseren Entwurf gewünscht, wir haben aber nie gesagt, dass wir dies, was wir vorbringen, als Alternative sehen.

*Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Zwei Jahre Zeit gehabt.*

GR. **Herper**: Das heißt, unser Dringlicher setzt voraus, gerade in Absprache mit der Plattform für Bürgerinitiativen, mit den Bezirksvorstehern, mit den Bürgerinnen und Bürgern selbst, dass wir eine Vorbedingung brauchen für den Werkstattprozess.

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Da kommt ihr aber spät drauf.*

GR. **Herper:** Eine Voraussetzung, dass wir vor allem für einen effektiven und effizienten Beteiligungsprozess einen ersten Schritt gewünscht haben, das ist unser Dringlicher, das ist der Inhalt des Dringlichen und wir sehen darin nicht ein alternatives Modell, sondern wir sehen dies als Voraussetzung. Und in dem Sinne werden wir auch dem Abänderungsantrag, der kein Zusatzantrag ist, also dem Abänderungsantrag, den wir hier von Hermann Candussi vorgetragen sehen, nicht die Zustimmung geben, weil wir bleiben konsequent, wir haben einen Dringlichen eingebracht, den wünschen wir als Voraussetzung für den Werkstattprozess, aber nicht als alternatives Modell. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Ich weiß nicht, wie oft ich schon zu diesem Thema BürgerInnenbeteiligung und Bürgerinitiativen in diversen Ausschüssen und sonstigen Gelegenheiten versucht habe, auseinander zu halten, dass da immer wieder verschiedene Dinge miteinander vermischt und vermischt werden und das offensichtlich inzwischen sehr mutwillig. Erstens, wenn alles das, was heute aufgelistet ist in deinem Antrag, in den letzten Jahren, in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hätte, wären wir ja schon einige Schritte weiter. Leider ist dazu die Chance nicht genutzt worden, die die Regierungsparteien in dieser Stadt lange schon gehabt hätten. Die Vorschläge waren schon lange da, das was du vorträgst, ist wirklich schon altbekannt, wie der Hermann auch sagt, die Frage ist, warum wurde das nicht genutzt. Unbequem, anstrengend, politische Entscheidungen mit außen zu diskutieren zu einem Konsens zu kommen mit jenen Menschen, die dann die Umsetzung spüren, das ist natürlich ein mühsamer Prozess, aber das haben wir in der Stadt in den letzten Jahren gesehen, dass da versucht wird zu blockieren, was nur geht, wenn von außen Ansuchen oder Ansinnen in diese Richtung geäußert wurden. Jetzt gibt es Bürgerinitiativen, die mit diesen Prozessen, die nicht gelaufen sind, sehr unzufrieden sind beziehungsweise Ergebnisse, die aus politischen Entscheidungen entstanden sind, kritisieren beziehungsweise Wünsche haben, zu ganz konkreten Projekten. Da wird lange schon weggehört, lange schon ignoriert, dass es diese Anliegen gibt, das ist die eine Seite. Die andere Seite, und das ist diese Werkstatt Graz, ist, dass um eine neue Kultur hier zu haben in Graz, wo miteinander anders kommuniziert wird, eine Methode notwendig zu sein scheint, ein

methodisches Konstrukt, das eben weggeht von dem, dass man sagt, es gibt die Bürgerinitiativen, mit denen müssen wir reden, das ist die eine Seite, die muss passieren und die ist nicht genutzt worden. Die andere Seite ist, dass es notwendig ist, wir leben in einer Zeit, wo die Menschen sich politisch weniger involvieren lassen wollen, wo die Politik als Feind dasteht, wo Menschen gewonnen werden sollen, sich wieder einzumischen. Menschen, die bis jetzt ihre Sprache nicht gefunden haben, nicht wahrgenommen wurden, Menschen, die sich eben nicht in Bürgerinitiativen oder indem sie sehr stark auftreten können, äußern können. Und dazu braucht es Methode, dazu braucht es Struktur und dazu braucht es auch Ressourcen und das ist das, was sie Werkstatt will. Die Werkstatt will hier einen neuen Weg gehen, das ist eben auseinander zu klauen und deswegen auch parallel zu sehen. Das eine ist, da gibt es jahrelange politische Versäumnisse, da gibt es Unmut, da gibt es Frust, da gibt es Enttäuschung, damit ist umzugehen und das ist natürlich anstrengend mühsam usw., aber da sind die Aufgaben nicht gemacht worden. Wenn das jetzt alles passiert, ist da viel nachzuholen und es wird lange dauern. Die andere Seite ist, dass da ein Versuch gestartet wird, ein Experiment, wir alle wissen nicht, wie der Ausgang der Werkstatt sein wird, es ist ein bewusstes Experiment, das wir da herinnen hoffentlich sehr bewusst entscheiden, aber das eine Chance bietet, eine Chance in einer Stadt, in der hohe Frustration herrscht, mit den ganzen Spargesichten natürlich noch sehr viel Entmutigung stattgefunden hat, wieder einen Geist entstehen zu lassen, dass Menschen sich betroffen fühlen und Menschen sich einmischen und wenn das gelingt mit der Werkstatt, dann haben wir ganz viel erreicht. Parallel dazu sind ganz viele offene Fragen aktuell, akut, laufend zu bearbeiten, das entlässt uns nicht, keine von uns, diese aktuelle Bearbeitung laufend zu machen, unabhängig ob es die Werkstatt gibt oder nicht, auch unabhängig davon, ob ihr euch dafür entscheidet oder nicht, wird diese Aufgabenstellung für alle da sein, auch weiterhin (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Wir werden ja sehen, ob der Werkstattprozess, der, so wie es jetzt aussieht, im Gemeinderat seine Mehrheit finden wird, in der Lage sein wird, genau die Ziele, die die Lisa Rücker zu Recht erwähnt hat, nämlich vor allem die Partizipation an demokratischen Entscheidungsprozessen von jenen Menschen, die

sich bisher nicht äußern konnten oder wollten, zu leisten. Oder, ob etwas anderes passiert, nämlich dass die Frustration steigen wird, nach einem aufwändigen sehr, sehr teuren Beteiligungsprozess, weil es dann an der Umsetzungskraft der Stadt mangelt. Das mögen jetzt finanzielle Grenzen oder andere Grenzen sein, die uns hier gesetzt sind. Ich persönlich bin ein großer Anhänger der repräsentativen Demokratie, weil ich glaube, dass es das bestgeeignete Mittel ist und der bestgeeignete Weg ist, um gerade Minderheitenpositionen und ökonomisch nicht so stark vertretenen Positionen zum Durchbruch zu verhelfen und nicht den ganz lauten selbstbewussten Menschen, die ohnehin sehr oft schon sehr gut in der Lage sind, sich durchzusetzen. Andererseits, und das zeigt auch der Umstand, dass ich mich einem Finanzierungsstück nicht verwehrt habe, glaube ich, wenn eine Mehrheit einen solchen Weg gehen will im Gemeinderat, dann wird diese Möglichkeit ja wohl auch zu schaffen sein. Ich möchte nur eines sagen, man soll nicht in der aggressiven Art und Weise, wie der Hermann Candussi versucht hat, das Kind mit dem Bad ausschütten. Der Umstand, dass die grüne Partei möglicherweise, ich will es gar nicht so als Behauptung in den Raum stellen, den Kontakt zur eigenen Basis, nämlich zu den Bürgerinitiativen verloren hat oder nicht mehr in der engen Form aufrecht erhalten kann, kann nicht zu einer demagogischen Attacke auf alle anderen Fraktionen des Hauses führen (*Applaus SPÖ*), die genauso versuchen, Bürgerinteressen wahrzunehmen und diese ewige Zweiteilung in die Guten hier und die Bösen dort, die Guten, die immer den Kontakt mit der Basis haben und die Bösen, die abgehoben sind und nur Schlechtes wollen, die sollten wir uns endlich in diesem Hause ersparen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Das freut mich, wenn der Herr Finanzstadtrat sich über unsere Befindlichkeit Sorgen und Gedanken macht.

**Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Sorgen nicht.**

GRin. **Binder**: Aber es war dir wichtig genug, so en passant einen Schlenkerer zu machen, glaube mir, du brauchst dir da kein Sorgen machen um uns, aber aus deiner Wortmeldung spricht ziemlich viel Zynismus und eine...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Nein, kein Zynismus.*

GRin. **Binder**: Wenn es kein Zynismus ist, dann ist es sehr geringe Wertschätzung jenen Menschen gegenüber, die offenbar eh so laut sind, laut genug sind und sich Gehör verschaffen können, die Schreierinnen und Schreier. Weißt du, was mir dazu einfällt? Wahrscheinlich hast du nie in einer BürgerInneninitiative gearbeitet, denn du weißt offenbar nicht, wie viel Energie, wie viel Zeitaufwand das bedeutet, sich für etwas einzusetzen, wie viel man auf sich nehmen muss, um konsequent bei einer Sache bleiben zu können und das möchte ich wirklich zurückweisen, was du gesagt hast, nämlich, dass die Schreier sich ohnehin genug Gehör verschaffen. Es geht nicht um Schreien, manche müssen schreien, sie müssen schreien, um tatsächlich hier Gehör zu finden und diesen Menschen wird eigentlich viel zu wenig Wertschätzung entgegengebracht und die repräsentative Demokratie und die BürgerInnenbeteiligung das widerspricht sich in keiner Weise, sondern das ist eine sehr sinnvolle Ergänzung (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, das habe ich ja alles nicht gesagt, weder habe ich von Schreiern geredet, ich habe nur gesagt, dass die mit den lauten Stimmen sich immer leichter durchsetzen, das ist Faktum. Ich oute mich jetzt hier, vielleicht gewinne ich da Sympathiepunkte bei den Grünen, als jemand, der mit 12 Jahren in Form einer Bürgerinitiative von kleinen Kindern, 12-Jährigen eben, sich für die Erhaltung eines Spielplatzes in Liebenau eingesetzt hat und den gibt es tatsächlich immer noch (*Applaus SPÖ*). Deine Vermutung, dass ich nie die Mühsale einer Bürgerbewegung selbst mitgemacht hätte, könnte ich auch noch mit anderen Beispielen widerlegen.



Ich kenne das schon und ich habe nur darauf hingewiesen, dass genau diese Bürgerinitiativen, die es jetzt gibt, offensichtlich mit dem Werkstattstück schon ihre Probleme haben und dass da noch sehr viel Überzeugungs- und Argumentationsarbeit notwendig ist. Zynisch habe ich es nicht gemeint, wenn es so aufgefasst wurde, dann täte es mir Leid, das war nicht so gemeint. Eigentlich habe ich nur ein bisschen auf die flapsigen Äußerungen des Hermann geantwortet, der allen anderen pauschal unterstellt hat, dass sie mit Bürgerinitiativen nichts am Hut hätten und dass es schlicht und einfach, und Hermann du weißt das,...

***Zwischenruf GR. Mag. Candussi: So war es, Tatjana ausgenommen.***

Dr. **Riedler**: Nein, so war es nicht, einfach falsch. Die Bürgerinitiativen, für die du dich eingesetzt hast, die haben wir manchmal unterstützt und manchmal nicht und da bleiben vielleicht Wunden über, aber das sollte man als Politiker irgendwie aushalten, finde ich, Hermann. Also erspare uns einfach diese Pauschalurteile, die du so gerne verteilst da (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich möchte mich da auch ganz kurz zu Wort melden, weil ein paar Dinge gefallen sind, die mir nicht gefallen haben, nämlich zum Beispiel Formulierungen, dass wir in der Stadt Graz im Bereich der Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren nicht gut unterwegs gewesen sind. Ich kann Ihnen sagen, ich unterscheide prinzipiell zwei Arten der Bürgerinitiative. Das eine ist, wenn es wo brennt entweder aus wirklicher Betroffenheit oder aus politischem Kalkül, als Bürgerinitiativen ins Feld zu ziehen und für etwas zu kämpfen. Da gibt es Dinge, ich habe nur so schnell einmal versucht, ein bisschen was zusammenzuschreiben, und da gibt es auch sehr viele Stadtsenatsmitglieder, die da ihre Frau und ihren Mann gestanden haben, und zwar in sehr hitzigen und schwierigen Debatten, bis zu Eierwerfern und allen Dingen bei 6er-Linien, bei Betonbrechanlagen, am Buchkogel,

wenn Waldwege wo hineingeschlagen worden sind, bei Fußballfeldern, die in Alt-Grottenhof entstehen hätten sollen, bei Schulschließungen, bei Schloßbergumsetzungen von Projekten bis zum Kunsthaus hin etc. Ich glaube, dass wir hier einen Umgang hatten, auch in den letzten Jahren, der sich sehen lassen kann, wo wir durch sehr viel persönliches Engagement, auch der Stadtsenatsmitglieder, aber auch von Ihnen und auch von den Bezirksvertretungen viel geleistet haben und es ist herzeigbar und dafür ist Graz bekannt. Ich möchte das nicht so schlecht dastehen lassen. Das andere ist die strategische Ausrichtung der Stadt Graz in ihrer Politik, in ihrem Handeln, rechtzeitig, frühzeitig und mit neuen Methoden, das ist auch gerade vorher erwähnt worden. Dazu gehört unter anderem auch so eine Bürgerinitiative, die die Kollegin Kaltenbeck-Michl gestartet hat und die heute eingangs hier war, das ist nämlich ein Kinderparlament und so ist für mich eine Bürgerinitiative auch hier entstanden, wo man betroffene Menschen, die vielleicht nicht immer so lautstark sich zu Wort melden oder die es sich nicht zum Hobby gemacht haben, selber gut dazustehen, weil ich wundere mich schon auch, wenn eine Bürgerinitiative plötzlich gegen ein solches Projekt geht, dann denke ich mir auch, da hat der eine oder andere vielleicht Angst, in Zukunft nicht mehr so eine Bedeutung zu haben, wie er es im Moment hat. Und ich glaube, dass der Weg, den Gerhard Rüschi hier gehen will, nicht eine neue Erfindung ist, sondern ein erprobtes Modell, mit dem andere Städte auch schon erfolgreich unterwegs waren und mehr möchte ich dazu gar nicht sagen, deswegen würde es mich freuen, wenn wir uns in beiden Modellen, sowohl in dieser strategischen Ausrichtung als auch in der, sage ich, Nahkampfmethodik, die immer wieder auf uns zukommen wird bei politischen Entscheidungen, dass wir uns auf beide spezialisieren und beides gut behandeln (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Dieser dringliche Antrag ist aus meiner Sicht einer der kuriosesten Anträge, den ich bisher hier erlebt habe. Man muss sich da vorstellen, da wird ungefähr ein/eineinhalb Jahre lang ein neues Modell vorbereitet, diskutiert, ausführlich diskutiert und an dem Tag, an dem offensichtlich, was mich sehr freuen wird, über dieses neue Bürgerbeteiligungsmodell positiv abgestimmt wird, kommt ein dringlicher Antrag. Und in diesem dringlichen

Antrag, zunächst muss ich vorwegnehmen, ich denke nicht, dass sich die Sozialdemokraten noch überzeugen lassen, dass sie der Werkstatt Graz zustimmen, also dieser Antrag wird dann wohl ohne ihre Stimmen über die Bühne gehen, aber es wird ein Antrag gestellt, der im Kern genommen mit Bürgerbeteiligung gar nicht so viel zu tun hat, denn im Kern genommen ist es das Einsetzen einer Arbeitsgruppe. Das ist der Gegenvorschlag zu einem Modell, bei dem wir es anpacken wollen, bei dem wir einiges weiterbringen wollen, dem wird gegenübergestellt eine Arbeitsgruppe. Ich erinnere mich dabei an Worte, die dem früheren Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky zugesprochen wurden: „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis“ (*Applaus ÖVP*). Was mich besonders stört, das ist der Motivenbericht. Ich weiß nicht, welche Informationen da in die Feder von der Dagmar Krampfl Eingang gefunden haben, dass hier etwa so ein Satz stehen kann in Bezug auf die Plattform der Grazer Bürgerinitiativen seit dem Beteiligungssymposium „Stadt findet statt“. Ich zitiere wörtlich: Doch danach ist absolut nichts mehr in dieser Richtung passiert. Es hat keine Fortsetzung...

***Zwischenruf GRin. Krampfl unverständlich.***

Dr. **Rüsch**: Du hast dann ergänzt zwei Gespräche, aber sonst von diesen zwei Gesprächen nichts mehr passiert, es habe keine Fortsetzung gegeben, die daraus resultierende Demokratiecharta liege auf Eis. Das ist dermaßen falsch, dass ich mir das, wie gesagt, das Zustandekommen gar nicht vorstellen kann. Ich möchte nur ein paar wenige Dinge erwähnen. Wir haben als unmittelbaren Ausfluss dieses Symposiums die Planung in der Neutorgasse durchgeführt, kann man stehen dazu wie man will, sie wurde durchgeführt. Wir haben danach auf Wunsch der Plattform der Bürgerinitiativen einen Dialog begonnen mit dieser Plattform und das Ziel war das Ausarbeiten eines Beteiligungskataloges, so ein ganz einfaches Schema, Frage der Stadt, was passiert oder welche Projekte stehen an, welches Bürgerbeteiligungsmodell soll hier angewandt werden. Dazu wurde intensiv diskutiert und wir hatten dazu eine Veranstaltung am 14. Oktober 2003 in diesem Saal hier. Ich

darf Ihnen ganz kurz aus der Einladung vorlesen. Eingeladen habe ich, also das Bürgerbeteiligungsbüro, mit meiner Unterschrift: Um Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung auszuloten und über Anregung der Plattform Grazer Bürgerinitiativen, genau der Plattform, die Sie hier verteidigen und die Sie hier immer wieder anführen, wollen wir gemeinsam mit Interessierten Grundlagen zukünftig Kommunikation und Spielregeln der Bürgerbeteiligung erarbeiten. Ich weiß nicht, ob von der SPÖ damals jemand dabei war, ich weiß es wirklich nicht. Es war eine ganz, ganz wilde Veranstaltung, bei der sich zwei Dinge herausgestellt haben. Erstens: Die meisten Bürgerinitiativen lassen sich von der Plattform der Bürgerinitiativen nicht vertreten. Wir haben auch heute wieder eine Mail bekommen von einer Bürgerinitiative, in der ausdrücklich aufmerksam gemacht wird, dass sie sich nicht vertreten lässt und dass sie darüber hinaus diese Werkstatt Graz als neues Bürgerbeteiligungsmodell selbstverständlich begrüßt und sich gegen die irreführende Form von Aktionismus der Plattform der Bürgerinitiativen ausspricht. Das Zweite, was sich herausgestellt hat, das ist, dass diese Landschaft der Bürgerinitiativen so heterogen ist, dass es nicht einfach eine Plattform geben kann oder auch einen Dialog geben kann, der für alle passt, sondern wir müssen eine neue Form finden. Sie werden es nicht glauben, die Frau Dr. Kirchner als eine der Vertreterin der Bürgerinitiativen war meinem Vorschlag gegenüber, die Werkstatt Graz einzuführen, mit die stärkste Befürworterin. Sie hat das voll unterstützt und hat das als einmaligen Ausweg gesehen, um hier aus der durchaus verfahrenen Situation mit den Bürgerinitiativen weiter zu kommen. Inzwischen hat sie offensichtlich ihre Meinung geändert, ich sehe den Grund wohl auch eher darin, dass wahrscheinlich klar geworden ist, dass in diesem umfassenden Bürgerbeteiligungsprozess nicht nur Bürgerinitiativen zu Wort kommen werden, sondern alle Aktivbürgerinnen und Aktivbürger, die hier einfach mitsprechen wollen und selbstverständlich auch alle von den Bezirken. Es wird hier nicht mehr möglich sein, einfach eine Richtung zu vertreten. Das sind einige wichtige Schritte, es sind schon andere Bürgerbeteiligungsverfahren genannt worden, wir haben auch eine Mediation etwa im Uni-Viertel durchgeführt, es gibt einen neuen Server Bürgerbeteiligung online, also hier zu sagen, es hat nach diesem Symposium „Stadt findet statt“ außer diesen zwei Gesprächen absolut nichts mehr gegeben, richtet sich wirklich von selbst. Aus meiner Sicht ist die Absicht nicht, hier einen wirklich dringlichen Antrag über die Bürgerbeteiligung zu geben, sondern es ist der letzte, ich

hoffe, Gott sei Dank, vergebliche Versuch der Sozialdemokraten, die Werkstatt umzubringen und sie zu verhindern.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist falsch.***

Dr. **Rüsch**: Es freut mich, wenn ich mich irre. Aus diesem Grund werden wir von der ÖVP dem Zusatzantrag der Grünen sehr gerne zustimmen, das klarlegt, dass dieser Antrag jedenfalls die Werkstatt Graz nicht nur eine Alternativ darstellt, dem Antrag selber werden wir aus genannten Gründen nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl**: Ja, meine Damen und Herren, lieber Gerhard! Was mich jetzt sehr betroffen gemacht hat war dein letzter Satz, so auf die Art, die Werkstatt Graz oder die SPÖ möchte die Werkstatt Graz umbringen. Also das tut mir im Herzen weh, weil du genau weißt, dass wir uns immer oder sehr oft...

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Dann stimmt doch zu.***

GRin. **Krampl**: Darf ich ausreden, dass wir uns sehr oft intensiv mit dieser Thematik befasst haben und gerade, weil wir in dieser Werkstatt, auch wir, in dieser Werkstatt eine Chance sehen, haben wir diesen dringlichen Antrag heute eingebracht und Hermann Candussi und Gerhard, das ist kein Zufall, dass der Antrag heute kommt, sondern das ist absolute Absicht, weil wir diesen Antrag als unabdingbare Voraussetzung sehen, dass eine Werkstatt erfolgreich laufen kann. Aber nicht zu diesem Zeitpunkt, nicht heute und nicht jetzt, sondern wir als sozialdemokratische

Fraktion sehen die Verwirklichung dieses Antrages als Grundbedingung für eine erfolgreiche Werkstattarbeit. Und was du angesprochen hast von den Bürgerinitiativen, wir haben uns mit den Bürgerinitiativen zusammengesetzt, würde sagen mit der Plattform, das ist richtig, aber vielleicht wäre ein Hinweis manchmal ganz gut, welche Bürgerinitiativen jetzt gerade Graz in sind und welche nicht, mit welchen man reden darf, mit welchen nicht, welche die Guten sind, welche die Bösen sind. Wir haben darauf vertraut oder vertrauen nach wie vor darauf, dass die von dir genannten, Frau Dr. Kirchner, die Namen sind alle im Haus bekannt, dass die aus ihrer reichhaltigen Erfahrung schon einiges einbringen können und die haben uns sozusagen hingeführt zu diesem Antrag und wir haben ihre Argumente nachvollziehen können. Nichtsdestotrotz, einen Satz möchte ich zum Hermann Candussi noch sagen, Hermann es ist ganz leicht, uns vorzuwerfen, wie wir mit Bürgerinitiativen umgegangen sind, ich sage dir was, was leicht ist. Es ist völlig leicht, bei jeder Idee einer Bürgerinitiative raufzuspringen, überall mitzutun und überall raufzuhupfen und du als Sportlehrer tust dir da besonders leicht (*Applaus SPÖ*). Aber das nur am Rande, lieber Gerhard, wir sehen, dass unser Bemühen sozusagen die Werkstatt ein wenig hinauszuzögern, sage ich einmal, um dann wirklich zu einem tollen Projekt zu kommen, dass wir mit dem Versuch gescheitert sind, dass es uns nicht gelungen ist, unsere Argumente hier im Gemeinderat scheinbar so zu vertreten, dass sie verständlich werden. Nichtsdestotrotz ich wünsche oder wir alle wünschen der Werkstatt einen guten Verlauf, wir werden uns natürlich einbringen, wo es geht, ich melde mich nachher nicht mehr zu Wort, deshalb sage ich das jetzt. Wir werden uns einbringen, unsere Überzeugung ist nach wie vor eine andere, zuerst die Vorleistung und dann die Werkstatt, aber trotzdem hoffen wir, dass es Lust statt Frust gibt in dieser Werkstatt und wir werden selbstverständlich gerne und jederzeit, wo unsere Mitarbeit gefragt ist, mittun (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Dankeschön. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es handelt sich um einen Abänderungsantrag und der Abänderungsantrag wird vorweg abgestimmt. Deswegen wiederhole ich ihn noch einmal: Der Gemeinderat möge beschließen, 4) die unter Punkt 1) bis 3) genannten Maßnahmen sind eine

Ergänzung zum BürgerInnenbeteiligungsprojekt Werkstatt Graz und nicht als Alternative zu diesen zu sehen.

***Der Abänderungsantrag von GR. Mag. Candussi wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **6) Erhebungs- und Ermittlungsverfahren bei Gastgärten**

GRin. **Zeiler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag

**GRin. Zeiler:** Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben meinen dringlichen Antrag erhalten, ich kann Sie beruhigen, ich werde hier nicht den gesamten Motivenbericht vorlesen. Bitte zuhören bei der SPÖ. Die Sachlage ist hinlänglich bekannt, worum es mir geht ist, dass die Sachproblematik mit den entsprechenden Belegstellen zusammengefasst bei allen Klubs vorhanden ist, der aber auf Grund von Wissensmängeln oft an der Sache vorbeidiskutiert wurde. Kurz es geht darum, dass vor der Erlassung einer Betriebszeitenverordnung für Gastgärten ein Erhebungs- und Ermittlungsverfahren durchgeführt werden muss, das bestimmten Kriterien zu folgen hat. Da bisher nicht nur nie ein entsprechendes Verfahren durchgeführt wurde, sondern auch die vorliegenden Gutachten der Stadt noch nie berücksichtigt wurden, ist der schriftliche Motivenbericht so lange ausgefallen, um eben die Lage zu verdeutlichen. Ich erwähne nur kurz die Gewerbeordnung, zu den Kriterien eben gehört unter anderem die Flächenwidmungen und die Verbauungsdichte. Das wird geflissentlich übersehen. Diese Parameter legen nämlich fest, wann, wo, wie viel Lärm sein darf. Noch einmal bestärkt wird das von dem Ihnen auch schon bekannten Schreiben von Minister Bartenstein (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die Gemeinde hat vor der Erlassung einer

Betriebszeitenverordnung für Gastgärten zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Sonderregelung gegeben sind. Sind unzumutbare oder gesundheitsgefährdende Lärmbelastigungen zu erwarten, ist die Verlängerung der Betriebszeiten nicht gerechtfertigt. Entstehen durch den Betrieb von Gastgärten während der gesetzlich determinierten Betriebszeiten in einem bestimmten Gebiet der Gemeinde unzumutbare Lärmbelastigungen, hat die Gemeinde die Handhabe, die Betriebszeiten zu verkürzen.

Mittlerweile liegen nicht nur von der Seite der Stadt gesundheitliche Gutachten vor, die Ihnen in Zitaten ja auch in dem schriftlich vorliegenden Antragstext vorliegen, sondern auch von Seiten des Landes. Da dieser Satz sehr spät eingebracht worden ist, Sie haben alle heute am Anfang der Sitzung noch einmal den geänderten Text bekommen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wo dankenswerterweise von der FPÖ hingewiesen worden ist eben auf die Gutachten vom Land, möchte ich das kurz vorlesen:

Im aufsichtsbehördlichen Endbericht des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung betreffend das Universitätsviertel wird ebenfalls ausführlich auf diese Thematik eingegangen. Auf Grund der lärmtechnischen Beurteilung hat der medizinische Sachverständige die Schlussfolgerung gezogen, dass bei den gegebenen Schallpegelwerten sowohl hinsichtlich Intensität als auch Lärmqualität mit allen Formen der Schlafstörungen und allen hierdurch bedingten Konsequenzen bis zur Gesundheitsgefährdung zu rechnen ist. Dies nur stellvertretend für auch die Gutachten, die auch von Stadtseite schon seit längerem vorliegen.

Die Dringlichkeit meines Antrages ergibt sich daraus, dass eben bisher noch nie ein Erhebungs- und Ermittlungsverfahren stattgefunden hat, dass bald aber die nächste Gastgärtensaison da ist, die ersten straßenpolizeilichen Bewilligungen sind ja schon erteilt, die Gestattungsverträge sind in Ausarbeitung. Wenn wir nun heute nicht beschließen, dann ist es auch unmöglich, dass eben ein Fahrplan erstellt wird und wir haben dann nicht mehr viel Zeit, es ist dann schon Mitte März und es bleiben dann nur mehr drei Monate für so ein Verfahren und ich zweifle sehr, dass es möglich wird, in der kurzen Zeit, die dann noch verbleibt, wenn das jetzt wieder verzögert wird, dass ein objektives Verfahren dann noch möglich ist durchzuführen.

Daher stelle ich im Namen der Gemeinderatsklubs von KPÖ, den



**dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Die Gemeinde Graz führt unter Berücksichtigung der im Motivenbericht angeführten Stellungnahmen und Gutachten ein der geltenden Gesetzeslage entsprechendes Erhebungs- und Ermittlungsverfahren durch.
- 2) Die zuständigen Magistratsabteilungen (Bau- und Anlagenbehörde, Straßenamt, Umweltamt, Gesundheitsamt) werden umgehend beauftragt, in Kooperation mit dem Umweltausschuss einen „Fahrplan“ für die Durchführung eines objektiven Erhebungs- und Ermittlungsverfahrens zu erstellen.
- 3) Dieser „Fahrplan“ ist bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu präsentieren. Ich bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin. Ich darf vielleicht wirklich alle Mitglieder des Gemeinderates und der Beamtenschaft ersuchen, die Gespräche da herinnen einzustellen, es ist auch gegenüber all jenen, die draußen stehen, eine Ehrerbietung und Anerkennung. Es macht sich jeder viel Arbeit, auch bei den dringlichen Anträgen, dass man zumindest in der Lage ist, den noch vorzutragen.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Für die Grazer VP hat die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger allererste Priorität, auch für die SPÖ. Ich unterstreiche, auch für die SPÖ. Ich rede jetzt nicht lange herum zur Dringlichkeit, es liegt klar auf der Hand, die Zuständigkeit, welches Amt ein solches Ermittlungsverfahren durchzuführen hat, wurde bereits geklärt. Ich hatte heute die Gelegenheit, ein längeres Gespräch mit Dr. Engl zu führen und der hat mir versichert, dass bereits ein entsprechendes Erhebungs- und Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Schon morgen findet eine diesbezügliche Gesprächsrunde mit allen verantwortlichen Personen statt, wo die bereits

vorhandenen Grundlagen zusammengetragen werden und weitere wichtige Schritte fixiert werden. Aus diesem Grund werden wir, die zwei Arbeitsübereinkommenspartner SPÖ und ÖVP, dieser Dringlichkeit nicht zustimmen.

GRin. Dr. **Sickl**: Es kommt wieder großkoalitionäre Stimmung auf, wie ich da bemerke. Zum Thema: Gastgartenverordnung, Sperrstundenproblematik, das ist genauso ein Thema, dass der FPÖ am Herzen liegt, nicht nur der ÖVP und der SPÖ, wie das so schön betont worden ist von dir, lieber Kurt. Trotzdem, die Lisbeth Zeiler hat es schon angesprochen, den Aufsichtsbericht, den endberichtlichen Aufsichtsbericht vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, der Fachabteilung 13b. Die Bürgerinitiative Lebensraum Universitätsviertel hatte auf Grund eines offenen Briefes diesen Endbericht erhalten und da wurde ebenfalls auf diese Problematik aufmerksam gemacht und es wurden drastische Schlussfolgerungen auf Grund der lärmtechnischen Gutachten, die vorgenommen worden sind, gefolgert. Ich möchte nur die Schlussfolgerung vorlesen des medizinischen Sachverständigen: Bei den gegebenen Schallpegelwerten ist sowohl hinsichtlich Intensität als auch Lärmqualität mit allen Formen der Schlafstörungen und allen hierdurch bedingten Konsequenzen bis hin zur Gesundheitsgefährdung zu rechnen.

Ich glaube, das ist Grund genug, dass man sagt, dass man hier Handlungsbedarf hat. Es ist jetzt die Möglichkeit, dass die Gemeinde selbst und nicht abhängig ist vom Land Steiermark, also es ist die Gemeinde selbst, die es jetzt in der Hand hat, hier eine Verordnung zu machen und diese Chance sollten wir nutzen und es nicht gleich dem Land tun, indem man die Verordnung abschreibt, sondern wirklich hier ein anständiges Ermittlungsverfahren einleitet und ich sehe da kein Hindernis, auch wenn das Bau- und Anlagenamt hier schon tätig ist, dass man diesen Antrag mit der Dringlichkeit unterstützt, weil wenn es eh schon läuft, ist es gut, aber man kann das damit verstärken und es ist eine Kundgebung, eine Willenskundgebung des Gemeinderates und deswegen stimmt die FPÖ sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu. Danke.

GRin. **Jahn:** Also ich muss sagen, ich bin ja immer prinzipiell sehr skeptisch, wenn es heißt, ja das ist ein dringlicher Antrag, der ist jetzt gar nicht mehr notwendig, was wollt ihr, wir arbeiten ja eh schon dran und es wird alles schon erledigt in den zuständigen Ämtern, macht euch keine Sorgen. Wie oft haben wir schon den Fall gehabt, wo wir auf etwas in Form von dringlichen Anträgen hingewiesen haben, es wurde uns gesagt, nein, es passiert eh schon was, nur keinen Stress und dann plötzlich, ja die Entscheidung, die ist jetzt schon gefallen, da kann man jetzt gar nichts mehr machen, da sind schon Verträge unterschrieben, das tut uns zwar Leid, aber da habt ihr Pech gehabt. Also von dem her muss ich schon sagen, das ist schon einmal ein Grund, diesem dringlichen Antrag auf alle Fälle zuzustimmen, weil wir ja aus Erfahrung durchaus lernfähig sind und das sage ich, obwohl ich eigentlich erst sehr kurz im Gemeinderat bin im Verhältnis zu vielen anderen. Ich denke mir, zum Inhalt gibt es ja hier einen sehr ausführlichen Motivenbericht, ist eine gute Zusammenfassung zur ganzen Thematik rund um die Problematik des Gastgartenlärm, eben falls wird eingegangen auf die gesundheitlichen nachgewiesenen Gefährdungen durch zu hohe Lärmbelastung, aber auch auf die derzeitige rechtliche Situation und ich finde das eigentlich eher traurig, dass wir hier mit dringlichen Anträgen arbeiten müssen, um die jetzt zu bekommen, die rechtlich einfach festgelegt sind und vorgeschrieben sind. Ich finde, dass eigentlich normalerweise sollten solche Dinge so und so selbstverständlich, sobald sie gültige Rechtslage sind, umgesetzt werden und es ist ja eigentlich traurig, dass wir uns da mit dem Mittel des dringlichen Antrages hier behelfen müssen. Dringlich, die Lisbeth hat es eh schon gesagt, diese Verfahren, Erhebungs- und Ermittlungsverfahren, nehmen eine große Zeit in Anspruch, man muss sich da wirklich jeden Gastgarten in der jeweiligen Region anschauen, wie liegt der, wie ist das mit den AnrainerInnen, welche Beschwerden gibt es da, das sind aufwändige Verfahren, die eben nicht nur von der Stadtverwaltung, sondern auch mit externen ExpertInnen, Lärm- und GesundheitsexpertInnen gestaltet und vollzogen werden sollen und ich glaube nicht, dass man da im Mai damit anfangen sollte, weil dann ist, ich höre das schon wieder, na ja aber für heuer geht da gar nichts mehr, das tut uns Leid. Gut, ich lese nur was vor. Morgen ist das Treffen und warum der Antrag dringlich ist, ganz einfach, und gerade, ich will jetzt gar nicht auf die ÖVP eingehen, weil eure Meinung ist mir dazu eh völlig klar, das wollen wir jetzt einmal beiseite lassen. Mir geht es da eher mehr um die SPÖ in dem Fall. Dazu kann ich nur sagen, ich habe mir sehr viele Protokolle

durchgeschaut, da gibt aus 2003 etliche lustige Aussagen von SPÖ-Seite, da gab es 2004 auch einen Antrag, wo es um Petitionen an das Land gegangen ist, eben eine Änderung der Gastgartenöffnungszeiten auf 23.00 Uhr mit der Sperrzeit gemäß der Gewerbeordnung, weil eben auch damals die Erhebungs- und Ermittlungsverfahren nicht durchgeführt wurden, und was sagt der Herr Klubobmann von der SPÖ damals? „Wir beschäftigen uns ja schon seit Monaten dazu und darüber, wie erinnerlich gab es ja auch eine entsprechende unterschiedliche Ansicht im Stadtsenat, die SPÖ-Fraktion trat für diese 23.00 Uhr-Regelung ein. Das finde ich schon einmal sehr interessant, dass das da auch festgehalten ist. Es kam im Stadtsenat dazu zu keiner diesbezüglichen Entscheidung, weil es auch noch Folgendes gibt, nämlich durch Spinst, die Bürgerinitiative, gab es eine entsprechende Beschwerde beim Obersten Verwaltungsgerichtshof. Diese Beschwerde ist noch im Laufen, wir stecken mitten in einem Entscheidungsprozess auf rechtlicher Ebene, und zwar ging es um eine Beschwerde gegen die Landesverordnung. In dem Sinne, nachdem dieser Entscheid abzuwarten sein wird und auch dann nach dem Urteil des OGH im Stadtsenat zu beraten sein wird, sind wir der Ansicht, dass derzeit keine Dringlichkeit gegeben ist, obwohl wir inhaltlich durchaus uns da treffen. Wir haben eine solche Entscheidung abzuwarten aus rechtlichen Gründen.“ Das finde ich sehr spannend, weil wir haben die rechtliche Entscheidung und wie man sieht, es gibt immer noch den Unwillen, gerade von der SPÖ. Ich könnte auch noch aus anderen Protokollen aus den letzten Jahren, vor allem aus 2003 von SPÖ-Seite, her zitieren. Da sind auch nur die Besprechungen, die just am nächsten Tag, nachdem solche dringlichen Anträge eingebracht werden, stattfinden und ganz sicher eine Entscheidung getroffen wird und ich muss ehrlich sagen, ich kann das echt nicht mehr hören und es wäre einfach einmal wirklich interessant, wenn die zwei großen Parteien endlich einmal ja oder nein oder einfach klare Antworten hier in dieser Sachen geben können und in dem Sinn, wie gesagt, unterstützen wir natürlich den Antrag, der auch als gemeinsamer Antrag geplant war, aber wir haben das aus formalrechtlichen Gründen geändert, weil sonst hätte ich meine schöne Wortmeldung, meine eindringliche, hier nicht vom Stapel lassen können und nicht mehr an meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP plädieren können im Sinne der Sache und wie gesagt, wir sind natürlich für die Dringlichkeit und auch für den Inhalt des Antrages (*Applaus KPÖ und Grüne*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **7) Gemeindewohnungen auf Kasernengrund/Petition an den Bund**

GR. **Schmalhardt** stellt namens der KPÖ, ÖVP, SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wird gerade durch die steigenden Kosten am privaten Wohnungsmarkt in die Armut gedrängt. Es ist daher zu erwarten, dass der Bedarf an erschwinglichen Gemeindewohnungen in den kommenden Jahren ansteigen wird.

Deshalb ist der Bau neuer Gemeindewohnungen eine wichtige Aufgabe der Stadt Graz. Die bereits in Angriff genommenen Projekte reichen nicht aus, um das Problem der Wohnversorgung von Menschen mit geringem Einkommen zu lösen.

Der bevorstehende Verkauf von Kasernengrundstücken des Bundesheeres in der Stadt Graz bietet nun die Möglichkeit, zumindest auf Teilflächen dieser Anlagen neue Gemeindewohnungen zu errichten. Es geht dabei um die Hummel- und um die Kirchnerkaserne; beide sind größer als 12.000 m<sup>2</sup>. Sinnvoll wäre eine Kombination aus sozialem Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsstätten und großzügigen Grünbereichen. Vor allem die Hummelkaserne mit ihrer guten Lage und dem Anschluss an den öffentlichen Verkehr eignet sich dafür besonders gut.

Das Verteidigungsministerium hat eine eigene Gesellschaft damit beauftragt, die Kasernengrundstücke zu verwerten. Um sicherstellen zu können, dass die Gemeinde beim Verkaufsprozess der Kasernen nicht ins Hintertreffen gelangt, ist unserer Meinung nach eine Willensentscheidung der zuständigen Stellen des Bundes notwendig, für Gemeindewohnungen geeignete Grundstücke des Bundesheeres vorrangig an Kommunen abzugeben. Schließlich waren Kasernen des Bundesheeres teilweise schon seit mehr als 100 Jahren im Besitz der öffentlichen Hand. Eine der Möglichkeiten in diesem Zusammenhang wäre ein Grundtausch zwischen Kasernengrundstücken und verwertbaren Grundstücken, die im Besitz der Gemeinde sind.

Deshalb stelle ich namens der Gemeinderatsklubs der KPÖ, ÖVP, der SPÖ und den Grünen folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an den Bund. Darin wird der Bund ersucht, mit den Gemeinden - so auch der Stadt Graz – Gespräche aufzunehmen, damit geprüft werden kann, ob Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen zum Zwecke des Baus von Gemeindewohnungen, aber auch von Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsstätten und großzügigen Grünbereichen angeboten werden können. Eine der Möglichkeiten in diesem Zusammenhang ist der Tausch mit geeigneten Grundstücken der betreffenden Gemeinden. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Dame und Herren des Gemeinderates, mir ist vorhin vor der Abstimmung etwas passiert, dafür möchte ich mich entschuldigen. Frau Gemeinderätin Zeiler hat um das Schlusswort gebeten und ich darf Sie jetzt bitten, dass sie ihr Schlusswort noch auch für das Protokoll nachholt.

GRin. **Zeiler**: Ich hätte auch gewartet bis nachher. Ich möchte jetzt nicht den vorigen Antrag unterbrechen, also ich hoffe, es bringt jetzt die Konzentration nicht durcheinander, aber jetzt hören mir wenigstens alle zu, wie ich merke, es ist plötzlich still im Raum. Ich kann nur sagen, ich kann alle Punkte, die die Christina Jahn und auch die Frau Sickl angesprochen haben, nur unterstreichen. Ich möchte aber eines besonders hervorheben, das nämlich die Gemeinderätin Jahn gesagt hat und das, obwohl ich noch nicht sehr lange im Gemeinderat bin und es ist dazu gelacht worden. Ich glaube aber, dass ist mehr Ernsthaftigkeit da hier angebracht und wenn manche Gemeinderatsmitglieder sich schon selbst und gegenseitig nicht ernst nehmen, das immer nur gelacht wird, dann bitte ich um mehr Ernst aus Achtung vor den Menschen auf der Galerie. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich wieder zurückkehren zum dringlichen Antrag vom Kollegen Schmalhardt.

GR. Mag. **Spath** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich sind wir dafür, dass Gespräche aufgenommen werden mit dem Bund und dass der Gespräche aufnimmt im Besonderen mit der Stadt Graz, damit eben geprüft werden kann, dass diese Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen uns angeboten werden. Und es ist nur wichtig eben auch darauf hinzuweisen, dass auf diesen Grundstücken lokal angepasste bürgerfreundliche Stadtentwicklung gewährleistet ist. In diesem Sinne stimmt die ÖVP natürlich der Dringlichkeit und dem Antrag zu.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Rajakovics** zum Antrag: Liebe KollegInnen, wir stimmen dem Antrag zu, weil es wichtig ist, dass wir Flächen, gerade solche Flächen, wie es im Moment die Kasernen nutzen, ideale Flächen darstellen für den Wohnbau und wir sollten auch bemüht sein, diese Flächen genau in diese Richtung auch zu nutzen. Man sollte trotzdem neben dem Versuch, die Flächen zu bekommen für die Stadt Graz, auch dringend sich bemühen, dass sonst andernfalls, falls der Bund nämlich auf das Wert legt, was er wahrscheinlich machen will, nämlich möglichst viel Geld damit zu lukrieren, dass zumindest Wohnbaugenossenschaften diese Grundstücke bekommen, damit dort sicher Wohnbau passiert. Weil eines fällt mir auf in der Politik im Moment der KPÖ, wegen Wohnbau. Es ist schon gut, dass kommunaler Wohnbau auch forciert werden soll, nur man sollte sich auch Alternativmodelle überlegen und ich kann mich erinnern, dass der Kollege Kaltenegger vor sieben, acht Jahren bereits einmal festgestellt hat, dass es in Graz, er hat geschätzt 10.000, ich habe mich heute erkundigt bei der Innung, man kann das nicht so genau sagen, aber sicher einige tausend Wohnungen freistehen, die deshalb nicht von manchen genutzt werden können, nämlich jenen 1.200, die auch um Gemeindewohnungen ansuchen, weil sie für sie nicht leistbar sind. Jetzt denke ich mir, sollte man trotz allem neben dem Wohnbau sich überlegen, ob nicht die Stadt Graz auch in Richtung einer Subjektförderung gehen möchte, so wie es das Land macht, nämlich dass jener, der sich die Miete nicht leisten kann, eine Förderung, eine Mietbeihilfe auch beantragen kann und da vermisse ich wirklich die Konzepte dazu, weil es war erst vor kurzem, es kommen natürlich auch Leute ins Bürgermeisteramt, die wegen einer Wohnung fragen und es ist manchen GrazerInnen nicht bewusst, dass sie diese Mietbeihilfe beim Land auch beantragen können am Dietrichsteinplatz, geschweige denn hat man bisher etwas gehört, wie könnte es denn weitergehen, sodass man die Leute wirklich mit Wohnungen versorgen kann, die sich das nicht leisten können über eine Förderung. Also, liebe Elke Kahr, ich würde dich wirklich bitten, auch in diese Richtung zu denken und auch da einmal einen Vorschlag zu machen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Der Vollständigkeit halber wollte ich nur anmerken, dass nach einem Gespräch, das die Kollegin Kahr und ich geführt haben, ich die zuständigen Ämter ersucht habe, Kontakt mit der Bundesimmobiliengesellschaft aufzunehmen,



um einmal zu eruieren, unter welchen Rahmenbedingungen diese Liegenschaften erstanden werden können und ich habe außerdem unsere GBG und die Abteilung für Liegenschaftsverkehr ersucht, auch zu überprüfen, welche freistehenden Liegenschaften wir bereits haben, die möglicherweise unter Umständen auch nach einer Änderung im Flächenwidmungsplan geeignet erscheinen für Übertragungswohnbauten oder für einen öffentlichen Wohnbau im Allgemeinen. Sobald wir diese Unterlagen beziehungsweise diese Informationen haben, werden die Gespräche zwischen der Kollegin Kahr und mir beziehungsweise der Stadtregierung weiter zu führen sein, wobei ich schon sagen muss, wir werden natürlich nur im Rahmen des uns im Moment finanziell Möglichen agieren können, aber ich glaube, das ist uns allen gemeinsam bewusst.

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich bei allen hier im Hause bedanken, die unseren Dringlichkeitsantrag, den gemeinsamen, unterstützen. Ich habe das in der vorletzten Gemeinderatssitzung schon einmal in einer Anfragebeantwortung auch gesagt, dass ich es für sinnvoll halte, wenn wir zusätzlichen Wohnraum für Menschen, die sich sonst am privaten Wohnungsmarkt nicht wohnversorgen können, etwas erreichen wollen, gemeinsam agieren und da meine ich die gesamte Stadtregierung, aber auch Sie hier im Gemeinderat. Ich möchte heute bewusst nicht auf Vergangenes eingehen, da könnte man sehr viel dazu sagen. Ich denke, wenn das Bewusstsein, und davon gehe ich heute aus, weil dieser Dringlichkeitsantrag auch die Zustimmung aller hier finden wird, glaube ich, dass wir auf einem guten Weg sind, aber ich möchte nicht die Erfahrung auch wieder einmal machen, wie es die Gemeinderätin Jahn gesagt hat, dass es bei Versprechungen bleibt, weil eine Erfahrung habe ich seit 1993 hier im Gemeinderat auch gemacht, wenn man von Wohnbau spricht, brauchen wir Grundstücke, erst dann kann man bauen. Und leistbare Wohnungen, da haben wir zu wenige, ich möchte Ihnen ersparen hier eine Aufzählung dessen, was wir hier an Problemen bekommen werden, aber was die Förderungen und die Beihilfen betrifft, da muss ich dir, lieber Gemeinderat Rajakovics, schon eines sagen, dass unsere Gemeindemieter und Gemeindemieterinnen auch zum Teil die durchaus sehr teuren Genossenschaftswohnungen, wir das Einweisungsrecht überhaupt leisten können,

hängt damit zusammen, weil wir 1997 dieses Modell hier im Gemeinderat beschlossen haben, diese Mietenzuzahlung. Ohne diese Mietenzuzahlung könnten sich viele unserer Gemeindemieter diese Mietpreise nicht leisten. Ich halte aber generell diese Beihilfen und Mietenzuzahlungen für nicht das optimale Mittel. Wir brauchen sie, weil einfach die Mieten zu hoch sind, aber sinnvoller wäre es sozusagen, Wohnungen zu leistbaren Mieten zu bauen, sodass wir auf das überhaupt verzichten können (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Trotzdem möchte ich vielleicht auch den einen Satz hinzufügen, nämlich auch das, was Thomas Rajakovics gesagt hat, wir leiden unter anderem in dieser Stadt auch schon daran, dass so gut wie alle Grünflächen, die wir haben, permanent verbaut werden und dass wir dadurch auch neue Verkehrsprobleme kriegen. Man sollte auch ein Modell entwickeln, und das ist der Zugang auch meiner Fraktion, wo durch Beihilfe, welche auch immer, wir die Lücken schließen und vielleicht auch dann herauskommen aus dem Ghetto-Wohnbau, den wir, glaube ich, alle miteinander nicht wollen, weil wenn wir jetzt auch diese Liegenschaft von Bundesseite erwerben könnten, müssen wir uns sehr viel einfallen lassen, damit es ein richtiger Mix wird, dass sich das stadtentwicklerisch gut auch in Zukunft dann, dass dort alle Menschen miteinander leben und in diese Richtung ist auch die Wortmeldung von Thomas Rajakovics gegangen, dass wir einfach auch erwarten, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die vielen leerstehenden Wohnungen wieder zu füllen, damit wir auch nicht so viele Grünflächen verbauen, wie das in Graz im Moment der Fall ist (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Die vielen Grünflächen, die hier verbaut werden, werden leider eben nicht mit Gemeindewohnungen gefüllt, sondern das sind Wohnungen und das ist Wohnraum, der halt für unsere Klientel, lieber Herr Gemeinderat Rajakovics, eben nicht erschwinglich ist. Aber noch einmal, ich denke, wenn Sie das heute alle ernst meinen, dann sind wir auf einem guten Weg und ich hoffe, dass wir einen Teil dieser Fläche er von den Kasernengrundstücken wirklich für sozialen Wohnbau verwenden

können und nicht so wie in der Vergangenheit die Zeit verstreichen lassen, dann jammern, dass wir keine Grundstücke mehr haben. Wir haben jetzt die Chance, ergreifen wir sie, handeln wir rasch und ziehen wir hier vor allem gemeinsam an einem Strang (*Applaus KPÖ*).

GR. **Haas:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte darauf hinweisen, dass die Sozialdemokratie grundsätzlich für die Dringlichkeit und auch für den Antrag ist. Möchte aber zu bedenken geben, dass mit diesem Antrag durchaus eine Schwächung unserer Position hier passieren kann, weil nämlich diese Grundstücke noch nicht gewidmet sind. Wenn wir jetzt von vorneherein schon ein Tauschgeschäft eingehen wollen, aber letztendlich die Widmung selbst in der Hand haben, bilde ich mir ein, dass eine Schwächung unserer Position hier passieren kann. Es gibt hiefür ein Beispiel, in Linz, wo eine Kaserne seit drei Jahren brach liegt, das Bundesheer mit dem Angebot der Stadt nicht zufrieden ist, umgekehrt die Stadt aber nicht bereit ist, die Liegenschaft dementsprechend zu widmen, um sozusagen genug Geld für das Bundesheer zu lukrieren. Also, wie gesagt, noch einmal, grundsätzlich sind wir dafür auch in Anbetracht dessen, dass Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung und Arbeitsstätten in diese Projekte integriert werden sollen, aber wir sollten unsere Position damit nicht schwächen, indem wir von vornherein Tauschgeschäfte hergeben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt:** Herr Bürgermeister, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die breite Unterstützung und bin zuversichtlich, dass das ein Weg in die richtige Richtung ist und es ist uns allen klar, dass das nicht die letzte Initiative in der Frage der Wohnungen sein kann. Und ich darf Sie bitten, packen wir es gemeinsam an, dann bringen wir hier etwas weiter (*Applaus KPÖ*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## 8) Masterplan Verkehr Graz

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was den Verkehr betrifft und die Geschichte der Verkehrspolitik, so kann man wirklich sagen, dass in Graz verkehrspolitische Meilensteine sehr rar gesät sind, echte Erfolgsgeschichten dadurch ebenso. Wenngleich mit dem Gesamtverkehrskonzept 1987 die Chancengleichheit für alle VerkehrsteilnehmerInnen erreicht werden sollte, so steht es zumindest drinnen, die Vorherrschaft der Kraftfahrzeuge zugunsten der RadfahrerInnen und FußgängerInnen abgebaut werden sollte und auch mit der „Verkehrspolitischen Leitlinie 2000“ aus dem Jahr 1992 und der GIVE 1995 auf die Sanfte Mobilität gesetzt wurde, brachte die verkehrspolitische Realität eine gänzlich andere Wahrheit für die Grazerinnen und Grazer. Zahlreiche als besonders vordringlich beurteilte Maßnahmen, insbesondere im Bereich des öffentlichen Verkehrs wurden statt realisiert immer wieder nur fortgeschrieben. Die angestrebte Senkung des motorisierten Individualverkehrs konnte nicht erreicht werden, im Gegenteil, es stieg der Anteil der mit dem Kfz zurückgelegten Wege auf 47% an.

Diesen Umstand hat vor kurzem auch der Bundesrechnungshof in seinem Bericht Reihe Steiermark 2006/2 scharf kritisiert. Bei seiner Kritik legt der Rechnungshof besonderes Augenmerk auf die Mängel bei der überregionalen Verkehrsplanung und die dahingehend fehlende Kooperation zwischen Stadt, Land und den Umlandgemeinden. Der Prozess der Suburbanisierung brachte für den gesamten Großraum Graz in den letzten Jahren eine steigende Verkehrsbelastung und, wie wir ganz genau wissen, auch eine enorme Feinstaubanreicherung der Luft mit sich. Ohne steuernde Gegenmaßnahmen ist bis 2020 mit einem Anwachsen des Verkehrs von 30% zu rechnen!

Aus den Fehlern der vergangenen Jahre müssen wir lernen und es muss früh genug sichergestellt werden, dass der „Masterplan Verkehr Graz“, an dem seit geraumer Zeit mehr oder weniger intensiv gearbeitet wird, sämtliche der vom Bundesrechnungshof genannten Kriterien erfüllt. Wir haben weder die Zeit, dringliche ÖV-Projekte wie zum Beispiel die Stadtrahnenbahnen weiterhin auf die lange Bank

zu schieben, noch haben wir die finanziellen und verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten, eine Verkehrslösung für den Großraum Graz ohne die Umlandgemeinden und das Land Steiermark zu erwirken.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der Grünen – ALG folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen werden beauftragt, unter besonderer Berücksichtigung der im Motivenbericht und im Bundesrechnungshofbericht genannten Kriterien dem kommenden Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung einen Informationsbericht über den Fortschritt der Arbeiten am Masterplan Verkehr Graz vorzulegen.
2. der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung legt in weiterer Folge gemeinsam mit dem zuständigen Stadtrat und den zuständigen Stellen die weitere Vorgehensweise und einen verbindlichen Zeitplan für die Fertigstellung des Masterplans Verkehr fest. Ich bitte um Annahme.

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, geschätzte KollegInnen und Antragstellerin! Die ÖVP wird der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Ich möchte nur trotzdem einige Dinge hier noch festhalten. Zunächst einmal, es ist natürlich ein wichtiger Punkt, dass das Land und die Umlandgemeinden in so einen Masterplan unbedingt eingebunden sein müssen, beziehungsweise dieser Masterplan in dieser Gesamtheit vorliegen muss. Wir sind hier guter Hoffnung, zumindestens die Verkehrslandesrätin bestätigt das, dass dieser Masterplan für die Region Graz und Graz-Umgebung in der Endphase der Ausarbeitung ist, genauso wie du es auch angeführt hast, sind die entsprechenden Arbeiten auch in unserer Verkehrsplanungsabteilung im Gange. Das heißt, insofern passiert hier viel und wir hätten sowieso den Bericht dazu in dem nächsten oder übernächsten Ausschuss

erwartet. Ich möchte auch noch einiges zum Motivenbericht anmerken. Du hast natürlich schon Recht, dass man beim Thema Verkehr nie genug machen kann, aber dass in den letzten Jahren nichts passiert ist und in den letzten Jahrzehnten möchte ich so nicht stehen lassen. Ich möchte auf jeden Fall einmal die ÖV-Ausbaumaßnahmen, die gerade in dieser Gemeinderatsperiode begonnen haben, hervorheben, man kann aber ruhig auch zurückgehen auf die Einführung der 30km/h in Graz, auf Neuanschaffungen im Bereich der Straßenbahngarnituren, den Cityrunner, auf die Parkraumbewirtschaftung und auf doch die eine oder andere Veränderung im Modal Split, die wir auch damit erreichen konnten. Als ÖVPler muss ich natürlich anführen, da waren immer Verkehrsstadträte der ÖVP gerade am Zug und der 6er wurde auch von einem ÖVP-Stadtrat zur Umsetzung gebracht. Also dass nichts passiert ist, stimmt nicht, dass es ein wichtiges Thema ist, ist keine Frage, aber diese Dinge sind bereits im Gange, aber wir nehmen uns die Kritik von der Christina Jahn zu Herzen, die sagt, sie glaubt nicht immer, dass alles, was im Gange ist, auch sofort umgesetzt ist. In diesem Sinne stimmen wir auch der Dringlichkeit und dem Inhalt zu (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen auch Dringlichkeit und Inhalt zu. Peter Mayr hat schon einige sehr wichtige ergänzende Bemerkungen gemacht. Vielleicht ein bisschen noch aus der kritischen Perspektive, ohne jetzt das schmälern zu wollen, dass uns, glaube ich, durchaus sagen zu können, gemeinsam einiges gelungen ist in dieser Periode und wir gemeinsam auch stolz sein können auf den Ausbau insbesondere des schienengebundenen Verkehrs. Wissen wir doch, dass wir hier nicht vom Gas steigen dürfen, sondern einige Projekte wirklich jetzt, Stadtrat Rüschi hat es im letzten Verkehrsausschuss erwähnt, einige neue Projekte im Bereich Schienenverkehr auch wirklich anstehen. Erwähnt sei nur die Südwest-Linie oder der Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof mit Integration etwa der Annenstraße, die sich ja sowohl verkehrlich als auch sonst darüber hinaus noch immer in einem sehr beklagenswerten Zustand befindet. Die Integration der Umlandgemeinden scheint natürlich, gerade in dem Zusammenhang, der der Sigi Binder wichtig ist in dem Antrag, schon wirklich sehr wichtig zu sein, wir haben heute schon über das

ÖPNRV-Gesetz gesprochen, über das neue, auch hier wieder wird sich weisen, dass eine Deckelung der Mittel zum Ausbau dieses Regionalverkehrs, der ja erforderlich ist, nicht zweckmäßig ist und nicht zielführend ist. Es wird mehr Mittel bedürfen, um den Nahverkehr in Graz, Graz-Umgebung wirklich attraktiv zu gestalten, sodass Leute die umsteigen. Die Modal-Split-Veränderung, die du angesprochen hast, Peter, ist leider unterm Strich im Saldo zu Ungunsten des so genannten Umweltverbundes, darunter versteht man öffentlichen Verkehr, Radverkehr und Zu-Fuß-gehen, weil nämlich das Zu-Fuß-Gehen in Graz so immer weniger modern wird und die Hälfte der Fußgänger eben leider aufs Auto umsteigen, die andere Hälfte, Gott sei Dank, auf öffentlichen Verkehr. Saldo allerdings ist, dass der Modal Split sich in den letzten Jahren bis zur letzten Zählung zu Ungunsten des Umweltverbundes leider entwickelt hat. Hier müssen wir entgegensteuern, auch das wird zusätzliche Mittel kosten, in Bezug auf das Umland allerdings wird es auch raumordnerischer Maßnahmen bedürfen und die sind auch besonders einzufordern. Es muss schlicht und einfach der Raumordnungsgrundsatz gelten, dass dort nicht mehr Bauland ausgewiesen wird, wo es keinen Anschluss an den öffentlichen Verkehr gibt. Baulandausweisung muss gebunden sein, wie im Übrigen auch an den Kanalanschluss, das ist ja übliche Praxis, so auch an den Anschluss an den öffentlichen Verkehr. Bauprojekte, große Wohnbauprojekte auf der grünen Wiese ohne ÖV-Anschluss darf es künftig nicht mehr geben, das wird hoffentlich auch Teil dieses Masterplans sein. Dieser Planungsgrundsatz, weil wenn wir in die Richtung nicht sozusagen den Riegel vorschieben zu dieser unglaublichen Ausweitung von Bauland in Graz-Umgebung und nicht einer Verdichtung das Wort sprechen entlang von Achsen des öffentlichen Verkehrs, werden wir sicherlich dem Problem nicht Herr werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

**GR. Lozinsek:** Meine Damen und Herren! Selbstverständlich, dieser Antrag wird die Zustimmung sowohl in der Dringlichkeit wie auch im Inhalt von uns bekommen. Etwas, was mich stört bei diesem Antrag, ist immer wieder der Hinweis auf die Erkenntnisse des Rechnungshofberichtes. Ich glaube also, die ganzen Verkehrskonzepte, die mittlerweile in der Schublade vor sich hin, - zum Teil, - modern oder gerade hineingeschoben werden, die sind bekannt, wir brauchen das

Rad nicht neu erfinden, es ist einfach einmal eine Frage des Zeitpunktes der Umsetzung und da wird es der Finanzexperten bedürfen, denn die Zusammenarbeit überregional findet ja zum Teil statt und die ist auch den Gemeinden und dem Land bewusst, dass diese Verkehrsproblematik nur im überregionalen Bereich gelöst werden kann, nur bei der Finanzierung letztendlich spießt es sich, wer trägt welchen Anteil, wer finanziert was und es kann natürlich nicht sein, und das ist auch gar nicht möglich, wie wir wissen, dass die Stadt Graz hier den Löwenanteil oder gar alles übernimmt. Weil dieser Rechnungshofbericht mehrmals hier angeführt ist, möchte ich fürs Protokoll Folgendes festhalten: Es wird hier zum Beispiel angeführt auf Seite 27 unter dem Punkt 28/1, dass im Dezember 2003, ich zitiere; fand auf verschiedenen Variantenvorschlägen im Rahmen des Grundsatzbeschlusses über die Prioritätenreihung des Straßenbahnausbaus die Variante mit der Streckenführung Griesplatz – Vorbeckgasse – Feuerbachgasse Zustimmung. Eine kurzfristige Umsetzung des Vorhabens wurde jedoch nicht in Aussicht gestellt. Also ich weiß nicht, vielleicht kann der Herr Stadtrat hier Licht ins Dunkel bringen oder mir ein anderer Kollege sagen, ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir hier jemals eine Prioritätenreihung in dieser Richtung durchgeführt haben oder gar einen Grundsatzbeschluss geführt haben, was diese Strecke betrifft. Also so gesehen, entweder liege ich da falsch, dann bitte ich um Aufklärung, wenn nicht, dann sollte man auch den Damen und Herren des Rechnungshofes einen Wink oder sie darauf aufmerksam machen, dass nicht alles stimmt, was sie da schreiben und daher den Hinweis auf diesen Rechnungshofbericht vielleicht auch etwas unter einem anderen Licht zu sehen ist (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GRin. **Binder:** Der Form halber, wie reflexartig, wenn ich kritisiere, dass zu wenig getan wird für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und in diesem Antrag ganz im Speziellen für den Großraum Graz, dann erfolgt reflexartig immer eine Verteidigung. Jaja, ich weiß schon, dass der 6er verlängert wird, hat auch 20 Jahre gedauert, ist mir alles klar. Was den Rechnungshofbericht betrifft, wird zum Beispiel aber auch



klar gesagt, der 4er wäre überhaupt nicht prioritär gewesen, glaube ich auch, ganz andere Dinge stehen einfach an, um umgesetzt zu werden. Und ich habe ja nicht gesagt, dass nichts passiert. Aber die Konzepte, die ich hier im Motivenbericht angeschnitten habe, die sind nicht von 1887, wie ich ursprünglich gesagt habe, sondern von 1987 weg gibt es Konzepte und immer wieder werden neu Konzepte irgendwie lanciert oder man geht heran, wieder irgendein Konzept zu erstellen, kostet alles viel Zeit und viel Geld und ist überhaupt nicht notwendig, es muss nur umgesetzt werden, da gebe ich allen Recht, die sich jetzt auch zu Wort gemeldet haben. Danke für die Annahme der Dringlichkeit und so wie ich auch davon ausgehe, dass der Inhalt angenommen wird.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **9) Kanalbauamt**

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag.

GRin. **Binder**: Da geht es um das Kanalbauamt und wirklich wieder eine sehr pikante Sache. Zuerst zitiere ich aus dem Bericht des Rechnungshofes. Punkt 19/1, Folgendes: In den Jahren 1997 und 2002 beauftragte die Landeshauptstadt externe Gutachter mit Studien zur Optimierung der Zielerreichung durch das Kanalbauamt. Soweit so gut, könnte man meinen, ja ist eh eine gute Geschichte. Dann geht es weiter, dass es eine Erstellung von Konzepten zur Ausgliederung beziehungsweise Einbringung der Abwasserbeseitigung in eine Kapitalgesellschaft unter Beachtung betriebswirtschaftlicher, steuerlicher und rechtlicher Aspekte gehen könnte. Etwas weiter unten steht dann, dass im Juni 2004 zum Beispiel das Projektteam sechs Varianten, also beauftragt wurde, sechs Varianten einer Privatisierung des Kanalbauamtes zu untersuchen. Das Ganze hat natürlich auch viel Geld gekostet, diese Untersuchungen, 58.000 Euro, da sind wir immer recht locker offenbar mit der Finanzierung, da sagt nie jemand, das müsste endlich einmal gedeckelt werden. Nun

ist es so, dass sich nicht nur die Gerüchte, sondern wie gesagt, auch durch diesen Bericht die Tatsachen verstärken, dass das Kanalbauamt, und alle Vorbereitungen laufen offenbar auf Hochtouren dazu, ausgelagert oder verkauft werden sollen, Genaues weiß man ja nicht. Aber es wird gearbeitet, denn die Magistratsdirektion hat einen Arbeitskreis dazu einggerufen und die Erfahrungen aus dem Verkauf des Energiesektor der Stadtwerke AG und aus dem sukzessiven Abstoßen anderer lukrativer Bereiche aus dem Verwaltungsapparat der Stadt Graz haben gezeigt, wie wichtig eine frühzeitige und transparente Information der politischen EntscheidungsträgerInnen, aber auch der Bevölkerung über solch weit reichende Vorhaben ist, um nicht nachher, was heute schon einige Male angeschnitten wurde, nachher zu sagen, ja jetzt ist es zu spät, jetzt sind die Entscheidungen gefallen und niemand von uns war wirklich richtig informiert und eingebunden.

Und weil es so dringlich ist, weil es hier wieder offenbar um etwas geht, wo wir nicht informiert werden sollen, stelle ich im Namen der Grünen – ALG den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen werden beauftragt, einen Bericht über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für eine Ausgliederung des Kanalbauamtes auszuarbeiten und dem nächsten Beteiligungsausschuss zur Vorberatung vorzulegen.
2. Bürgermeister Nagl wird ersucht, den Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung über die Motivation und Zielsetzung des geplanten Vorhabens zu informieren.

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 19.10 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Liebe Sigi! Natürlich ist dein Begehrt legitim, ist ja gar keine Frage. Wenn es um die Fragen geht, nämlich um die Zukunft des Kanalbauamtes, in welcher Zeiteinheit, in welche, Form, in welche Richtung, geht es ja nicht um Geheimnisse zu verschleiern, sondern es geht um Offenheit. Und es geht auch darum, dass es ein transparenter Vorgang ist, wie du geschrieben hast oder wie du vorgetragen hast, auch die Übereinstimmung mit der EU-Konformität, also die Rechtslage muss sichergestellt sein und klar sein, wenn man weiter vorangehen will und in welcher Weise und Interessen und die Rechte, vor allem der Bediensteten, müssen gewahrt, gesichert und abgestützt sein, gar keine Frage. Ich sage es offen, der zuständige Finanzreferent Wolfgang Riedler, der zuständige Kanalbaureferent Gerhard Rüschi haben einen solchen, ich sage jetzt einmal, Projektauftrag gegeben mit einer klaren Vorgabe, die der Magistratsdirektor in Form einer Projektgruppe zusammengestellt und initiiert hat mit den betroffenen und beteiligten Abteilungen. Dieser Prozess unter Einbeziehung der Personalvertretung und vor allem auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist derzeit im Gang. Wir haben eine Zeitvorgabe, die sicher abzuschließen sein wird mit Ende März. Mutmaßlicherweise, so wie das aussieht, wenn die Arbeitskapazitäten ausreichend sind und wir können dann, und das ist eine Selbstverständlichkeit, die notwendigen Ausschüsse, also insbesondere den Beteiligungsausschuss, natürlich auch in konsequenter Folge den Gemeinderat informieren. Derzeit sind wir mitten im Gange der Erhebung der Datensicherung, der Faktensicherung und der Gespräche und es wäre ungut, mitten in der Furt die Pferde einfach stehen zu lassen, sondern wir sollten jetzt einfach die Dinge vollständig auf den Tisch bringen und deswegen sind wir gegen die Dringlichkeit, und zum rechtzeitigen Zeitpunkt bei Vorlage des Endergebnisses durch den Magistratsdirektor, durch die Abteilungen wird es auch zur Vorlage in den zuständigen Ausschüssen kommen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt**: Karl-Heinz, das ist eine Freude, du bist zwar immer dafür, aber letztendlich dann doch dagegen.

*Zwischenruf GR. Herper: Die Kunst des Möglichen.*

GR. **Schmalhardt:** Es ist wieder das gleiche Muster, wie schon so oft, ich könnte mich ja jetzt da wiederholen an Beispielen, wie das im Gemeinderat läuft.

*Zwischenruf GR. Herper: Das ist einer Oppositionsfraktion gerecht.*

GR. **Schmalhardt:** Es wird ein Gerücht in die Welt gesetzt in der Hoffnung, dass sich die Betroffenen in der Gerüchtephase daran gewöhnen, was auf sie zukommt. Hier scheint es wieder gleich zu sein. Die Verunsicherung...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Schmalhardt:** Nein, eure Praxis ist so, die Verunsicherung der Mitarbeiter und In-den-Raum-stellen von fürchterlichen Lösungen, damit sie dann froh sind, wenn es doch nicht so schlimm kommt, wie befürchtet.

*Zwischenruf GR. Herper: Jetzt machst du eine Horrorgeschichte daraus..*

GR. **Schmalhardt:** So ist es doch überall. Warum könnt ihr nicht den Gemeinderat laufend informieren über den Fortgang der Gespräche, warum nicht? Warum hat die Regierungsfraktion nicht den Mut, uns rechtzeitig zu informieren, dann können wir uns diese dringlichen Anträge ersparen.

*Zwischenruf GRin. Fürntrath: Ihr seid in der Regierung.*

GR. **Schmalhardt:** Es ist aber nicht Aufgabe der Regierung, die Mitarbeiter zu verunsichern, den Gemeinderat nicht zu informieren und aus diesem Grunde, weil wir haben wollen, dass die Mitarbeiter endlich wissen, wie sie im Kanalbauamt dran sind, stimmen wir dem dringlichen Antrag selbstverständlich zu und möchten gleich hinzufügen, dass wir einer Ausgliederung des Kanalbauamtes sehr kritisch und mit großen Vorbehalten gegenüberstehen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Es ist ja eh protokolliert, dass die KPÖ keine Regierungspartei ist, nehmen wir zur Kenntnis. Manchmal hat man eh das Gefühl, dass das der Fall ist, ihr sitzt zwar im Stadtsenat und ihr habt zwei Regierer, so leicht verabschieden sollte man sich von so einer Verantwortung nicht, aber wir sind es gewohnt, dass ihr als Regierungspartei Opposition betreibt. Faktum ist, dass genau das der Fall ist, was du sagst. Ihr seid die, die herumrennen, die Leute verunsichern, obwohl gar noch nicht klar ist, was jetzt wirklich genau passieren soll. Die Vorgangsweise ist die, dass es einen Projektauftrag gibt, dass man mit allen einmal zuerst spricht, bevor man irgendwelche Vermutungen in den Raum stellt, alle Leute scheu macht und ihnen weiß Gott welche Märchen erzählt und genau damit lauft ihr herum. Und dass ist auch vielleicht manchmal der Grund, warum ihr nicht bei allem ganz genau so eingeweiht seid, weil ihr den Leuten, auch wenn ihr es wisst, genau das Gegenteil erzählt, damit ihr euer politisches Spielchen spielen könnt, in der Regierung zu sitzen und gleichzeitig Opposition zu sein. Daher wird es genau diese Vorgangsweise trotz

allem, Sigi Binder, geben, es wird rechtzeitig und zwar demnächst auch einen Bericht im Ausschuss geben, es wird dann eine ausführliche Diskussion dazu geben, was sinnvoll ist und was nicht sinnvoll ist und im Anschluss daran gibt es auch wahrscheinlich eine entsprechende Debatte im Gemeinderat, die dann ein Ergebnis bringen wird, das wir heute nicht vorwegnehmen können, daher sind wir nicht für die Dringlichkeit und auch nicht für den Antrag (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Von wegen Stadtregierung und Regierungsverantwortung, da möchte ich schon ein Wort sagen. Zur Wortmeldung von Gemeinderat Rajakovics muss ich einfach festhalten, mitzuentcheiden oder mitzuregieren setzt voraus, dass man in Kenntnis gesetzt wird und dass man zu Treffen und zu Arbeitskreisen, die ÖVP und SPÖ sozusagen durchführen, auch eingeladen wird. Das hat in mehreren Fällen in der Vergangenheit nicht stattgefunden, ich erinnere nur an die Mitteilung von Herrn Bürgermeister heute, das Treffen, das das Veterinäramt wegen der Vogelgrippe betroffen hat, da ist sogar die zuständige Stadträtin Wilfriede nicht eingeladen worden (*Applaus KPÖ*).

GRin. Dr. **Sickl**: Man sieht an der heftigen Diskussion, dass scheinbar wirklich keine Informationen fließen, dass jeder nur ein bisschen was weiß und das ist der Grund warum wir der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, weil auch wir informiert werden wollen, was mit dem Kanalbauamt passiert. Es ist eine wichtige Dienststelle des Magistrates und darum bitten wir, auch hier eine Information zu bekommen. Also Dringlichkeit und Inhalt ja (*Applaus KPÖ und FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 10) Auswirkung der Bundespolitik auf Frauen in Graz

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Wie schon vor Stunden die Uli Taberhofer heute den Anlass genutzt hat auf den 8. März hinzuweisen als internationalen Frauentag, werde ich jetzt auch noch einmal diesen Tag, der kurz vor uns steht, aufgreifen und zum Thema Frauenpolitik, zum Thema aktuelle, nicht vorhandene Frauenpolitik und Auswirkungen auf Graz einen dringlichen Antrag hier herinnen stellen. Ich finde es super, dass da einige zurückgekehrt sind, ich verstehe es aber auch natürlich, das Pausenbedürfnis, aber inzwischen scheint es wieder so zu sein, dass der Gemeinderatssaal relativ voll ist. Der internationale Frauentag ist natürlich immer wieder Anlass, und das ist ja schon seit Jahrzehnten oder fast 100 Jahren, immer wieder darauf hinzuweisen, wie es steht um die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und auch leider ist das im Jahr 2006 ein Anlass, wieder darauf hinzuweisen, dass sich leider die Situation für Frauen, für immer mehr Frauen zunehmend verschärft, auch in Österreich. Viele Organisationen und auch wir haben oft darauf hingewiesen, dass dringender Handlungsbedarf im Bereich der Frauenpolitik besteht. Wenn man sich jetzt anschaut, was unsere Frauenministerin in den letzten Monaten zu diesem Thema beigetragen hat, dann erinnere ich mich ausschließlich an eine Diskussion zur Bundeshymne, ich weiß nicht, ob jemand anderer sich an andere Aktivitäten der Frauenministerin zu Frauenpolitik erinnert. Vogelgrippe ist ein anders Thema, ist auch ihr Ressort, wissen wir.

Die Arbeiterkammer und andere Institutionen weisen schon länger und immer wieder sehr vehement darauf hin, dass zum Beispiel im Bereich des Kinderbetreuungsgeldes, ich kann mich erinnern, hier herinnen noch hoch gelobt wurde, als es eingeführt wurde, inzwischen traut sich das eh niemand mehr so laut zu machen, immer wieder auf Probleme hin, eines ist zum Beispiel inzwischen deutlich geworden, diese Regelung wirft einige Hürden auf, für Väter, die ernsthaft in Karenz gehen wollen. Auf der anderen Seite zeigt sich inzwischen nachweisbar, dass die Rückkehrchancen durch diese Kindergeldregelung massiv erschwert werden, der Arbeitsmarkt fast nicht mehr zugänglich ist für Wiedereinsteigerinnen und das ist damit mitverantwortlich dafür, dass sich eben die Einkommensschere massiv verstärkt. Die

Einkommenssituation von Frauen und ihre Chancen eigenständig für ihre Existenz zu sorgen, wird drastisch verringert. Wir kennen die Daten und auch der 8. März in Graz läuft heuer unter dem Motto Einkommen und Gerechtigkeit.

Schon letztes Jahr wurde dann durch eine Studie der AK deutlich, dass fast 100 Prozent des Beschäftigungszuwachses, der ja auch gerne immer wieder zitiert wird, wir haben einen super Beschäftigungszuwachs, fast 100 % des Beschäftigungszuwachses bei Frauen ist im Teilzeitbereich, das heißt, im prekären Bereich gelegen, das heißt, in dem Bereich, wo eine Existenzsicherung nur teilweise möglich ist. Hinzu kommt die in Folge niedriger Einkommen erhöhte Gefährdung im Bereich Armut, das ist allen bekannt. Alle Sozialleistungen bemessen sich in Österreich nach dem vorherigen Einkommen, ob das das Arbeitslosengeld ist, die Notstandshilfe, die für Frauen oft durch ein Partnereinkommen noch einmal reduziert ist, ob das die Pension ist etc., brauche ich hier nicht zu erzählen, ich denke, alle von hier herinnen wissen Bescheid. Aber das heißt niedriges Einkommen, höhere Abhängigkeit, niedrigere Absicherung gegen die Armut und damit eine Spirale nach unten. Und eine Mindestsicherung, wie wir wissen, gibt es im Bereich der Arbeitslosenversicherung zum Beispiel nicht.

Alarmierend sind auch die vor kurzem präsentierten Ergebnisse einer Analyse der Arbeiterkammer zu den nun spürbaren und inzwischen deutlich sichtbaren Auswirkungen der Pensionsreform auf die Realeinkommen von NiedrigstpensionsbezieherInnen, und da sehen wir und wissen wir ja auch, dass da vor allem Frauen davon betroffen sind. So wird nämlich vorgerechnet, dass zum Beispiel die Bezieherin einer Pension in der Höhe von € 800.- brutto einen Kaufkraftverlust im Zeitraum von 2000 bis 2006 immerhin in der Höhe von insgesamt € 2.614,58 hinnehmen musste, bei € 600.- brutto war das immerhin noch der Verlust von € 1.780.- in diesem Zeitraum und es zeigt sich auch, dass die Dynamik auf 2003/2004 sich extrem erhöht hat. Das heißt, der Einkaufskraftverlust ist in diesen Jahren, wo die Pensionsreform langsam zum Gelten gekommen ist, massiv gestiegen. In der Zeit zwischen 2000 und 2006, nur zum Vergleich, ist also die Nettopension lediglich um 6,24 % gestiegen, wir haben es gleichzeitig mit einer Gesamtinflation von 13,2 % zu tun.



300.000 Frauen in Österreich haben zwar eine Eigenpension unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz, erhalten aber aufgrund des Partnereinkommens keine Zulage. Das heißt, das Einkommen ist unter 600 € angesiedelt. Von den 228.000 Menschen, die in Österreich eine Ausgleichszulage beziehen, sind immerhin 165.000 Frauen, also die Mehrheit. Diese Zahl und die immer noch hohe Anzahl von Frauen, die eben gar keine eigene Pension beziehungsweise keine Zulage erhalten, sind ein echter Skandal. Insbesondere dann, wenn uns bewusst ist, und das müssten wir noch häufiger diskutieren, wie groß die Leistung dieser Frauen, auch gerade dieser Frauen, die jetzt in Pension sind, für den heutigen Wohlstand dieser Gesellschaft in Form unbezahlter Arbeit war und ist.

Die beschriebenen problematischen Regelungen, und das sind ein Teil davon, gehen zwar alle auf bundespolitische Grundlagen zurück, das ist mir bewusst, und damit jetzt nicht der Vorwurf stehen bleibt, ich kümmere mich wieder um bundespolitische Angelegenheiten, wir wissen inzwischen sehr gut, dass diese Bundespolitik Auswirkungen auf die ganz konkrete budgetäre Situation einer Stadt hat. Denn was sich jemand nicht zum Leben leisten kann, bezieht sie auf der anderen Seite in Form von Beihilfen, Unterstützung beim Wohnen, Sozialhilfe hier vor Ort. Das heißt, alle Konsequenzen von einer nicht vorsorgenden Armutspolitik tragen wir in der Gemeinde. Und deswegen betrifft uns Bundespolitik hier ganz direkt und vor allem die Frauen, die hier leben. Das heißt, Frauen, die sich das Leben eben nur zum Teil selbst leisten können, sind bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Anforderungen vermehrt auf die finanzielle Unterstützung durch die Hilfssysteme vor Ort angewiesen und sie müssen sich die Kinderbetreuung leisten können, sie müssen sich ihren Pflegeplatz später leisten können, also wir werden überall dazuzahlen als Stadt. Und deswegen ist es höchste Zeit eine Diskussion und eine deutliche Rückmeldung der Stadt Graz an den Bund jetzt zu setzen, nicht nur weil der 8. März da ist, sondern weil wir einfach inzwischen genug Belege und Beweise dafür haben, dass die Politik eigentlich sich gegen die Frauen richtet.

Aus diesem Grund stelle ich daher namens der Grünen – ALG den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Frauen, Familie und Jugend möge sich (bei Bedarf unter Hinzuziehung von entsprechenden Expertinnen) in einer gesonderten Sitzung mit den beschriebenen Analysen und den mittlerweile sichtbaren Auswirkungen bundesgesetzlicher Regelungen auf Frauen in Graz, auf ihre Beschäftigungschancen und ihre Einkommenssituation befassen, das heißt, ich möchte da in Graz eine frauenpolitische Diskussion haben.
2. Auf Grundlage der erarbeiteten Erkenntnisse und Ergebnisse möge der Gemeinderat Verbesserungsvorschläge in Form einer Petition an die Bundesregierung und an den Nationalrat herantragen. Ich hoffe auf breite Unterstützung, denn das geht uns alle an.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt, weil das ein wirklich wichtiges Anliegen ist, danke Lisa, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen.

GRin. Dr. **Sickl**: Auch die FPÖ-Fraktion wird der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Aber ich möchte trotzdem etwas anmerken. Ich finde es interessant, dass man solche Themen nicht im Ausschuss besprechen kann und dass man sagt, liebe Frau Vorsitzende, dieses Thema brennt mir unter den Nägeln und machen wir da einmal einen Sonderfamilienausschuss. Es gibt so viele Familienausschüsse zum...

*Zwischenruf unverständlich.*

Dr. **Sickl**: Der Ausschuss heißt Frauen, Familie und Jugend, also ok, es gibt so viele Familien-, Frauen- und Jugendausschüsse, damit ich das korrekt zitiere, man möchte...

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl unverständlich.***

Dr. **Sickl**: Ich glaube, jeder weiß, was ich meine. Es geht darum eben, dass man jederzeit mit der Frau Vorsitzenden sprechen kann, sagen, machen wir dazu eine Sondersitzung und die Vorgangsweise verstehe ich nicht, obwohl wie gesagt, die Thematik sehr wichtig ist und wir das unterstützen, aber anderer Weg, glaube ich, wäre auch gangbar gewesen und nicht unbedingt ein dringlicher Antrag.

GR. Dr. **Piffi-Percevic**: Hoher Gemeinderat, die Volkspartei stimmt der Dringlichkeit zu, weil es außer jeder Frage steht, dass die Anliegen unserer MitbürgerInnen ebenso wichtig sind wie der gesamten Gesellschaft. Allerdings wird es Lisa Rücker nicht verwundern, wenn wir zu einigen Details, nicht unwesentlichen Details, durchaus einen differenzierten und anderen Zugang haben. Aber das wird Uli Bauer dann noch zum Antrag selbst ausführen. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen.

GR. **Schmalhardt**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GRin. **Bauer** zum Antrag: Ich möchte meine Ausführungen nur ganz kurz halten, aber im Motivenbericht sind doch einige Dinge, die für mich nicht ganz so zu sehen sind wie vielleicht für dich, Lisa. Und zwar zum Kinderbetreuungsgeld, wo du sagst, man traut sich bald nichts mehr sagen, kann ich dir sagen, es gibt eine neue Studie von der Frau Ministerin Haubner, wo es eine hohe Zustimmung der Frauen gibt zum Kinderbetreuungsgeld, nichtsdestotrotz ist uns völlig bewusst, dass die Zuverdienstgrenze und andere Dinge diskutiert gehören und die nach einer Evaluierung auch ganz bestimmt einer Verbesserung zugeführt werden, da bin ich davon überzeugt. Weiters zu der Kinderbetreuung an sich sagt die Studie aus, dass 20 % der Befragten eine Betreuung ihres Kindes zwischen dem ersten und zweiten Lebensjahr gerne selbst vornehmen wollen. 40 % der befragten Frauen wollen eine Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr ihres Kindes und ein sehr hoher Prozentsatz ab dem Kindergartenalter. Also das ist auch eine Sicht der Dinge, die für uns sehr wesentlich ist. Weites muss man von der Bundesregierung auch sagen, im Schulpaket ist doch auch einiges passiert, was Betreuung der Kinder am Nachmittag betrifft insofern, dass man sagt, jede Schule hat die Autonomie, mit den Eltern im Schulforum zu bestimmen, welche Form der Betreuung man haben möchte. Zur Teilzeit möchte ich sagen, das Recht auf Teilzeit haben wir eingefordert, nebenbei ist es natürlich dann sehr schwierig, die Teilzeit wieder zu kritisieren. Da geht es nämlich dann wirklich um die Sachlichkeit, was wollen wir und da gibt es eine neue Studie, kennst du die, vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und da gibt es einige Befragungen, die sehr interessant sind und die zu hinterfragen sind, nämlich insofern, da steht, beide Elternteile arbeiten Vollzeit, die Kinder sind in Betreuung. Dieses Modell können sich eher weniger Menschen vorstellen, etwa 14 % der Frauen und 11 % der Männer bei kleinen Kindern. Und dann, wenn man da noch liest, die Frau arbeitet Teilzeit, der Mann Vollzeit, die Kinder sind halbtägig in Betreuung, das klassische Vereinbarungsmodell ist populär, 45 % der Frauen wollen das und 42 % der befragten Männer, also insofern bei kleinen Kindern und da denke ich mir auch, da ist natürlich auch eine Sicht der Dinge, die ein bisschen anders ist teilweise. Zur Pensionsreform: In die eigenständige Altersversicherung der Frauen im Zuge der Pensionsharmonisierung hat die Bundesregierung eine Milliarde Euro investiert zugunsten der Frauen, die sich für eine Unterbrechung der Berufstätigkeit beziehungsweise zu einer Aufgabe des Berufes entschieden haben, das ist auch einmal eine Initiative gewesen. Zur Beschäftigungsinitiative 2006 gab es

Schwerpunkte für Frauen, 76,6 Millionen Euro wurden für Wiedereinsteigerinnen beziehungsweise für Qualifizierungsoffensiven verwendet, also das sind auch Ansätze, die äußerst positiv zu sehen sind. Abschließend möchte ich nur eines sagen, die Stadt Graz hat auch eine Frauenbeauftragte, was für mich äußerst positiv ist, wir leisten uns das und daher sehe ich dem ganz positiv entgegen, dass wir im Ausschuss, mich wundert das auch, dass es nicht vorher im Ausschuss schon einmal Thema war, darüber hoffentlich mit Experten und Expertinnen diskutieren können, mit oder ohne Öffentlichkeit, wir haben da auch keine Probleme, das Ganze offen auszutragen, aber für uns ist sicher im Vordergrund, dass man kreativ und konstruktiv arbeitet und wir hoffen, dass wir da gemeinsam wirklich für die Frauen auch was weiterbringen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß, es war für uns alle heute schon ein sehr anstrengender und langer Tag, aber trotzdem, liebe Kollegin Bauer, du hast jetzt am Schluss gesagt, es ist euch ein Anliegen, kreativ und konstruktiv zu arbeiten, aber wenn es dann im Ausschuss auch irgendwie nur darum geht, die Inhalte von irgendwelchen von der ÖVP-Bundespartei ausgesandten Argumentationskarten herumzubeten, dann sparen wir es uns. Tatsache ist, wir können...

*Zwischenruf GRin. Potzinger unverständlich.*

GRin. **Edlinger**: Ja, liebe Sissi, du hast uns auch in den letzten zwei Jahren immer erzählt, dass das Kindergeld eindeutig beweist auf Grund der Zunahme der Geburtenzahlen in der Steiermark, wie sinnvoll das war jetzt als lenkende Maßnahme, dass wir wieder zu mehr Kindern kommen, jetzt haben wir heuer wieder wenig oder letztes Jahr wieder weniger Geburten gehabt, jetzt passt es dir irgendwie nicht mehr in die Argumentationslinie, jetzt höre ich es halt im Moment nicht. Ich

denke mir, Tatsache ist, wir wissen, dass die finanzielle Situation von Frauen in vielen Bereichen einfach sehr schlecht sich darstellt, wir wissen, dass viele freiwillig Teilzeit arbeiten, ich glaube, unsere Analysen sind unterschiedliche, wie Frauen dazu kommen...

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Daher sollte man im Ausschuss darüber reden.*

GRin. **Edlinger:** Ja, aber da reicht es eben nicht, nur Studien zu präsentieren, was Frauen wollen, weil es gibt eben einen Hintergrund, warum Frauen was wollen. Weil es gibt genauso auch die Studien, dass 80 % der jungen Frauen Beruf und Familie einfach möglichst gut vereinbaren möchten und natürlich verstehe ich das, ich habe selber auch 20 Stunden gearbeitet, wie mein Sohn noch ganz klein war. Nur bei mir wird es sich nicht so massiv auswirken wie bei den vielen, vielen anderen Frauen, wo auf Grund des Gesamtdurchrechnungszeitraumes, das war nämlich auch die Pensionsreform, früher waren die 15 besten Jahre, jetzt haben wir den Gesamtdurchrechnungszeitraum, dass quasi sämtliche Jahre, die in Teilzeit mit einem geringen Einkommen verbracht werden, und das sind die Frauen, sich voll durchschlagen bis ins hohe Alter, weil einfach dadurch die Pension massiv runter sinkt. Das sind einfach Tatsachen, davor können wir die Augen nicht verschließen, bitte tun wir uns da nicht nur irgendwelche Studien...

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Wartet einmal die Diskussion ab.*

GRin. **Edlinger**: ...oder wie auch immer präsentieren, weil dann zählt es sich nicht aus, aber nur quasi die Argumente an der Oberfläche, so werden wir für die Situation der Frauen nichts verändern (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Ich möchte dort anknüpfen, wo die Frau Gemeinderätin Edlinger gemeint hat, Zahlen sind das eine, aber die Hintergründe, die Motive für die Ergebnisse dieser Statistiken sind das andere, und die haben schlicht und einfach mit dem Leben, mit den Rahmenbedingungen, die Frauen in dieser Gesellschaft vorfinden in ihren Familien, im beruflichen Bereich zu tun. Es mag schon sein, dass viele Frauen auf Teilzeitarbeit ausweichen. Aber wir müssen die Gründe dafür sehen. Sie weichen doch nicht auf Teilzeitarbeit aus, weil es ihnen Spaß macht, weniger zu verdienen als Männer, sie weichen auch nicht auf Teilzeitarbeit aus, weil sie nicht gerne berufstätig sind, sondern sie weichen auf Teilzeit aus, weil sie erstens in vielen beruflichen Feldern überhaupt nur Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Mac-Jobs angeboten kriegen, von denen sie nicht leben können, mit der Erwartung, möglichst flexibel zu sein, abrufbereit zu jeder Tageszeit, ganz egal, ob sie Familie oder Beruf haben und Verantwortung dafür hauptsächlich übernehmen und sie weichen auf Teilzeit aus, weil immer noch nicht gerecht verteilt ist die unbezahlte Familienarbeit und die bezahlte Erwerbsarbeit. Das ist einfach Faktum, auch bei manchen Fortschritten bei jungen Männern; wenn es darauf ankommt, ist die Hauptverantwortung für die unbezahlte Familienarbeit bei den Frauen und schlicht und einfach hat auch für die Frauen, für die erwerbstätige Frau, für die Mutter, für die Familienfrau der Tag nur 24 Stunden und daher müssen wir, glaube ich, dort ansetzen, nicht bei Zahlen und das ist eh alles in Ordnung, sondern endlich einmal gemeinsam dort ansetzen zu sagen, wir wollen die volle Erwerbstätigkeit der Frau fördern, weil das die einzige Chance für ihre Eigenständigkeit, für ihr selbst bestimmtes Leben ist, für ein Leben in Würde und für ein Leben in Unabhängigkeit und zwar bis ins hohe Alter. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie kommen nicht reihenweise, nicht scharenweise, aber trotzdem einzeln und umso bedrückender zu mir, vielleicht auch zu manchem von euch und zu vielen von euch, die Frauen, die mir ihre Lebensgeschichte und Biographien erzählen, die sich unter dem Titel...

***Zwischenruf GRin. Gesek: Jeder hat eine Lebensgeschichte.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...angebliche Wahlfreiheit, die ja die größte Denkfalle und Verlockung und Verführung für Frauen ist hinein in die Abhängigkeit, entschieden haben für ein Leben jenseits der Erwerbstätigkeit und irgendwann dann einmal ändert sich ihre Biografie, entsteht ein plötzlicher Bruch, weil der Mann abtschappiert mit der Frau, die 20 Jahre jünger ist oder aus anderen Gründen und sie hat keine Versicherungszeiten und keine Pensionsansprüche und was immer oder weil sie selbst erkennt, dass sie sich unter diesen Rahmenbedingungen einfach trennen möchte. Und daher möchte ich auch wirklich appellieren, sehr sorgsam und sensibel umzugehen mit der Botschaft an die Frauen: Ihr habt die Wahlfreiheit. Diese Freiheit der Wahl besteht für die meisten Frauen irgendwann einmal oder für viele Frauen, irgendwann einmal darin zu wählen, ob sie weiterhin in Abhängigkeit, in Unterdrückung, möglicherweise unter gewalttätigen Verhältnissen leben wollen oder alleine ankommen wollen in Armut im Alter mit 50 oder 60...

***Zwischenruf GRin. Fürntrath: Mit 50 sind wir nicht alt.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Na, aber sie kommen dort an mit 50 oder 60. Meine Güte, ich bin auch schon 58 und gebe zu, dass ich keine Junge mehr bin, was ist denn da für ein Problem daran? Dass viele Frauen eben auf Teilzeit ausweichen, weil sie diese Teilzeit wollen, dann gilt es auch eine zweite Rahmenbedingung sich anzuschauen. Nämlich der Zusammenhang zwischen Kindergeld, der konservative Zugang zur Frage, wie unterstütze ich Frauen und der Zusammenhang mit dem Zurverfügung-Stellen von Kinderbetreuungseinrichtungen, und das Kindergeld ist auch eine Denkfalle, ist auch eine Verlockung für Frauen, ist auch eine Verführung der Frauen und wenn Sie, Frau Gemeinderätin, sagen, es gibt eine bestimmte Anzahl von Frauen, die sagen, ich bin froh, dass ich ein Kindergeld kriege, dann kann das



für eine gewisse Zeitspanne und zwar eine sehr kurze Zeitspanne ihre Lebens passen, weil sie sich freut, dass sie dieses Geld kriegt und sich die Familie freut. Aber wenn sie dann nach der langen Unterbrechung, zu der sie auch das Kindergeld verlockt hat, wieder einsteigen will ins Erwerbsleben, dann findet sie umso schwierigere Rahmenbedingungen vor, dies zu tun. Und die Bundesregierung hat in den Jahren, seit sie an der Macht ist, nicht eine einzige Maßnahme gesetzt, um Kinderbetreuungseinrichtungen zu forcieren. Es war kein Beides, sondern es war ein Entweder-Oder und sie hat sich entschieden für das Oder, Kindergeld, und weil es einen solchen Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, gibt es auch zunehmend Frauen, die ausweichen in die Teilzeitarbeit. Aber sie können von dieser nicht leben und sie können schon gar nicht davon leben, wenn sie irgendwann alleine ankommen. Das muss uns ja nachdenklich machen, dass zwei von fünf Frauen, die erwerbstätig sind, Teilzeitarbeit leisten. Und dazu kommt noch, dass die Teilzeitarbeit ja nicht die Frauen in Anspruch nehmen und die Menschen, wo es um gut bezahlte Jobs geht, ich bin ja dafür, dass Menschen Arbeit teilen, aber die gut bezahlte, damit die, die teilen, auch jeweils leben können davon, nein, die Teilzeitarbeit findet genau in den Jobs statt, die ohnehin schlecht bezahlt sind und das sind wiederum die traditionellen Frauenjobs. Also in diesem Sinne würde ich sagen, dieser Antrag ist vollinhaltlich zu unterstützen, herzliches Dankeschön dafür und wir gehen sowieso mit (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.50 Uhr den Vorsitz.***

GRin. **Bauer:** Ich verstehe das voll und ganz, deine Aussagen und ich stehe auch völlig dahinter, auch für Vollbeschäftigung für Frauen zu sorgen, für Teilzeit alles. Aber eines vermisse ich hundertprozentig, es gibt Frauen, die gerne sich dafür entscheiden, sich zu reduzieren, sich zurückzunehmen und für die Familie dazu sein (*Applaus ÖVP*). Und ich denke mir, auch für die müssen wir was tun, mir widerstrebt das so, dass es jedes Mal heißt, man ist böse, wenn man für irgendwelche Frauen auftritt, die nur für Teilzeit sich gern einsetzen oder die sich entscheiden, auch

Hausfrau zu sein, auch die haben ihren Stellenwert und ich denke mir, wenn wir Familienpolitik leben wollen und machen wollen, müssen wir das verallgemeinern und nicht nur für einen kleinen Teil. Ich möchte ganz sicher die Leute, die arbeiten wollen und die Frauen, die sich verwirklichen wollen und Vereinbarkeit leben wollen, nicht degradieren, aber ich will auch die anderen Frauen, die sich anders entscheiden, auch so genauso vollwertig sehen und das ist auch unsere Aufgaben in der Politik, weil das ist auch Familienpolitik (*Applaus ÖVP*).

**GR. Pleyer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss jetzt eine Lanze für die Frauen brechen. Die Frauen sind bei unserer Männergesellschaft heute noch irrsinnig benachteiligt in allen Bereichen. Ob das jetzt die Singles sind, ob das die Senioren sind, die Pensionisten sind, ob es jetzt am Arbeitsplatz um die Bezahlung geht, die Frauen werden für die gleiche Leistung schlechter bezahlt als die Männer. Wir sind eine Männergesellschaft und solange sich die Männer nicht zusammenreißen und sagen, wir müssen da bitte einen kleinen Ausgleich machen und die Frauen haben ja wohl auch das Anrecht, etwas mehr zu bekommen. Ein Beispiel: Wenn heute die Pension einer Familie, 1.200 Euro beträgt, zu zweit, der Mann stirbt weg, dann schaue ich mir das an, wo die Frau hinkommt. Die Kosten bleiben gleich, das Wohnen kostet gleich viel, das Licht kostet gleich viel, alles, nur das bisschen Essen ist weniger und dann kommt schon der Absturz dieser armen Frau, dass sie einfach an die Armutsgrenze schlittert und da einfach ihre Probleme kriegt. Das ist die Realität und das sehen wir in großen Mengen. Beispiel: Ich sehe das an meiner Person, liebe Freunde, meine Gattin ist vor vier Jahren verstorben. Ich habe durch den Tod meiner Frau nicht um einen Euro in meiner Pension weniger und jetzt legen wir das um bitte auf die Frauen, wenn der Partner wegstirbt, wie das dann in unserer Gesellschaft ausschaut, das ist die Realität. Also ich wünsche euch für euren Kampf alles Gute und schaut, dass ihr die Männer dazu gewinnt, meine Unterstützung habt ihr (*allgemeiner Applaus*).

GRin. **Potzinger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Schau auf die Uhr, die inhaltliche Diskussion werden wir im Ausschuss führen. Ich freue mich über die Anregungen, nehme als Ausschussvorsitzende, den Ball sehr gerne auf, wundere mich auch, dass nicht in einer Ausschusssitzung sondern heute im hohen Gemeinderat die Idee geboren wurde. Wir werden uns gemeinsam bemühen um einen baldigen Termin und dem hohen Gemeinderat dann berichten. Alles Gute allen für den Frauentag, auch den Männern und wir werden konstruktiv gemeinsam beraten, aber im Ausschuss und nicht heute Abend (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich muss lachen, weil der Herr Bürgermeister hat mich gerade gefragt, Frau Stadträtin, willst du wirklich noch einmal reden habe ich gesagt, was soll die Frage, ich bin eine Frau, die weiß, was sie will. Wenn ich sage, ich will reden, dann will ich reden. Wir wissen alle, was wir wollen, wir Frauen. Also nur zwei Sätze zur Frau Gemeinderätin Bauer. Sprache kann natürlich schon sehr verräterisch sein, ich habe ja bisher immer gedacht, das Familien- und Frauenbild der ÖVP, das sich immer so deutlich äußert in den Botschaften „Frauen lebt sozusagen eure Wahl“ und sich immer äußert in der Botschaft, die Frauen, die sich verwirklichen wollen und die ihre Selbstbestimmung, und ihr sagt auch manchmal dazu, ureigentliche Rolle, ist ja Familie, ein Herd und den Kindern muss es gut gehen und so, die sollen die Chance dafür haben, aber die Frau Gemeinderätin Bauer, ich muss es leider sagen, du hast auch gesagt, du sagst „leider“, also Sie haben sich ganz schön verraten, indem Sie gesagt haben, auch die Frauen, die sich dazu entscheiden sich zurückzunehmen und zu bescheiden, sollen das tun dürfen. Dürfen schon, ich habe es wortwörtlich mitgeschrieben, „die sich zurücknehmen wollen und auf manches verzichten“, das ist eben genau der Unterschied in eurem Frauenbild, im konservativen, und in unserem. Wir wollen nicht, dass die Frauen diejenigen sind, die immer verzichten, sondern wir wollen, dass die Frauen in dieser Gesellschaft die gleichen Rechte und die gleichen Lebenschancen und die gleichen Möglichkeiten haben und den gleichen Verdienst und die gleichen Positionen, das ist einfach der Unterschied, geben wir es zu, ist eh ok.

**Zwischenruf GR. Dr. Spielberger: Geh, macht einen Arbeitskreis.**

GR. Dr. **Hammer**: Ich schätze diese Diskussion sehr und ich schätze auch die verschiedenen Standpunkte, die da zum Teil auch aufeinanderprallen. Ich hab aber genauso, wie Sie vorhin gut zugehört haben, habe ich bei Ihnen auch gut zugehört und Sie haben dort über die Frauenmodelle, die Sie vertreten, und ich respektiere Sie dafür, haben Sie nur für diese Frauenmodelle den Begriff der Würde verwendet und schließen mit dem Begriff der Würde, aber andere Modelle, wie Frauen ihr Leben wählen, schließen Sie davon aus (*Applaus ÖVP*) und daher wünsche ich für diese Frauen, die ein anderes Modell der Frauenwürde haben, eine Entschuldigung. Man kann das sicher im Protokoll nachlesen und es wird ja auch aufgenommen, ich bitte, wenn es im Einzelfall die Frage gibt, kann man das aus dem Protokoll genau rauslesen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Ich würde sagen, der qualitative Unterschied zwischen unseren beiden Statements besteht darin, dass ich zitiert habe und Sie interpretiert. Ich habe das Wort Würde nicht einmal in den Mund genommen, wenn Sie mir das unterstellen wollen, dann zitieren Sie mich bitte.

Dr. **Hammer**: Beim nächsten Gemeinderat.

GRin. **Rücker**: Ich habe mir natürlich gewünscht, im hohen Gemeinderat eine Diskussion auch zu haben und nicht nur im Ausschuss hinter verschlossenen Türen, weil ich denke, es betrifft alle Mitglieder des hohen Gemeinderates, dass sie sich mit diesem Thema immer wieder einmal beschäftigen. Also von dem her war das schon bewusst, dass ich da einen dringlichen Antrag gestellt habe und nicht diese

Diskussion nur hinter verschlossenen Türen führen wollte. Ich habe auch deutlich von Frauenpolitik gesprochen und nicht von Familienpolitik, denn das ist ein Unterschied. Familienpolitik betrifft unterschiedliche Ebenen, unterschiedliche Gruppen in der Gesellschaft, Frauenpolitik wirkt sich auf Frauen aus und soll für Frauen spezielle Rahmenbedingungen bieten. Ich bin eine leidenschaftliche Mutter und trotzdem nehme ich mir das Recht heraus, gerne zu arbeiten, gerne Geld zu verdienen, gerne eigenständig, unabhängig von einem Mann leben zu wollen und das auch zu tun. Und ich nehme mir das Recht heraus, mir auch zu überlegen, ob ich eine Karriere mache oder nicht. Und ich will für meine zwei Töchter, dass es für sie selbstverständlich ist, dass das volkswirtschaftliche Kapital nämlich, das in sie investiert wird, indem wir alle miteinander beitragen dafür, dass sie gute Ausbildung kriegen, auch gut umgesetzt wird und nicht, dass sie nachher, wenn sie gut ausgebildet sind, dann sich entscheiden wollen womöglich für ein Kind, plötzlich nichts mehr wert sind und dann wird man plötzlich rausgestellt und das ist nämlich auch dazu zu sagen zu den Rückkehrchancen von Frauen. Es geht nicht nur darum, dass sie dann nur noch Teilzeit vorfinden, sie finden auch einen Abstieg vor. Frauen die gut qualifiziert sind, die gut ausgebildet sind, in die alle miteinander investiert haben, stiegen dann ab und das ist ja auch der Skandal und das ist ein zweites Risiko, alleine der Entschluss, ein Kind zu kriegen, stellt ein Risiko dar, mehr Kinder, größeres Risiko und das heißt, dass Frauen, egal ob sie eine gute Ausbildung haben heute oder eine schlechte Ausbildung haben, natürlich massiver betroffen sind immer die Frauen, die schlechtere Ausbildungen haben, das weiß ich, aber inzwischen auch Frauen, die eine gute Ausbildung haben, nicht geschützt sind davor, früher oder später in einer Abhängigkeit zu landen, die sie sich nie gewünscht haben. Und ich möchte zur Teilzeitarbeit und zu dieser Wahlfreiheit noch was sagen. Wahlfreiheit ist nicht wahr, es besteht ein Zwang zur Teilzeitarbeit. Einerseits deswegen, weil am Arbeitsmarkt inzwischen natürlich die Unternehmer sehr gut erkannt haben, dass Teilzeitarbeit hochproduktiv ist und sehr billig ist, das heißt, wenn ich teilzeitarbeitende Frauen voll ausbeute, die ja natürlich froh sind, dass sie einen Teilzeitjob haben, lebe ich ganz gut und der Zwang besteht auch deshalb, weil hier und besonders in Österreich mit ganz viel Kraft ein Bild aufrecht erhalten wird von der Urmutter, die Mutter ist wirklich die einzige Person, die für ihre Kinder das Wohl bedeutet. Wir haben Diskussionen, die in Europa teilweise wirklich vorgestrig wirken, wenn man so einen Europavergleich hernimmt. Wir haben ein Mutterbild, ein

Frauenbild, ein Idealbild von Frau, gerade von der ÖVP mit einem Krampf hochgehalten wird, das lang schon nicht mehr der Realität entspricht. Die Realität ist vielschichtiger und diese Möglichkeiten müssen Frauen haben, sich für ihre Wege zu entscheiden und die haben sie mit diesen Rahmenbedingungen derzeit nicht und das möchte ich noch einmal klar festhalten und ich bin froh, wenn wir im Ausschuss diskutieren, es geht offensichtlich nicht nur um Zahlen und Daten, sondern es geht ganz klar auch um Frauenbilder und um unterschiedliche Ideen, wie eine Gesellschaft gerechter ausschaut. Und da sind auch die Männer herzlich eingeladen, denn die Männer haben erstens momentan noch einen großen Profit davon,...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir kommen, Heinz Hammer und ich kommen.***

GRin. **Rücker:** ...dass wir Frauen uns verantwortlich fühlen für die Kinder, davon....

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl unverständlich.***

GRin. **Rücker:** ...ja die Männer, die im Ausschuss sitzen dürfen, dürfen mitdiskutieren. Nein, extra einladen werden wir sie nicht, aber wir können gerne einmal einen Sondergemeinderat zu dem Thema machen, weil ich denke, das ist ein wesentliches Thema und ganz viel unserer Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft beruht darauf, dass da noch zwischen Männern und Frauen so große Unterschiede gemacht werden und teilweise leider noch immer bewusst gemacht werden. Ich danke für die mehrheitliche Annahme dieses Antrages und freue mich auf eine einstimmige Annahme, oder?

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Die Diskussion wollen wir ja.***

GRin. **Rücker**: Dann gehen wir jetzt zur Abstimmung, ich hoffe auf eine mehrheitliche Zustimmung und freue mich auf eine Diskussion im Ausschuss und eine gute Petition an die Bundesregierung, das soll nämlich das Ergebnis sein.

Bgm. Mag. **Nagl**: In einem Punkt erlaube ich mir eine Anmerkung zu machen, weil das Rollenbild der ÖVP mit Mutter usw. gekommen ist, ich habe bei der letzten Babyexpo in Graz den Wickelwettbewerb gewonnen (*allgemeiner Applaus*), ich habe sogar eine Sondereinladung, mit meinem Sohn Maximilian jetzt auf die nächste Babyexpo bekommen und es gibt für mich keinen größeren Wunsch, als heute noch meinen Maximilian zu erleben. In diesem Sinne komme ich jetzt zur Abstimmung. Und bitte nicht, weil er ein Sohn ist, hätte ich eine Tochter, hätte ich die gleiche Freude, das kann ich auch betonen (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**11) Aktionsplan für kommende Fahrverbote**

GR. Mag. **Candussi** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

**Mag. Candussi**: Auch ich freue mich drauf, heute noch meine Kinder sehen zu können, eines von jeder Sorte. (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Mir ist schon klar, dass nach der Debatte einmal manche etwas Luft brauchen. Luft ist auch ein Thema dieses Antrages und ich gestehe, auch wenn der Herr Bürgermeister immer wieder sagt, Zorn ist keine gute Ausgangssituation,

um über bestimmte Dinge nachzudenken, um bestimmte Dinge zu tun. Ich gestehe, dass es durchaus Zorn war, der mich dazu bewogen hat, diesen dringlichen Antrag heute hier einzubringen. Und zwar war es einerseits der Zorn über die Luftsituation in den letzten Wochen in Graz. Ich möchte es ein wenig illustrieren. Stand von vorgestern, Messstation Don Bosco, das heurige Jahr war 45 Tage alt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). 37 Überschreitungstage im Jahr 2006, Messstation Graz Mitte 35 Überschreitungstage von 45 möglichen, ein maximaler Tagesmittelwert von 194,5 Mikrogramm, Geidorfplatz, durchaus interessant, man glaubt immer, das betrifft da nur den Grazer Westen oder Graz-Mitte, Geidorfplatz 27 Überschreitungen, wobei an fünf Tagen keine Aufzeichnungen existieren und das Tage waren, an denen überall sonst Überschreitungen verzeichnet wurden, Maximum auch am Geidorfplatz 180,8 bei einem Grenzwert von 50, Messstation Graz-Süd 36 Überschreitungstage, Maximum, und da muss man sich dann schon anschnallen, Tagesmittelwert 229,7 Mikrogramm, also das Viereinhalbfache des zulässigen Grenzwertes. Selbst auf der Platte Frischluftoase acht Überschreitungstage und Graz-Nord 30, Graz-Ost 35. Es war durchaus der Zorn. Karl-Heinz, jetzt kommen die anderen ein bisschen dran. Es war der Zorn über die Luftsituation, es war aber auch der Zorn über einige Argumente und einiges an Ignoranz von Politikern und in dem Fall kann man sagen, Politikern, es waren ausschließlich Männer und man kann auch nicht sagen aller Art, sondern es waren eigentlich vorwiegend die der schwarzen Rechtshälfte, die sich in diesen letzten Wochen ausgezeichnet haben durch ganz besondere Aussagen. Es war ein Landesrat, ehemals Umweltlandesrat, dessen Hauptsorge der Erreichbarkeit des Einkaufszentrums Seiersberg gegolten hat an Tagen, an denen wir eine vierfache Grenzwertüberschreitung nicht nur in Graz, sondern weit verbreitet im Land hatten. Es war ein Stadtwerke-Chef, der gesagt hat, wenn die Fahrverbote kommen, wir können nichts, schaffen wir nicht. Und ich frage mich, wird der bezahlt dafür, dass er sagt, was nicht geht oder wird er bezahlt dafür, dass er Lösungen sucht, wie man Situationen bewältigen kann. Es waren Wirtschaftskämmerer, die sich über die Umsätze von Innenstadtgeschäften Sorgen gemacht haben, so als würden Leute, die heute nicht in die Stadt fahren können, weil es ein Fahrverbot gibt, um sich Schuhe zu kaufen, sich deshalb überhaupt keine Schuhe mehr kaufen. Und es war ein Bürgermeister, der nichts gesagt hat, wohlweislich nichts gesagt hat. Und ich hätte mir von dir, Sigi Nagl, wirklich gewünscht, du hast heute auch wieder deinen Sohn



angeführt, ich hätte mir wirklich als Vater zweier Kinder, die seit Wochen zu Hause in ihren Betten liegen und husten, die ganze Nacht durchhusten und wenn wir mit diesen Kindern dann aufs Land fahren, dann ist nach zwei Tagen alles in Ordnung; mit diesen zwei Kindern hätte ich mir von einem Bürgermeister und von einer ganzen Stadtregierung gewünscht, dass sie zumindest das Minimum schafft, nämlich einmal in die Medien zu gehen und ich bin überzeugt, wenn du das mit dem entsprechenden Nachdruck gemacht hättest, hättest du jeden Sendeplatz in Steiermark heute und wahrscheinlich auch jede Menge Platz in diversen Tageszeitungen, auf den Stadtseiten bekommen, wenn du im Namen der Stadtregierung oder gemeinsam mit der Stadtregierung hingegangen wärest und gesagt hättest, liebe Leute, im Interesse, in der Sorge um die Gesundheit unserer Bevölkerung ersuchen wir Sie dringend, endlich einmal auf unnötige Fahrten zu verzichten, Ihr Verkehrsverhalten zu überdenken und das in einer Zeit, in der renommierte Kinder- und Lungenfachärzte uns gesagt haben, dass körperliche Beschäftigung im Freien in dieser Zeit eigentlich nicht mehr anzuraten ist. Und weil ich so eine erbärmliche Diskussion, wie es sie gegeben hat, nachdem Landesrat Wegscheider erstmals konkret von Fahrverboten gesprochen hat und somit von der einzig wirklichen Maßnahme, kurzfristig und rasch die PM10-Werte zu senken, weil ich so eine erbärmliche Diskussion nicht mehr miterleben will, stelle ich diesen Antrag und weil ich will, dass dieser Antrag eine breite Mehrheit in diesem Haus findet, habe ich mich hingesezt und habe das, was ich jetzt gesagt habe, aus dem Motivenbericht herausgestrichen und habe versucht, den möglichst neutral zu halten, was mir wirklich schwer gefallen ist.

Nicht erst seit zu Beginn dieses Kalenderjahres die PM 10-Werte in Graz nahezu einen Monat lang ständig über dem zulässigen Grenzwert lagen und diesen für mehrere aufeinander folgende Tage um das bis zu Vierfache überschritten, gibt es eine Diskussion über die Notwendigkeit, den motorisierten Individualverkehr restriktiv einzuschränken.

Im Gemeinde-Umwelt-Ausschuss herrschte bereits vor zwei Jahren Einigkeit darüber, dass man ein Jahr lang auf freiwillige Maßnahmen zur Verkehrsreduktion setzen wollte und im Falle der Wirkungslosigkeit dieser Maßnahmen im darauf folgenden Jahr Fahrverbote zumindest für Diesel-Fahrzeuge ohne Partikelfilter anstreben würde.

Dieses darauf folgende Jahr ist das heurige und tatsächlich geschehen ist in Sachen Verkehrsbeschränkungen so gut wie nichts, obwohl es durch die vom Land verordneten und die darüber hinaus von der Stadt durchgeführten Maßnahmen keine signifikante Verbesserung der Luftsituation gegeben hatte.

Umso verwunderlicher war es, dass allein die Ankündigung von möglichen Fahrverboten in den kommenden Jahren sowohl in der Stadt als auch im Land zu heftigen Diskussionen geführt hat.

Offenkundig wurde aber vor allem, dass es offenbar noch keinerlei konkrete Maßnahmenkataloge beziehungsweise Aktionspläne gibt, wie man im Falle der Verordnung von Fahrverboten auf den steigenden ÖV-Bedarf reagieren könnte oder möchte, weshalb auch die Akzeptanz einer derartigen Maßnahme nicht ausreichend gegeben ist.

Es erscheint also notwendig, dass sich sowohl die FachbeamtlInnen von Stadt und Land als auch die ExpertInnen der großen ÖV-Betreiber gemeinsam mit VertreterInnen der Politik zusammensetzen,...

### ***Zwischenruf unverständlich.***

Mag. **Candussi**: Ich weiß, dass niemand mehr zuhört, aber ich denke, das Thema ist wichtig und notfalls halt für das Protokoll. Der Bürgermeister wird in seiner Antwort sicher sagen, wie wichtig ihm das Thema ist, deswegen hört er jetzt so gut zu. Es erscheint also notwendig, dass sich sowohl die FachbeamtlInnen von Stadt und Land als auch die ExpertInnen der großen ÖV-Betreiber gemeinsam mit der VertreterInnen der Politik zusammensetzen, um auch für den Fall von Fahrverboten ein ausreichendes ÖV-Angebot anbieten zu können. Und ich möchte nur ganz kurz eine Maßnahme, die durchaus denkbar wäre, einmal vorstellen. Wenn wir sagen, wir wissen genau, wir haben in der Morgenverkehrsspitze kein entsprechendes ÖV-

Angebot, kein zusätzliches, das wir anbieten können, es würde reichen, wenn wir sagen, die ersten zwei Schulstunden entfallen in allen Schulen; für die Kinder, die Betreuungsangebote brauchen, werden ausreichend Lehrer in den Schulen sein, sodass die Kinder, die die Betreuung brauchen, in die Schule fahren können, dann haben wir freie Kapazitäten für, denke ich, wirklich ausreichend für Pendlerinnen und Pendler und die ganze Hysterie, die ausgebrochen ist beim Wort Fahrverbote, wäre wahrscheinlich bereinigt. Dies hätte ich mir gewünscht.

Aus diesem Grund stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, gemeinsam mit dem Land Steiermark, dem Steirischen Verkehrsverbund und den GVB Aktionspläne zu entwickeln, um dem erhöhten ÖV-Bedarf im Falle der angekündigten, feinstaubbedingten Fahrverbote bestmöglich gerecht zu werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Erstellung und die Finanzierung der Aktionspläne unter Federführung des Landes Steiermark erfolgen,
2. die erarbeiteten Szenarien und Vorschläge sind dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung bis spätestens zur letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause zur Beratung vorzulegen.

Ich danke jetzt nicht für die Aufmerksamkeit, weil sie war, glaube ich, nicht wirklich gegeben.

GRin. Dr. **Sickl**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) ...der Dringlichkeit und dem Inhalt zu. Ich möchte keine näheren Ausführungen diesbezüglich machen.

GR. **Schmalhardt:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Stimmen auch der Dringlichkeit und dem Inhalt zu.

GR. **Mayr:** Lieber Hermann, du hast davon gesprochen, dass Zorn dein Hauptmotivator war für diesen Antrag, so hat es dann auch geklungen (*Applaus ÖVP*). Ich muss sagen, dieser Ausfluss an Polemik hat meines Gefühls nach deutlich die Grenzen überschritten. Die ÖVP lehnt die Dringlichkeit dieses Antrages ab, ich möchte da ein paar Begründungen dazu geben. Zunächst einmal, am 27. ist mit dem Land ein Gesprächstermin vereinbart, hier wird es darum gehen, genauere Maßnahmen zu entwickeln, man muss ja ganz klar einmal sagen, nach einer kurzen Schrecksekunde, was Feinstaub überhaupt ist, hat sich der Landesrat Wegscheider dann ernsthafter mit dem Thema bemüht, das ist schon vollkommen richtig und sehr vernünftig. Er hat dann ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das aber zunächst einmal eine kleine Power-Point-Präsentation war mit ein paar Eckpunkten, aber keinen wirklichen Konkretisierungen, und das alles wird erst ausgearbeitet und er selbst hat gesagt, das wird bis zum Sommer oder im Sommer dann entwickelt werden. Und allein schon von der Kompetenzsituation her ist wohl ganz klar, dass zunächst einmal von Seiten des Landes hier der erste Schritt getan werden muss, die Ämter der Stadt Graz und natürlich auch die GVB und die Stadtwerke stehen hier Gewähr bei Fuß und werden natürlich eingebunden, bereit sein, hier die entsprechenden Maßnahmen auch zu entwickeln, sollte es zu Fahrverboten kommen. Etwas möchte ich zu diesen Fahrverboten allerdings schon anmerken. Natürlich ist an hochbelasteten Tagen oder an hochbelasteten Wochen schlussendlich die eine oder andere Fahrverbotssituation allein auf Grund der Gesundheitssituation sicher unvermeidbar. Aber Fahrverbote generell sind wahrscheinlich nicht der Weisheit letzter Schluss, weil sie in dieser Ausformung dann natürlich sehr viel Geld kosten für Spitzenbelastungen. Sinnvoll wäre es, das Geld generell in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Großraum Graz zu investieren, damit es gar nicht erst zu diesen Spitzenbelastungen kommt (*Applaus ÖVP*). Ein Letztes noch, genauso wie der Antrag von Klubobfrau Binder, auch dieser Antrag würde eigentlich am besten in den Landtag passen, ich weiß nicht, vielleicht bist du auch zornig, weil eure Landtagsfraktion ihn nicht gestellt hast, du hast vollkommen richtig angemerkt, dass es offenbar keinerlei konkrete

Maßnahmenkataloge und Aktionspläne gibt. Von Seiten Landesrat Wegscheider warten wir eben genau darauf und wie gesagt, die Stadt Graz steht Gewehr bei Fuß, lehnt aber die Dringlichkeit aus den genannten Gründen ab.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Die SPÖ stimmt der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu und ich werde das kurz wie folgt begründen. Kollege Mayr, du hast in der Polemik jedenfalls dem Kollegen Candussi durchaus das Wasser gereicht, also so ist es nicht, dass du nicht auch dieses Mittel durchaus beherrscht. Ich glaube der Sache dient es nicht, Feinstaub ist einfach so ein ernstes Problem, dass man, und ich habe es versucht als Vorsitzender dieses Feinstaubausschusses, dass man nicht zu viel politisches Kleingeld daraus schlagen sollte. Aber um trotzdem noch eine Bemerkung hier zu machen, ich glaube, es ist mittlerweile unbestritten, dass Landesrat Wegscheider in den vier Monaten, in denen er im Amt ist, mehr zu Wege gebracht hat als Landesrat Seitinger in den fünf Jahren, für die er zuständig war in der Behandlung, fünf Jahre war er Umweltlandesrat (*Applaus SPÖ*). Man kann auch den Landesrat Pörtl gerne noch mitnehmen, nur eine Watschn mitgeben, wenn ihr das bei der ÖVP wollt. Auch der Landesrat Pörtl war verantwortlich für diese Angelegenheit, wie auch immer, es war die ÖVP, um die Partei zu benennen, die da verantwortlich ist, Seitinger hat bis auf eine Verordnung, die eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Autobahn bewirkt hat, die er dann wieder revidieren hat müssen, weil sie nicht akzeptiert wurde, eben nichts zu Wege gebracht. Landesrat Wegscheider hat vor einigen Tagen sein Maßnahmenpaket vorgestellt und das war genau in jenem Bereich, der wirklich hauptverantwortlich ist für die Feinstaubbelastung, sehr, sehr konkret und der Kollege Mayr weiß das ja auch, es steht ja auch in unserem Bericht an den Gemeinderat, nämlich den Bericht des Gemeindeumweltausschusses, nämlich, dass es eben bei Belastungstagen, fünf Belastungstagen, über 50 Mikrogramm zu Fahrverboten für Fahrzeuge ohne Filter kommen wird und bei Belastungen von über fünf Tagen über 75 Mikrogramm zu generellen Fahrverboten natürlich mit entsprechenden Ausnahmen kommen wird. Es ist was sehr, sehr Konkretes, das ist was sehr, sehr Handfestes und die Aufregungen in den Reihen der ÖVP deuten darauf hin, dass es was Handfestes ist, dass es was Konkretes ist. Ich persönlich freue mich, dass es einen Politiker gibt, der so mutig ist, solche

Vorschläge zu machen und solche Verordnungen auszuarbeiten. Ich persönlich teile die Enttäuschung vom Kollegen Candussi, dass unser Herr Bürgermeister, der sich ja prinzipiell für verkehrsbeschränkende Maßnahmen ausspricht und mehrmals ausgesprochen hat im Gemeinderat, hier wenig sich zu Wort gemeldet hat. Wenn ich es richtig verstanden habe, in Ihrer Aussendung zu dieser vorgeschlagenen Maßnahme von Wegscheider. Die Aufregung im Zusammenhang mit diesem Plan von Wegscheider, zu diesem Wegscheider-Plan verstehe ich nicht ganz, die Älteren unter Ihnen wissen, dass wir bereits Ende der 80er-Jahre natürlich einen Smogalarm-Plan gehabt haben, damals noch im Zusammenhang mit Stickoxyden und andern Schadstoffen, Schwefeldioxid, und die haben genauso gut funktioniert, es hat durchaus dort Probleme gegeben, aber es ist kein Stillstand in der Stadt gewesen, es ist keine Chaosstimmung gewesen, sie haben sehr, sehr gut funktioniert diese damaligen Smogalarmpläne. Insoferne würde ich vorschlagen, dass wir durchaus sozusagen die Schützengräben wieder ein bisschen verlassen, wieder vernünftig argumentieren. Es ist sehr wohl die Dauerbelastung ein Problem, wie Kollege Mayr das dargestellt hat, sehr wohl die Dauerbelastung ist ein Problem, aber natürlich auch die Spitzenbelastung. Kollege Hammer wird darüber vielleicht Näheres berichten können, beides hat eben gesundheitliche Auswirkungen. Letztlich macht die Dosis die Wirkung, sowohl übers Jahr verteilt, als auch in Spitzensituationen und so wie wir es Ende Jänner/Anfang Februar erlebt haben, ist es eben tatsächlich so, dass die Luft einen Zustand gehabt hat, wie sie jedenfalls die Ordinationen der Kinderärzte, der Lungen- und Herzfachärzte in Graz gefüllt hat. Und das ist ein echtes Problem, das ist zweifelsfrei von den Medizinern bestätigt, da gilt es jetzt wirklich mutige Maßnahmen zu setzen und gilt auch die Unterstützung seitens der Stadt Graz und ihres Magistrates sicherzustellen und so verstehe ich den Antrag von Candussi, dass alle Magistratsabteilungen eben aufgefordert werden, Landesrat Wegscheider und die dort zuständigen Abteilungen zu unterstützen. Die Federführung bei den Maßnahmen und auch bei der Finanzierung der Maßnahmen wird wohl beim Land Steiermark bleiben, aber ich glaube, dass der Magistrat mit seinen Erfahrungen, immerhin arbeiten wir schon über zwei Jahre an dem Thema sehr intensiv mit vielen Magistratsabteilungen, hier fruchtbringend einzubringen sind. Summa summarum, ich würde mir wünschen, dass der Repräsentant der Stadt Graz, der Bürgermeister, er hört halt auch praktisch nie zu, wenn es um dieses Thema geht, man kann still sein, man kann irgendwas sagen oder auch gar nichts, er merkt

es gar nicht, weil er einfach andere Prioritäten hat. So ist es halt leider, in diesem Sinne Glück auf (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem ich persönlich angesprochen worden bin, gleich vom Kollegen Candussi und vom Kollegen Getzinger, möchte ich zu dem Thema und zu den Vorschlägen des Landesrates Wegscheider hier auch kurz Stellung nehmen. Ich habe es auch getan, aber ich habe mich auch durchaus zurückgehalten, ich habe mich nur über vieles geärgert. Erstens einmal, wenn ein Landesrat bei einer solchen Entscheidung über ein Fahrverbot für ein paar hunderttausend Menschen spricht und es vorher nicht der Mühe wert findet, und zwar bis zum heutigen Tag, auch nur einmal zum Hörer zu greifen und mit dem zuständigen Bürgermeister zu sprechen, habe ich mir auch überlegt, wie ich da ausrücken könnte und was ich sagen soll. Dann habe ich mir gedacht, auf der anderen Seite hat er einen Vorstoß gemacht, der aus meiner Sicht sich in einem Punkt unterschieden hat von dem, was wir schon längst beschlossen haben, und richtig geärgert habe ich mich eigentlich darüber, weil die Stadt Graz und gerade dieser Gemeinderat und auch wir von Seiten der Stadtregierung inklusive unserer Beamtenschaft die Ersten waren, die einen Maßnahmenkatalog hingelegt haben und zwar ein Maßnahmenkatalog der seriös ist, der mit Experten erarbeitet worden ist, der mittelfristig und langfristig und auch kurzfristige Maßnahmen beinhaltet und der ist durch alle anderen Wortmeldungen und auch durch unsere Diskussionen, die es da gegeben hat, vom Tisch gewischt worden, das ist nach wie vor der seriöseste Plan, der am Tisch liegt (*Applaus ÖVP*). Übriggeblieben ist wiederum nur, quasi die Stadt Graz kann sich da eh nicht helfen, jetzt greift da jemand ein. Jetzt bin ich schon dafür, und da spreche ich mich nach wie vor dafür aus, wenn es Dieselfahrzeuge gibt, die keinen Partikelfilter haben, dann sollen die stehen bleiben an solchen überlasteten Tagen, aber nicht erst nächstes Jahr und im November oder sonst was, das hätten wir heuer schon umsetzen können, dann hätten wir die Filter, die wir verkaufen wollten und die der Kollege als Umweltreferent als Erstes eingefordert hat, schon viel mehr verkauft und nicht erst

jetzt, wo solche Maßnahmen angekündigt worden sind. Und ich habe es mir im Fernsehen ganz genau angehört und angesehen, was der Herr Landesrat gesagt hat, und er hat dort Dinge gesagt, und jetzt verteidige ich auch den Vorstandsdirektor der Grazer Stadtwerke AG, nämlich der ganz klar und deutlich gesagt hat, wir sind vom Fuhrpark her jetzt schon an den Kapazitätsgrenzen, jetzt könnte man durchaus, aber das kann ein Vorstandsdirektor alleine nicht entscheiden, darüber nachdenken ob man Schulzeiten oder sonst was verlagert, er hat einmal gesagt, mit dem derzeitigen Fuhrpark wäre eine Komplettsperre der Stadt Graz auch nicht einmal annähernd verkraft- und bewältigbar. Und ich schließe mich dieser Meinung deswegen an (*Applaus ÖVP*), und das hat der Kollege Wegscheider bitte tatsächlich im Fernsehen gesagt und auch im Radio, ich kann garantieren, wenn wir die Komplettsperre machen, dass jeder mit Bussen und mit Straßenbahnen abgeholt wird, dass es die Park-&-Rideplätze gibt und dass man maximal in fünf Minuten an seinem Arbeitsplatz ist. Daran können wir ihn messen ab dem Herbst nächsten Jahres, aber ich würde es uns trotzdem nicht empfehlen, eine Totalsperre für diese Stadt zu verhängen, weil wir einmal gesagt haben, fangen wir dort an, wo die Hauptverursacher sind und es ist neben dem Verkehrsthema auch nach wie vor der Hausbrand und der muss in erster Linie auch vom Kollegen Wegscheider in Graz-Umgebung angegangen werden, weil wir haben in Graz mit Fernwärme, mit Ferngas und mit alternativen Heizmethoden schon viel geschafft und die ganzen Einzelhaushalte, die rundherum in Graz-Umgebung sind, heizen nach wie vor flott weiter mit die Holzscheiteln und diese Feinstaubwerte machen garantiert an der Stadtgrenze nicht halt. Und ich sage noch einmal, ich warne vor einer Komplettsperre, ich halte das für einen Ballungsraum wie Graz mit so vielen Arbeitsplätzen als nicht durchführbar (*Applaus ÖVP*) und auch im Moment nicht exekutierbar. Dazu muss man Vorbereitungen treffen und die Diskussion ist für mich wieder eine ähnliche wie mit dem Umstieg auf den ÖV. Aussperren, aussperren, aussperren und keine Alternativen haben. Bitte rechnet doch alle, das sind doch bitte alles Fakten und wir können es, weil wir uns lange genug mit der Materie beschäftigt: 100.000 Pendler, Fahrzeuge, die da über die Grenze fahren im Stadtgebiet von Graz abzufangen und umzusteigen, wird einen Millionenaufwand nicht nur in den Investitionen, da geht es um die hunderte Millionen, sondern einen Millionenaufwand auch im Betrieb erforderlich machen. Ich frage mich wirklich, wie man das bei den finanziellen Rahmenbedingungen, die das Land mittlerweile auch



einbekannt hat und wir als Stadt schaffen wollen. Da machen wir den Menschen was vor und deswegen habe ich mich da nicht zu laut zu Wort gemeldet, jetzt habe ich es da einmal gesagt, weil ich mir gedacht habe, bitte, nicht alles, was immer gleich gekocht wird, wird auch gleich heiß gegessen. Er hat es jetzt einmal gemacht, er hat es als Landesreferent, der jetzt zuständig ist, ein klares Zeichen setzen wollen, aber in der Umsetzung wird da noch, ich sage auch, viel Wasser die Mur hinunterrinnen und wir sollten festhalten an dem Programm, das wir einstimmig beschlossen haben und da könnten wir morgen anfangen mit dem Verbot wirklich, da könnten wir morgen anfangen mit dem Verbot für partikelfilterlose Fahrzeuge und da brauchen wir nicht warten bis November und Dezember nächsten Jahres (*Applaus ÖVP*). So, das war jetzt meine klare Wortmeldung zu dem Thema.

GR. **Candussi:** Ich bin ja dankbar, dass es jetzt eine Stellungnahme gegeben hat, weil die hat auch wieder einiges gezeigt, wovon ich immer behauptet habe, dass es so ist, und es ist immer geleugnet worden, es wäre nicht so. Man hat jetzt doch gesehen, es wird immer wieder argumentiert mit Fakten, die so einfach nicht stimmen. Wir wissen, der Hausbrand hat einen bestimmten Anteil, aber wir können, lieber Sigi, du kannst es einfach an den Messstationen wunderbar mitverfolgen, dass eine Temperaturschwankung, wie wir sie hatten, jetzt mit den kalten Tagen, die eine unheimliche Steigerung bei den Heizungen mit sich bringt, in den Feinstaubwerten praktisch nichts verändert, aber dass wir an jeder Messstation, die Verkehrsspitzen genau nachzeichnen können, weil der Autoverkehr tatsächlich zusammen mit der Wiederaufwirbelung der Hauptverursacher und Hauptemittent der ganzen Geschichte ist.

***Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Ja, mit der Wiederaufwirbelung, aber Bewegung wirst du nicht wegbringen.***

Mag. **Candussi**: Und jetzt haben eben die Wiederaufwirbelung und mittlerweile, also im Gemeindeumweltausschuss hat sich die Meinung zumindest bis heute durchgesetzt, dass das Verbot für partikelfilterlose Autos die erste Maßnahme ist und so wird es auch vorgesehen, ab Grenzwertüberschreitung 50 Mikrogramm an fünf Tagen, Fahrverbot und darüber hinaus sind die Fachleute halt mittlerweile auch so weit gekommen, dass die restliche Verkehrsbewegung immer noch ein zu starker Fakt ist, weshalb irgendwann auch die Fahrverbote für sämtliche Fahrzeuge, ausgenommen die nach IGL, notwendig sein werden. Ob uns das gefällt oder nicht, das wird einfach so sein.

*Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Dann haben 1000 Menschen keinen Arbeitsplatz mehr.*

Mag. **Candussi**: Noch einmal, lieber Sigi, ich gebe dir in einem Punkt Recht, ich habe mich über den Landesrat Wegscheider auch geärgert und zwar in dem Sinn, dass er mit der Ankündigung von Fahrverboten rausgegangen ist, bevor er einen Aktionsplan eingebracht hat und aus diesem Grund habe ich heute diesen Antrag gestellt. Das ist der Grund. Ich ärger mich aber, lieber Peter Mayr, ich habe die Zitate nicht erfunden, ich habe das Seitinger-Zitat nicht erfunden, der gesagt hat, ja die größte Katastrophe ist, wenn man dann nicht nach Seiersberg können zum Einkaufen an den Tagen. Das war der ehemalige Umweltlandesrat. Die Schrecksekunde vom Wegscheider war sicher kürzer als die von Seitinger und Pörtl zusammen. Da war die Reaktionszeit noch relativ gut und ich habe auch nicht die Zitate aus der Wirtschaftskammer erfunden und auch nicht das Schweigen des Bürgermeisters. Das war nicht meine Erfindung und deshalb ist das auch nicht polemisch, sondern das ist ein Tatsachenbericht und du hast keines der Argumente oder keines der Zitate, wie ich angeführt habe, widerlegt. Du hast nur gesagt, das ist Polemik, das ist klar, es gefällt euch nicht, es trifft die falsche Seite, nur da kann ich nichts dafür, das solltet ihr irgendwie in den eigenen Kreisen beraten. Mir ist klar, dass dieser Antrag jetzt bei der ÖVP durchgefallen ist, weil ich den Fehler begangen

habe und böse war, Majestätsbeleidigung begangen habe, ich bin froh, er hat trotzdem die Mehrheit und ich hoffe, dass irgendwann einmal wieder alle in diesem Hause, auch die, die in Sonntagsreden von ökosozialer Marktwirtschaft reden, über den Tellerrand des Innenstadthandels, ich sage jetzt nicht Geschirrhandels, hinausschauen können und dann wieder die Gesundheit der Bevölkerung im Auge haben, auf diese Zeiten freue ich mich und auf die hoffe ich. Ich danke für die Annahme.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte es nur noch einmal für meine Fraktion wiederholen, wir gehen nicht mit, weil es am 27. einen Termin beim Herrn Landesrat genau zu diesen Themen gibt.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***